

Ich bitte dann ferner, daß Wortmeldungen schriftlich bei dem links von mir sitzenden Herrn Beisitzer eingereicht werden. Ich bitte also die Herren Dr. Claes und Kurth, hier Platz zu nehmen, (Geschicht.) und danke den bisherigen Herren Beisitzern für ihre Mühewaltung.

Ich fahre in den geschäftlichen Bemerkungen fort. Heute soll die allgemeine Besprechung des Haushaltsplans abgeschlossen werden. Der morgige Tag soll wegen der Abwesenheit des Herrn Landeshauptmanns lediglich den Beratungen der Sachausschüsse dienen, mit Ausnahme des I. Sachausschusses. Ich bitte also die Vorsitzenden der 5 anderen Sachausschüsse, die Mitglieder einzuladen und die Einladung unten an der Tafel kenntlich zu machen.

Am Donnerstagmorgen soll um 9 Uhr zunächst der I. Sachausschuß tagen, und zwar bis 11 Uhr, um 11 Uhr die Fraktionen; um 11½ Uhr soll dann eine Plenarsitzung stattfinden und um 3½ Uhr soll der neue Sonderausschuß für die Angelegenheiten der Landesbank

zusammentreten. Also Donnerstag vormittag 9 Uhr Sachausschuß I, um 11 Uhr die Fraktionen, um 11½ Uhr das Plenum und um 3½ Uhr der Landesbankausschuß.

Am Freitagvormittag um 9 Uhr weiter Beratung des Landesbankausschusses, um 11 Uhr Sachausschuß I, um 3 Uhr Vollsitzung und um 5½ Uhr Fraktionen. Wir nehmen an, daß nach dieser Vorberatung der gesamte Stoff für das Plenum bereit ist, so daß das Plenum am Sonnabend um 9 Uhr zusammentreten kann, um den Rest zu erledigen.

Sie haben diese Vorschläge des Ältestenrates, die Ihnen einstimmig gemacht werden, gehört. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß so verhandelt werden soll.

Wenn weitere Wortmeldungen nicht erfolgen — das ist nicht der Fall —, schließe ich diese Sitzung und bitte, sich um 2¼ Uhr (Widerspruch), 2½ Uhr pünktlich hier wieder einzufinden.

(Schluß: 13 Uhr 40 Minuten.)

Zweite Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 26. April 1932.

(Beginn: 14 Uhr 40 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag. (Drucksachen Nr. 2 und 17.)
3. Bericht des Herrn Landeshauptmanns über den Haushaltsplan und die damit in Verbindung stehenden Vorlagen, sowie allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan.
4. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen und Anträge.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen und während der Rede des Herrn Landeshauptmanns und den nächsten Reden möglichst die Türen hinten geschlossen zu halten.

Ich schlage vor, daß wir zunächst den Antrag des Wahlprüfungsausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Eintritt neuer Mitglieder in den Provinziallandtag (Drucksachen Nr. 2 und 17) hören. Hier ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Weiß. Widerspruch gegen die Behandlung jetzt erhebt sich nicht. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abgeordneter Dr. Weiß: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat bereits heute vormittag mitgeteilt, welche Aenderungen in der Zusammensetzung des Provinziallandtages seit dem letzten Zusammentreten eingetreten sind und welche neuen Mitglieder für den Eintritt in den Provinziallandtag vorgeschlagen werden. Ich darf hierauf und auf die Drucksachen 2 und 17 bezug nehmen.

Der Wahlprüfungsausschuß empfiehlt einstimmig, dem Ihnen vorliegenden Beschlusentwurf beizutreten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Sie haben den Antrag gehört. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschloffen.

Dann sind weiter eingegangen 8 Anträge der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, die unter Drucksachen Nr. 20—27 Ihnen vorgelegt werden. Diese Anträge sind wie folgt zu überweisen:

Die Anträge Drucksache 20 und 21 dem Sachausschuß I, die Anträge Drucksache 22, 23 und 24 dem Sachausschuß II, der Antrag Drucksache 25 dem Sachausschuß IV und die Anträge Drucksache Nr. 26 und 27 dem Sachausschuß I.

Dann ist ein Antrag der Zentrumsfraktion (Drucksache 28) dem III. Sachausschuß zu überweisen, ein Antrag der SPD. (Drucksache 29) dem IV. und I. Sachausschuß.

Die Anträge werden sofort verteilt werden. Es erhebt sich kein Widerspruch gegen diese geschäftsmäßige Behandlung.

Wir treten dann in die Beratung des Punktes 3 der Tagesordnung ein:

Bericht des Herrn Landeshauptmanns über den Haushaltsplan und die damit in Verbindung stehenden Vorlagen, sowie allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann. Landeshauptmann Dr. Horion: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwischen der letzten Rede,

die ich an dieser Stelle vor Ihnen halten durfte, und heute liegt der Juli 1931. Mit diesem Schreckensmonat ist eine neue Zeit sowohl für die private wie auch für die öffentliche Wirtschaft angebrochen oder, besser gesagt, sie ist uns von diesem Zeitpunkt klar geworden. Zwar sah es auch vor einem Jahre schon schlimm genug aus. Ich habe damals schon an dieser Stelle gesagt, daß das Bild unserer gesamten wirtschaftlichen Lage zur Zeit von einer bedauerlichen Klarheit und Einfachheit sei: auf allen Seiten Rückgang bis zum völligen Zusammenbruch. Und auch die öffentliche Wirtschaft, vor allem der Städte, stand schon damals vor einem finanziellen Trümmerselde. Aber erst die Ereignisse des Juli 1931 führten uns die wahre Lage mit voller Klarheit vor Augen, als zu den Schwierigkeiten von innen nun auch der gewaltige Sturm von außen über unsere Finanzlage hereinbrauste. Und wenn bis dahin noch der Provinzialverband sich in einer vielfach beneideten finanziellen Lage befunden hatte, so erfolgte nunmehr auch hier die finanzielle Krise, gekennzeichnet durch die Zahlungsstockung der Landesbank und durch die Unmöglichkeit, von den meisten Stadt- und Landkreisen Provinzialsteuern und Krankenpflegekosten her einzubringen. Eines zeigte sich aber in der Entwicklung der folgenden Monate mit vollster Deutlichkeit: daß nämlich die Provinz und ihr Haushalt nicht etwas innerlich Getrenntes ist von den Stadt- und Landkreisen, sondern daß beide aufs allerengste miteinander verbunden sind. Das hat sich gezeigt bei der Landesbank, von der man ebenso wie im Westfälischen Provinziallandtag sagen kann, daß sie einen Teil des Zusammenbruchs an Stelle der Kommunen auf sich genommen hat. Das zeigt sich aber auch in der gesamten Provinzialwirtschaft, die notwendig zum Erliegen kommt, wenn ihre Steuerträger zahlungsunfähig werden. Wenn ich deshalb jetzt ein Wort über die Lage der öffentlichen Wirtschaft in der Rheinprovinz sage, so brauche ich keinen Unterschied zu machen zwischen Provinz und Kreisen; denn die Provinz wird ganz sicher in den Strudel des Unterganges mit hineingezogen, sei es mittelbar auf dem Wege über die Landesbank, sei es unmittelbar durch Versiegen ihrer Einnahmequellen, wenn die Stadt- und Landkreise zum Erliegen kommen.

Mehr als früher bekommen wir jetzt bei der Provinzialverwaltung einen Einblick in die finanzielle Lage der Stadt- und Landkreise, und da muß ich in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Oberpräsidenten offen erklären, eine ganze Anzahl von ihnen steht unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit und damit vor der Unmöglichkeit, ihre vertraglichen Verpflichtungen und auch ihre gesetzlichen Verpflichtungen, nicht nur in bezug auf die Provinzialumlage, sondern vor allem in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung zu erfüllen. Mit einer gewissen Ruhe wird gegenüber solchen Darlegungen an manchen zentralen Stellen darauf hingewiesen: „Das habt ihr schon seit drei Vierteljahren gesagt, und es hat noch immer gegangen.“ Ja, meine Damen und Herren, es trifft auch tatsächlich zu, daß den großen Verwaltungen ein gewisses physikalisches Trägheitsmoment innewohnt, das die Maschine noch weiterlaufen läßt, auch wenn keine Triebkraft und kein Öl mehr dahinter steht; aber nunmehr möge man sich gesagt sein lassen, daß die Kraft völlig am Ende ist.

Große Stadtkreise, von denen ich fest überzeugt bin, daß sie den besten Willen haben, haben mir in diesen Tagen erklärt, daß sie zu irgendwelchen Zahlungen nicht mehr in der Lage wären. Anstatt daß nun auch hier alle Kräfte sich zusammentun, um das Unheil aufzuhalten, will man an manchen Stellen zunächst immer noch wissen: Woran liegt es, wie ist es eigentlich soweit gekommen? Und dann kommen bekanntlich die Stadions, die Brücken, die Hochhäuser, die Rathäuser, die Grüngürtel der Jahre 1926—29; dann kommen die hohen Gehälter, die an allem schuld sein sollen. Meine Damen und Herren, damit mag man der öffentlichen Meinung zu Liebe reden oder auch den Blick von eigener Schuld ablenken wollen, die Zahlen zeigen klar und deutlich, daß nur ein Grund die Finanzlage der Gemeinden in den Abgrund geführt hat: die Belastung mit einer Ausgabe, die sie vor dem Kriege überhaupt nicht gekannt haben und sie bis zum Jahre 1928 nur in ganz geringfügigem Maße bedrückt hat, nämlich die Arbeitslosenunterstützung. (Sehr richtig!) Ueber sechs Millionen Arbeitslose heute und drei Millionen vor drei Jahren und 700 000 im Jahre 1927, und dabei eine Gesetzgebung, die die Last für diese Arbeitslosen in immer steigendem Maße vom Reiche auf die Kommunen abschiebt. Das gibt finanzielle Belastungen, denen gegenüber alle anderen Ausgaben völlig verschwinden. Die Aufwendungen der Gemeinden für Arbeitslose sind gestiegen von 100 Millionen im Jahre 1927 und 270 Millionen im Jahre 1929 auf 1150 Millionen im Jahre 1931 und auf 1560 Millionen im Jahre 1932, also seit 1927 eine Steigerung um 1560 Prozent. Diese Ausgabesteigerung ist nicht nur eine Folge der Zunahme der Arbeitslosen, sondern auch eine Folge der Reichsgesetzgebung, die es fertig gebracht hat, wie erwähnt, die Last in immer stärkerem Maße vom Reiche ab- und den Gemeinden zuzuschieben. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Brünnings Notverordnung und die Sparerlasse!) Die aus der Arbeitslosenversicherung zu unterstützenden nehmen durch Ablauf der Unterstützungsdauer immer mehr ab, die Wohlfahrtserwerbslosen nehmen immer mehr zu, und so haben wir seit einigen Monaten das Ergebnis, daß die Aufwendungen der Gemeinden für Arbeitslose die der Arbeitslosenversicherung überschreiten, und mit Stolz kann die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf einen ausgeglichenen Haushaltsplan und sogar noch auf Uberschüsse hinweisen. (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!)

Demgegenüber die Feststellung in der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände in diesem Jahr vor einem Fehlbetrag von 750 Millionen RM stehen, dessen Deckung durch Senkung der Ausgaben oder Erhöhung der Einnahmen vollständig ausgeschlossen ist. Mit Befriedigung liest man so kluge Worte, wie sie der preussische Finanzminister Klepper im Preussischen Landtag gesprochen hat:

„Meine Herren! Die Finanzpolitik der Kommunen hat in den letzten Jahren vielfach eine scharfe Kritik gefunden, und es ist ganz gewiß richtig, daß für die kommunale Finanzpolitik das gleiche gilt, was man ganz allgemein der deutschen Finanzpolitik zum Vorwurf machen kann, daß nämlich in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur eine Steigerung der Staats-

ausgaben vorgenommen worden ist, die durch die spätere Entwicklung zur Zeit der Krise erheblich desavouiert wurde. Aber ich glaube, daß das Wesentliche und Kennzeichnende der kommunalen Finanzpolitik nicht in dieser historischen Betrachtung der Dinge liegt, sondern das Entscheidende wird darin zu sehen sein, daß durch die Gestaltung der Fürsorge für die Erwerbslosen den Gemeinden tatsächlich das letzte Risiko des Arbeitsmarktes aufgebürdet worden ist, daß ihnen aber nicht die Möglichkeit geboten worden ist, auf der Einnahmeseite die gleichen Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube, daß es wenige Kommunen geben wird, die in diesem Jahre einen ausgeglichenen Etat vorlegen können. Ich glaube, daß die Kassenlage in einer großen Anzahl von Kommunen, namentlich in den industriellen Gegenden, so zugespitzt ist, daß man diese Stelle als den eigentlichen Gefahrenpunkt unserer öffentlichen Finanzwirtschaft im Augenblick bezeichnen muß.“

So der preußische Finanzminister.

Leider bleibt es aber nur bei den Worten, und in keiner Weise wird aus dieser Sachlage bei den Stellen der Reichs- und Staatsregierung die nötige Konsequenz gezogen. Man glaubt, daß es zwei öffentliche Wirtschaften gäbe, die unabhängig nebeneinander ständen, eine oben: Reich und Staat, und eine unten: die Gemeinden, und nun handelt man nach dem bekannten Sprichwort: „Wer das Kreuz hat, segnet sich.“ (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Das Zentrum tut das!) Man hat oben die Steuerquellen und die Geldmittel in der Hand und deckt daraus alle seine Bedürfnisse und gibt nach unten nur das, was übrig bleibt. Nicht nur die Ausgaben läßt man durch die Verschiebung der Erwerbslosenlasten ins Untragbare anwachsen, sondern auch die Einnahmen werden, abgesehen von ihrer natürlichen Abnahme durch die Wirtschaftsschrumpfung, auch noch auf gesetzlichem Wege ständig zuungunsten der Gemeinden und zum Vorteil von Reich und Staat verschoben. Dafür einige Beispiele. Während ursprünglich bei den drei großen Ueberweisungssteuern: Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, das Reich mit 34 Prozent und die Länder einschl. der Gemeinden mit 66 Prozent beteiligt waren, hat sich 1931 das Beteiligungsverhältnis Reich-Länder auf 43 zu 57 Prozent verschoben. Das ist dadurch erreicht worden, daß das Aufkommen aus den neuen Steuern vom Einkommen: Ledigensteuer, Krisensteuer, 5prozentiger Einkommensteuerezuschlag, ausschließlich dem Reiche vorbehalten geblieben ist. Ferner hat das Reich in erster Linie solche Steuern, die ihm selbst ganz oder zu einem überwiegenden Teil zufließen, erhöht: wie Umsatzsteuer, Biersteuer, Mineralölsteuer. Umgekehrt hat das Reich aber in den letzten Jahren in zahlreichen Fällen die Senkung und Aufhebung von Steuern vorgenommen, an denen es selbst nicht oder nicht erheblich, dagegen die Länder bzw. Gemeinden überwiegend oder ausschließlich beteiligt sind, so die wiederholte Erhöhung der steuerfreien Einkommensteile bei der Einkommen- und Lohnsteuer, die wiederholte Senkung des Zuschlages zur Kraftfahrzeugsteuer von ursprünglich 25 auf jetzt 5 Prozent, der Wegfall der Mineralwassersteuer und die Senkung der Hauszinssteuer. Aber auch Preußen ist es nicht besser ergangen: 5 Prozent der Einkommen- und Körper-

schaftsteuer fließen in Preußen in die Landesschulkasse, um daraus die Lehrgelöhner zu decken. Um nun der Gefahr zu begegnen, daß durch die Senkung dieser Steuern diese 5 Prozent nicht mehr ausreichen, wurde einfach bestimmt, daß ohne Rücksicht auf den Ertrag dieser Steuern ein bestimmter fester Mindestbetrag dieser Steuern unter allen Umständen an die Landesschulkasse abzuführen ist, selbstverständlich wieder zu Lasten des Teiles, den die Gemeinden und die Provinzen bekommen. Aber nun auch einmal einen Mindestbetrag an die Gemeinden abzuführen, damit auch sie ihre Gehälter und Löhne bezahlen können, daran denkt niemand. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Loß von Berlin!) Dabei ist auch noch zu bedenken, daß gerade der Reichshaushalt durch den Wegfall der Reparationsleistungen eine große Erleichterung erfahren hat, dem bei dem Gemeindehaushalt die große Mehrbelastung durch die Wohlfahrtslasten gegenübersteht. Man kann nun einwenden, daß es auch dem Reiche und dem Staate trotz alledem nur mit größter Mühe und unter den größten und schmerzlichsten Abstrichen möglich gewesen ist, den Haushaltsplan zum Ausgleich zu bringen. Das ist durchaus richtig; es ist da nur mit größter Mühe möglich gewesen, aber es war doch immerhin möglich, einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen. Dagegen unten, bei den Gemeinden, ist das absolut unmöglich, und es muß deshalb der Gedanke aufkommen, daß beide in gleicher Weise leiden müssen und daß die gesamten Hilfsquellen gleichmäßig oben und unten zu verteilen sind, da wir doch alle in demselben Kahn sitzen und nur gemeinschaftlich leben oder untergehen. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Untergehen!) Vor allem gilt das von der entscheidenden Finanzlast, der Arbeitslosenhilfe. Ich kann mich auch da nur den Worten des Herrn Oberpräsidenten anschließen, daß hier eine neue Verteilung der Lasten, und zwar zu Lasten des Reiches, das im Jahre 1927 doch im Prinzip diese Lasten übernommen hat, unausbleiblich ist. Diese Einsicht ist unaufschiebbar. Kommt sie nicht jetzt, eine Minute vor zwölf, so, meine Damen und Herren, brauchen wir uns wirklich mit dem Haushaltsplane der Provinz nicht weiter zu beschäftigen. (Sehr richtig! rechts.)

Nun möchte ich noch einen besonderen Blick auf die Zahlen der Rheinprovinz werfen. Im Bezirk des Landesarbeitsamts Rheinland wurden am 31. März 1932 an Arbeitslosen gezählt 753 000; das sind auf 1000 Einwohner 101. Aber die einzelnen Arbeitsamtsbezirke sind dabei in ganz verschiedenem Maße betroffen. Obenan steht Solingen mit 165, es folgt Duisburg mit 147, Wuppertal mit 135, Mülheim-Ruhr mit 131, Velbert mit 126, Essen mit 125, Düsseldorf mit 124, Remscheid mit 118, Oberhausen mit 116, Köln mit 114, Gladbach-Rheydt mit 102, unter 100 davon vor allem Machen mit 93, Bonn mit 91, Koblenz mit 97, Krefeld mit 96 und Trier mit 55. Gerade bei der letzteren Zahl zeigt sich aber, wie vorsichtig diese Zahlen zu benutzen sind. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wie alle Zahlen!) Diese Zahlen beziehen sich nämlich nicht auf die genannten Städte, sondern auf den ganzen Arbeitsamtsbezirk. Vergleichbar sind sie daher nur da, wo Arbeitsamtsbezirk und Stadt sich im wesentlichen decken. Wo das aber nicht der Fall ist, werden die Zahlen durch die Zustände — ich sage durchaus nicht durch die g ü n s t i g e r e n Zustände — des platten Landes un-

verhältnismäßig nach unten gedrückt, und das ist beispielsweise im Arbeitsamtsbezirk Trier der Fall. In der Stadt Trier ist die Erwerbslosenziffer nicht 55, sondern 79 pro 1000, und in dem Landbezirk entsprechend weniger. Was eben in allen diesen Zahlen fehlt und was uns hier in der Rheinprovinz besonders interessiert, das ist das Elend und der Hunger der Kleinbauern des platten Landes in Eifel, Hunsrück und Westerwald. (Sehr richtig!) Dort erscheint die Zahl der Arbeitslosen und der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger verhältnismäßig ganz gering, beispielsweise Gerolstein mit 31,9 und Cochem mit 23,8. Ganz abwegig wäre aber der Schluß, daß es dort weniger Erwerbslose und in Not Befindliche gäbe als in den Städten. (Zustimmung.) Infolge der Armut der Kreise und der Gesamtbevölkerung wird dort einfach keine Unterstützung bezahlt und infolgedessen werden die Betroffenen gar nicht gezählt. Die Familie mit mehreren Kindern, die auf einem kümmerlichen, noch dazu verschuldeten Kleinbesitz lebt und bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unter keinen Umständen den Lebensunterhalt finden kann, deren Hilfsquellen, die Kartoffeln und das Getreide, jetzt völlig aufgezehrt sind, braucht in der Stadt nur zum Wohlfahrtsamt zu gehen und sie bekommt eine, wenn auch magere, aber immerhin vor dem Verhungern schützende Unterstützung. (Abgeordneter Dr. Schüler: Richtig!) Würde die entsprechende Landfamilie auch nur einen Teil dieser Unterstützung bekommen, so wäre sie der Kapitalist im Dorfe. In Wirklichkeit bekommt sie nichts und ist darauf angewiesen, ein Leben zu führen, von dem ich schon früher hier gesagt habe, daß es weit unter dem Lebensstandard des großstädtischen Erwerbslosen liegt. (Abgeordneter Dr. Schüler und Krawinkel: Sehr richtig!) Alle diese Existenzen müßten den Erwerbslosen gezählt werden, um ein richtiges Bild zu gewinnen. Dann würde auch die Vergleichsziffer der Provinzen mit großem ländlichem Kleinbesitz — da steht an der Spitze die Rheinprovinz — im Verhältnis zu den anderen Provinzen ganz anders und viel ungünstiger ausfallen, als es heute der Fall ist. Aber auch abgesehen davon ist ein Vergleich der Rheinprovinz mit den anderen Provinzen und Ländern sehr lehrreich. Auf 1000 Einwohner entfallen in der Rheinprovinz zur Zeit 101 Arbeitslose. Die Rheinprovinz liegt damit etwas über dem Reichsdurchschnitt von 98. Sie wird übertroffen von Mitteldeutschland mit 105, von Schlesien mit 109, von Brandenburg mit Berlin mit 123 und von Sachsen mit 143. Dagegen liegen weit günstiger Bayern mit 73, Südwestdeutschland mit 67 und vor allem auch Ostdeutschland, nämlich Pommern mit 75 und Ostpreußen gar mit 59, obwohl auch hier der Umstand, den ich eben für das platte Land dargestellt habe, bei den Zahlen eine große Rolle spielen wird. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Aber außer den Arbeitslosen müssen auch die Kurzarbeiter ins Auge gefaßt werden, da ihre Lage sich vielfach von der der Arbeitslosen kaum unterscheidet. Und da steht die Rheinprovinz besonders ungünstig, weil bei ihr gerade diejenigen Industriezweige, die unter der Kurzarbeit ganz besonders zu leiden haben, eine große Rolle spielen: Bergbau, Maschinenindustrie, Chemische Industrie, Textilindustrie. Infolgedessen entfällt etwa ein Viertel der von der Reichsanstalt im Januar 1932 ge-

zählten Kurzarbeiterstützungen auf die Rheinprovinz, während bei den Arbeitslosen der Anteil nur etwa ein Achtel bis ein Neuntel des ganzen Reiches beträgt. Man ist vielleicht ein Jahrhundert lang und noch länger der Ansicht gewesen, die wirtschaftliche Lage der Rheinprovinz sei weit günstiger anzusehen als die irgendeines anderen Teiles Deutschlands. Und diese Auffassung war auch sehr berechtigt. Heute ist es umgekehrt, und es ist tief bedauerlich, daß man gegenüber unseren Hilferufen häufig die Antwort vernehmen kann: Die reiche Rheinprovinz muß sich doch selber helfen können. Das ist um so bedauerlicher, als in diesem Satz ja etwas Wahrheit stecken würde, vielleicht auch heute noch, wenn die Rheinprovinz ihre Hilfsquellen und Einnahmen für sich behalten hätte und heute noch für sich behalten könnte. Aber das hat sie nicht getan und das kann und soll sie weder jetzt noch in Zukunft tun. Es ist durchaus richtig und berechtigt, daß im Gesamtstaate, sei es Preußen, sei es Deutschland, die stärkeren Gebietsteile den schwächeren zu helfen haben. Das hat die Rheinprovinz redlich seit über hundert Jahren getan. Bei allen Steuereinnahmen, die in Berlin bei Reich oder Staat konzentriert und dann wieder unterverteilt werden, ist die Rheinprovinz weit mehr der gebende als der nehmende Teil. Es ist doch auch kein Zweifel, daß die Osthilfe, deren nationale Notwendigkeit sicherlich von niemand bestritten wird und die mit Hunderten von Millionen ausgestattet ist, zu einem wesentlichen Teil aus den Einnahmen des Westens gespeist werden muß. Demgegenüber ist die Westhilfe für unsere unter den Nachwirkungen von Besatzung, Ruhr einbruch und neuer Grenzziehung besonders schwer leidende Grenzbevölkerung — ich erinnere an die Saargrenze mit den Saar-Arbeitslosen — im wesentlichen abgebaut worden. Ich möchte dazu noch einige Zahlen anführen, die uns alle an dieser Stelle besonders interessieren. Die Landesversicherungsanstalten, die uns ja auch sehr nahe stehen, sind zwar für die Provinzen und Länder selbständig gebildet. Die Rentenlast wird aber nicht von jeder Anstalt selbständig getragen, sondern da bestehen die Bestimmungen über die Gemeinschaftslast, wonach die Renten gemeinschaftlich aufgebracht und unterverteilt werden auf die einzelnen Landesversicherungsanstalten nach Maßgabe des Einganges an Beiträgen bei den einzelnen Anstalten. Das hat zur Folge, daß die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz alljährlich 8 Millionen zur Deckung der Invalidenrenten bei anderen Landesversicherungsanstalten aufzubringen hat. Wenn die Rheinprovinz das nicht abzugeben hätte, würde sie heute keine Notrufe nach Berlin zu richten brauchen. Die Verteilung der Dotationen erfolgt nach einem für die Rheinprovinz so ungünstigen Schlüssel, daß wir jährlich 2 Millionen von dem Gesamtbetrag weniger bekommen, als wir bei gleichmäßiger Verteilung erhalten würden. Dasselbe gilt von der Kraftfahrzeugsteuer, von deren Aufkommen wir in den Jahren 1926 bis 1932 in der Rheinprovinz schätzungsweise 25 Millionen an die anderen Provinzen abgegeben haben. Der Betrag wird in den nächsten Jahren verhältnismäßig noch größer werden, da die Bestimmung über den der Rheinprovinz zu gebenden Voraus mit dem Jahre 1930 weggefallen ist. Ich betone nochmals, ein Ausgleich zwischen leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Gebieten muß inner-

halb des Staates stattfinden. Wenn aber nunmehr sich das Blatt gewendet hat und die Rheinprovinz mit ihren 7½ Millionen Einwohnern infolge unglücklicher Umstände und der hohen Arbeitslosenziffern sich auch einmal in besonderer Notlage befindet, dann müssen wir es hart und bitter empfinden, wenn uns entgegengehalten wird: die reiche Rheinprovinz möge sich selber helfen.

Ich komme damit zu dem Thema — dazu leitet es über —, das beherrschend über der Finanzlage der Provinz steht und auch für die Finanzlage der Stadt- und Landkreise von größter Bedeutung ist: die Landesbank. Sie steht bekanntlich seit Juli vorigen Jahres im Mittelpunkt der Erörterungen, und zwar nach zwei Richtungen hin: einmal rückschauend: Wie hat es kommen können, wer ist schuld daran?, sodann vorwärtsschauend: Wie ist zu helfen? Ich kann wohl verstehen, daß man bei der Größe und Schwere der Frage, um die es sich handelt, auch die Frage der Verantwortung für das, was geschehen ist, beantwortet haben will. Von praktischer Bedeutung ist aber nur die Arbeit in der zweiten Richtung hin. Ich kann daher den Wunsch des Herrn Oberpräsidenten nur wärmstens unterstützen, daß doch jetzt alle Stellen ihre ganze Arbeitskraft nach dieser Richtung hin konzentrieren möchten. Reichsregierung, Landesregierung, Preussischer Landtag, Presse und öffentliche Meinung haben aber anscheinend für am wichtigsten die erstere Frage gehalten, und insolge dessen mußte die auch in dem Bericht, den der Provinzialausschuß Ihnen über die Landesbank vorlegt, mit einer Ausführlichkeit behandelt werden, die zu der praktischen Bedeutung für die Landesbank, für die Provinzialverwaltung und für die Rheinprovinz in keinem Verhältnis steht. Ich möchte doch auch einmal darauf hinweisen: Bei keiner anderen Bank, wo Reichs- oder Staatshilfe notwendig war, ist ein ähnlicher Bericht der Öffentlichkeit übergeben oder auch nur verlangt worden. Bei keiner anderen Bank ist eine solche Staatsaufsicht durchgeführt worden, die zu der Ausschaltung sämtlicher Organe der Bank führte, wie bei der Rheinischen Landesbank. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig! Abgeordneter Hoffmann: Hört! hört!) Keine andere Bank ist in ähnlicher Weise von einer Revision in die andere gestürzt worden, wie die Landesbank. Wenn dadurch auch nur ein Pfennig an Hilfeleistung mehr oder schneller hereingekommen wäre! Umgekehrt, die Unruhe, die Diffamierung, der Verlust an Ansehen und die Lahmlegung wichtiger Arbeitskräfte haben den größten Schaden zugefügt (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) und bedeuten das größte Hindernis für eine Wiederaufrichtung. Die Vergangenheit soll mit Recht an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden, sondern zunächst der Behandlung im besonderen Ausschuß überlassen bleiben. Ich darf es mir daher versagen, darauf weiter einzugehen und möchte nur das eine sagen: Im Interesse der Landesbank und der Rheinprovinz sollte man endlich mal erklären: Schluß damit! In völlig umgekehrtem Verhältnis zu diesem Eifer, die Schuldigen zu finden, steht der Eifer, der Landesbank zu helfen. Ich müßte in meinen Ausführungen bitterer werden, als es dem Bestreben, alle Kraft nur auf die Wiederaufrichtung zu konzentrieren, dienlich wäre, wenn ich die bisherige Geschichte dieser Hilfeleistung mit all ihren Bittgängen und ihrem unzurei-

chenden Ergebnis darstellen wollte. Aber ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, es herrschte von vornherein für die Rheinprovinz und vor allem für die rheinischen Kommunen, die als die Träger der Landesbank angesehen wurden, keine besonders gute Luft in Berlin. Ich wäre allerdings ungerecht, wenn ich nicht von meiner Kritik eine Berliner Stelle ausnähme, die uns von vornherein mit wirklich innerem Hilfswillen zur Seite gestanden hat, das ist das Preussische Ministerium des Innern, bei dem wir stets den vollsten Hilfswillen gefunden haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sehe ich das Schlimmste in dem Unzureichenden der Hilfeleistung noch nicht einmal in ihrem Betrage, sondern mehr in der Verzögerung der Hilfeleistung, die für den Wiederaufbau der Landesbank geradezu unwiederbringlichen Schaden herbeigeführt hat. Auf die ersten mehrfachen Vorstellungen, daß ohne Hilfe die Bank nicht zu halten sei, wurde zunächst jede Hilfeleistung auf das allerentschiedenste abgelehnt. Das war insbesondere das Ergebnis einer einen ganzen Tag dauernden historischen Sitzung, an die manche der anwesenden Herren sich erinnern werden, die am 4. Juli 1931 in der Reichsbank stattfand. Erst als der 13. Juli kam mit seiner Notwendigkeit, den großen Privatbanken zu helfen, was dann hinterher dazu führte, daß diesen Banken vom Reiche außer weitgehender Kredithilfe über 300 Millionen geschenktweise überwiesen wurden (Hört! hört! links) und daß, wie der Reichsfinanzminister Dietrich in diesen Tagen mitteilte, 120 Genossenschaftsbanken saniert wurden, erst da kam der Gedanke in Fluß, daß auch der Landesbank, zwar nicht mit verlorenen Zuschüssen, aber doch mit Schabanweisungen und Kredit geholfen werden müsse. Aber dann folgten noch zwei Monate des Hangens und Bangens und praktisch völliger Zahlungsunfähigkeit. Das waren für die Landesbank die schlimmsten Monate, die sie so schwer geschädigt haben. Das war um so verhängnisvoller, als gleichzeitig auch der Gewährsverband, die Provinz, infolge des Einfrierens ihrer Guthaben bei der Landesbank zeitweise sich ebenfalls in einer an Zahlungsunfähigkeit grenzenden Notlage befand. Es kam dann die bekannte Hilfsaktion. Es ist in der Öffentlichkeit vielfach so dargestellt worden, als ob man der Landesbank im Wege dieser Hilfsaktion 240 Millionen überwiesen hätte. Selbstverständlich ist das in keiner Weise der Fall. Eine Beihilfe ist uns niemals gegeben, auch nicht verlangt worden, sondern es sollte der Landesbank durch die Hilfsaktion nur ein Kredit gewährt werden. Aber auch dieser Kredit ist nicht in Höhe von 240 Millionen der Landesbank zugeflossen, sondern die Bereitstellung von Schabanweisungen in dieser Höhe hatte für die Landesbank im wesentlichen nur insofern Wert und Bedeutung, als diese Schabanweisungen in Bargeld umgewandelt werden konnten, und das wurde nur zugestanden für den Betrag von 73,4 Millionen. Die Hälfte dieser Schabanweisungen, die eine Laufzeit von fünf Jahren hatten, hat sich bisher überhaupt nicht verwerten lassen. Der Betrag von 73,4 Millionen mußte leider fast ausschließlich zur Befriedigung der Bankgläubiger verwendet werden. Es blieb daher fast nichts übrig zu einer wenigstens teilweisen Abdeckung der Guthaben der Sparkassen und der sog. sozialen Forderungen oder, wie wir sie auch nennen, der polizeiwidrigen Schulden der Landes-

bank bei Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft, Wohlfahrtseinrichtungen und Privaten. Dazu kam in der Folgezeit, daß die Lage der Schuldner der Landesbank, der rheinischen Kommunen, aus den bekannten Gründen immer schwieriger wurde. Von ihnen waren nicht nur die fälligen Kapitalrückzahlungen nicht hereinzubringen, sondern sie blieben auch mit einem Teil der Zinsen rückständig, ein Rückstand, der heute etwa 15 Millionen Mark beträgt. Man mag das entschuldigen oder mag sich darüber entrüsten, Steuerrückgang, Abschiebung der Erwerbslosenlasten haben zu diesem Ergebnis mit Notwendigkeit geführt, und wir sowohl wie auch Reich und Staat müssen dieser Sachlage genau so gut ins Auge sehen und unsere Entscheidungen danach treffen, wie man bei den Privatbanken auf Grund der Unmöglichkeit, ihre Industrief Kredite hereinzubekommen, ebenfalls die nötigen Entscheidungen getroffen hat. Um der Liquidität der Landesbank zu helfen, wurde dann Anfang Oktober bekanntlich die Nachtragsprovinzialumlage von der Staatsregierung verfügt. Aber auch ihre praktische Bedeutung hat sich nicht in der wünschenswerten Weise ausgewirkt, weil der Eingang nur ein beschränkter gewesen ist. Von den 9,3 Millionen, die bis heute eingehen sollten, sind bis jetzt erst 3,4 Millionen eingegangen, also ein starkes Drittel. (Abgeordneter Krawinkel: Hört! Hört!) In Auswirkung dieser Lage hat der Herr Staatskommissar bei der Landesbank, wie Sie wohl schon in der Presse gelesen haben, dann am 11. März 1932 eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler gerichtet, in der er die Notwendigkeit darlegt, sich darüber klar zu werden, was überhaupt aus der Landesbank werden soll, und dementsprechend eine grundsätzliche Sanierung vorzunehmen, für die er selbst bei vorläufiger Aufrechterhaltung eines Provisoriums unter Berücksichtigung der geringen Zahlungsfähigkeit der Kommunen einen Betrag von 60—70 Millionen als Liquiditätshilfe, vorzustricken in Raten von jetzt bis zum Ende des Jahres, für erforderlich hielt. Auf diese Eingabe ist bis jetzt eine Entscheidung der Reichs- und Staatsregierung noch nicht getroffen worden. Jedoch hat inzwischen die Reichsbank, allerdings unter Gewährung einer Ultimohilfe von 2½ Millionen, erklärt, daß sie zu irgendwelcher weiteren Hilfeleistung nicht bereit wäre. Vorgestern ist mir jedoch, wie der Herr Vorsitzende schon mitgeteilt hat, eine Mitteilung des Herrn Ministers des Innern zugegangen, wonach morgen in Berlin eine Beratung über die weiteren Maßnahmen zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz stattfinden soll. Ich werde, wie Sie wissen, an dieser Beratung teilnehmen. Ich darf wohl aus der Tatsache dieser Beratung schließen, daß doch in dieser Angelegenheit noch nicht im Sinne der Reichsbank das letzte Wort gesprochen ist, sondern daß man auch an zuständiger Stelle einsieht, daß hier unter allen Umständen geholfen werden muß, sei es, daß den Kommunen geholfen wird, daß sie ihre Schuld bezahlen können, sei es, daß der Landesbank Hilfe geleistet wird, um ihre Gläubiger zu bezahlen. Es ist undenkbar, daß wir hier anders behandelt werden sollen als die großen Privatbanken. Daß wir aber auch unsererseits selbstverständlich alles tun, was in unseren eigenen Kräften steht, zumal wir doch der Gewährverband sind, das halte ich in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten für durchaus notwendig.

Daß an den Stellen, die bis jetzt darüber gesprochen haben, auch die Absicht dazu besteht, das ersehen Sie aus der Ihnen vom Provinzialausschuß trotz der schweren Notlage der Gemeinden vorgeschlagenen Erhöhung der Provinzialumlage. Aber vor allem müssen wir darauf halten, daß ebenso wie bei den Privatbanken sich jetzt die Hilfe nicht wie bisher, lediglich darauf beschränken darf, zur Not im Augenblick einen Kassenzusammenbruch zu vermeiden, sondern es muß eine planmäßige Hilfe geleistet werden, die den Wiederaufbau für die Zukunft im Auge hat.

Damit hängt zusammen die Frage der zukünftigen organisatorischen Gestaltung der Girozentrale für die Rheinprovinz, d. h. der Stelle, die als Ausgleichsstelle für den Verkehr der öffentlichen Sparkassen dient, und die Gestaltung des öffentlichen Bankwesens in der provinziellen Spitze der Rheinprovinz überhaupt. Im Gegensatz zu der Langsamkeit der Hilfsaktion für die Landesbank stand die Schnelligkeit, mit der die Geschäfte der Girozentrale der Landesbank entzogen, und eine neue Stelle als Filiale des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes dafür in Köln errichtet wurde. (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!) Und wiederum im Gegensatz zu der Schnelligkeit, mit der diese Stelle, die nur als ein Provisorium bezeichnet wurde, errichtet wurde, steht wieder die Langsamkeit, mit der man darangeht, dieses Provisorium wieder aufzuheben und den Wünschen der kommunalen Spitzenorganisationen der Rheinprovinz entsprechend eine Rheinische Girozentrale als Einrichtung eines Rheinischen Giroverbandes in Düsseldorf ins Leben zu rufen. Das letzte Ziel soll dann die Errichtung einer Gemeinschaftsbank aus Provinzialverband und Giroverband sein, in dem die Landesbank aufgehen soll. Ansehend ruht diese Gelegenheit, auf deren beschleunigte Erledigung im Juli und August von der Staatsregierung und von der Deutschen Girozentrale das größte Gewicht gelegt wurde, vollständig. Daß alle diese Provisorien sich zum Schaden der Landesbank auswirken und ihre Wiederaufrichtung und Sanierung auf das höchste erschweren, liegt auf der Hand. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß das Warten die Sache immer teurer macht. Die Hilfe wird — davon bin ich überzeugt — aber in irgendeiner Form erfolgen, weil sie kommen muß, denn es handelt sich hier nicht bloß um die Landesbank, sondern an ihr hängt die Existenz der rheinischen Kommunen, des Rheinischen Provinzialverbandes, die Erhaltung des öffentlichen Kredits und die Bewahrung von Einrichtungen der Sozialversicherung vor dem Zusammenbruch. Ich möchte noch mehr sagen: An dieser Frage hängt mehr oder minder das Schicksal einer Provinz von 7 Millionen Menschen, die dazu eine Grenzprovinz ist, die in den zehn Jahren fremder Besatzung ihre ganze Kraft der Nerven und der Wirtschaft eingesetzt hat, um zu ihrem Teil die Erhaltung der staatlichen und volklichen Existenz des Reiches sicherzustellen. (Zustimmung.) Es hat keinen Zweck mehr, diese Fragen und den Ernst der Lage hinter verschlossenen Türen zu halten, sondern es wird Sache des Provinziallandtages sein, in aller Öffentlichkeit auf die Lage und auf die Schwere der Verantwortung hinzuweisen, damit endlich dem jetzigen unmöglichen Zustande ein Ende gemacht wird. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Mit diesen Ausführungen ist eigentlich auch schon das Wichtigste gesagt, was über den Haushaltsplan der Provinzialverwaltung selbst zu sagen ist. Er ist aufs engste bedingt durch die Finanzlage der Kommunen, von der ich gesprochen habe, und durch die Zukunft der Landesbank, und genau so problematisch wie diese beiden Punkte zu beurteilen sind, ist auch der Haushaltsplan zu beurteilen. Man hätte deshalb daran denken können, ebenso wie in Preußen und in vielen Kommunen, vorläufig von der Aufstellung eines Haushaltsplans abzusehen, bis sich die Verhältnisse geklärt haben, und gewissermaßen auf einige Zeit von der Hand in den Mund zu leben. Denn die wichtigste Bedeutung des Haushaltsplanes, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Verwaltung nicht zuviel ausgibt, dafür sorgen heute ganz andere Umstände als die Zahlen des Haushaltsplans. Wenn früher in der Verwaltung eine Ausgabe gemacht werden sollte, so fragte man: Ist von dem im Haushalt bewilligten Betrage noch etwas frei? Und war das der Fall, so wurde die Ausgabe verfügt. Heute ist es ganz gleich, ob im Haushaltsplan noch Geld vorhanden ist, es kommt nur darauf an, ob Geld in der Kasse ist, um die Ausgabe zu machen (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!), und wenn das Geld nicht vorhanden ist, so können selbst vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen nicht erfüllt werden, denn Kredit ist auch nicht mehr vorhanden, und mit voller Kaltblütigkeit und ohne zu erröten und ohne mit der Wimper zu zucken, erklärt heute jede Kommune, daß sie trotz aller Verpflichtungen einfach nicht zahlen könne, weil sie nichts habe. Diese Problematik steht vor allem über den Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuerüberweisungen, Dotation und Kraftfahrzeugsteuer. Sie sind zwar schon im Haushaltsplan mit über 11 Millionen weniger eingesetzt als im Vorjahr auf Grund der Ausfälle durch den Niedergang der Wirtschaft. Inzwischen sind aber nach Aufstellung des Haushaltsplans wieder weitere ungünstige Momente eingetreten. Die Schätzungen über den voraussichtlichen Steuereingang sind schon wieder überholt. Der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer ist durch Verordnung von 10 auf 5 Prozent gesenkt. Ferner hat die preussische Verordnung zur Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 8. April 1932 für die Provinzen zwei wesentliche Verschlechterungen vorgenommen, einmal die vorhin schon erwähnte Garantie eines Mindestbetrages des Anteils der Landesschulkasse an dem Gemeindeanteil aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, vor allem aber die Bestimmung, daß wegen Abführung von Umsatzsteuermitteln an einen Notstandsfonds für Gemeinden der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer auf dem bisher garantierten Betrag von 148,5 Millionen zu Lasten des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer unbedingt erhalten werden soll. Die Gemeinden haben davon den Vorteil, aber die Provinzen den Nachteil, da die letzteren an der Umsatzsteuer nicht beteiligt sind. Dieser Nachteil wirt sich in doppelter Weise sowohl bei den Steuerüberweisungen, die wir unmittelbar vom Staate bekommen, wie bei der Provinzialumlage aus. Infolgedessen ist schon jetzt zu übersehen, daß unsere Einnahmen aus den vorhin angegebenen Steuern mindestens um 2 Millionen zu hoch veranschlagt sind. An weiteren

bedeutenden Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr ist zu erwähnen: die Herabsetzung des Staatsanteils zu den Fürsorgeerziehungskosten um 2 Millionen, die vom Provinzialausschuß beschlossene Herabsetzung der von den Stadt- und Landkreisen zu tragenden Pflegekosten für Geistesranke von 2,45 RM Ende 1929 und 2,30 RM Anfang 1931 auf 1,80 RM, was eine Mindereinnahme von 3,6 Millionen gegenüber dem letzten Haushaltsplan bedeutet, dann der Verlust der Einnahmen aus der Landesbank mit 1 Million. Dem stehen freilich auf der anderen Seite auch bedeutende Ersparnisse auf dem Gebiete der Personalkosten und der Aufstaltskosten gegenüber. Aber zu diesen Senkungen der Einnahmen stehen diese Ersparnisse in keinem Verhältnis. Infolgedessen war sich der Provinzialausschuß von vornherein darüber klar, daß eine Herabsetzung der Provinzialumlage dem Prozentsatz nach unmöglich war. Aber auch bei Aufrechterhaltung des Prozentsatzes ist nur mit einem Eingang von 9,2 Millionen gegenüber 12,2 Millionen im Vorjahre, also mit 3 Millionen weniger zu rechnen. Viel schlimmer liegt es ja nun mit dem wirklichen Eingang der Umlage, wie auch der sonstigen Verpflichtungen der Stadt- und Landkreise an Pflegekostenzahlungen gegenüber der Provinz. Rückständig waren davon am 1. März 1932: 4 142 000 RM, dazu von der bekannten Nachtragprovinzialumlage 6 279 000 RM, so daß die Gesamtrückstände betragen 10 422 000 RM. Daß es dabei bis jetzt überhaupt noch möglich gewesen ist, in etwa die Zahlungsfähigkeit des Provinzialverbandes aufrecht zu erhalten, das hat, wie Sie sich wohl denken können, der größten Anstrengungen und Einschränkungen auf allen Gebieten bedurft. Wie lange es noch möglich sein wird, steht dahin, zumal, wenn jetzt im Frühjahr größere Anforderungen auf dem Gebiete der Straßenverwaltung und der Straßenunterhaltung sich nicht vermeiden lassen. Ich will gern anerkennen, daß in manchen Kreisen, vor allem Stadtkreisen, die Finanznot so groß ist, daß die Verpflichtungen gegenüber der Provinz im Augenblick nicht völlig erfüllt werden können. Aber ich muß doch an dieser Stelle an alle Beteiligten die dringende Bitte richten, dann doch wenigstens einen Teil der Zahlungen zu leisten, denn wenn die Provinz zahlungsunfähig wird, so brauche ich nicht nur auf die katastrophalen Folgen hinzuweisen, die sich daraus ergeben, daß die Aufgaben der Provinz beispielsweise auf dem Gebiete des Straßenbaues, auf dem Gebiete der Unterbringung der großen Zahl der Hilfsbedürftigen, Geistesranke und Fürsorgezöglinge nicht mehr erfüllt werden können; auch für die Wiederaufrichtung der Landesbank wird eine Zahlungseinstellung des Gewährverbandes von nicht auszuwendenden Folgen sein. Ich kann diese Bitte um so eher aussprechen, weil doch bei dem Sinken des absoluten Betrages der Provinzialsteuern und dem Steigen der sonstigen Ausgaben der Kommunen der Betrag der Provinzialsteuern in den Gesamtausgaben nur eine verhältnismäßig geringfügige Rolle heute noch spielt. Wenn ich die großen Unterschiede in bezug auf die Höhe der Rückstände bei den einzelnen Stadt- und Landkreisen vergleiche, so kann ich mich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß auch unter Würdigung der Unterschiede in der Finanznot der einzelnen Kreise doch da-

neben auch der Wille, der Provinz zu helfen, bei den einzelnen sehr verschieden ist. (Hört, hört! links.) Wenn Sie nun, meine Damen und Herren — damit kann ich dieses Thema verlassen —, sich von vornherein mit der gänzlich unvermeidbaren Tatsache abgefunden haben, daß die zur Deckung der ordentlichen Bedürfnisse des Provinzialverbandes erforderliche Provinzialumlage in dem eingehenden Betrag — wie Sie gehört haben — um 3 Millionen, aber auch nicht mehr als um 3 Millionen gesenkt wird, daß sie aber damit in ihrem Prozentsatz unverändert bleibt, so werden Sie in diesem Jahre vor eine weitere, besonders schwere Entscheidung gestellt durch die Frage, ob nun die Provinzialumlage zur Beschaffung von Mitteln für die Liquidität der Landesbank darüber hinaus erhöht werden soll. Sie kennen die Geschichte dieser sogenannten Nachtragsprovinzialumlage. Es ist für den Provinzialausschuß ein außerordentlich schwerer Entschluß gewesen, bei der ständig wachsenden Notlage der Stadt- und Landkreise Ihnen jetzt vorzuschlagen, diese Erhöhung der Provinzialumlage für das folgende Jahr Ihrerseits zu beschließen. Wenn er es doch getan hat, so hat er dabei — das kann ich, ohne ein Geheimnis zu verraten, sagen — weniger gedacht an die praktische Hilfe, die mit den eingehenden Mitteln der Landesbank geleistet wird, denn diese praktische Hilfe reicht allein doch nicht aus, um die Landesbank liquide zu erhalten, sondern er hat sich von dem Beschluß, dem er Sie bittet, beizutreten, mehr eine politische und psychologische Hilfe versprochen. Es soll der Reichs- und Staatsregierung gezeigt werden, daß auch die Provinz selbst alles, was nur etwa in ihren Kräften steht, vielleicht sogar mehr, als ihren heutigen Kräften entspricht, tut, um der Landesbank zu helfen, und damit um so kräftiger das Verlangen nach Reichs- und Staatshilfe zu unterstreichen, wie ich es vorhin begründet habe. Diese besondere Provinzialumlage macht wie im Vorjahre eine Erhöhung der Prozentsätze zur Reichsteuerverweisung, Bürgersteuer und Realsteuer um 6,72 Prozent notwendig; so daß dann die einseitliche Umlage wie im Vorjahr beträgt 11,97 Prozent bei den Reichsteuerverweisungen und der Bürgersteuer und 16,51 Prozent bei den Realsteuern, gegenüber bisher 5,25 und 9,79 Prozent. Der Betrag, der durch die Erhöhung der Provinzialumlage eingehen soll, ist in der Ausgabe eingesetzt worden unter einem besonderen Titel mit der Bezeichnung: „Zur Zahlung fälliger Kredite an die Landesbank und zur teilweisen Einzahlung auf die vom letzten Provinziallandtag beschlossene Erhöhung des Stammkapitals bei der Landesbank“. Dieser Weg war rechtlich und praktisch der einzig mögliche, um den Betrag der Landesbank zuzuführen. Er ist aber auch sachlich gerechtfertigt dadurch, daß auf diesem Wege die erhöhte Provinzialumlage indirekt sämtlichen Stadt- und Landkreisen nach Maßgabe ihrer finanziellen Belastung und damit auch ihrer Beteiligung an den Finanzen der Provinz und an der Gewährleistung für die Landesbank zugute kommt.

Wenn ich nunmehr zur Ausgabe Seite übergehe, so wirkt sich da zunächst die Frage auf, was mit dem Fehlbetrag der Jahre 1930 und dem voraussichtlichen Fehlbetrag des Jahres 1931 geschehen soll. Das Jahr 1930 hat mit 2,6 Millionen Fehlbetrag abgeschlossen. Im Haushaltsplan 1931 konnte zu dessen Deckung nur eine

Summe von 550 000 RM vorgesehen werden, so daß ein Fehlbetrag von 2,1 Millionen übrig blieb. Dazu tritt nun der Fehlbetrag des Jahres 1931. Wie hoch er ist, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, denn gerade die Provinz kann mit Rücksicht auf die Abrechnungen mit den Bezirksfürsorgeverbänden und den Anstalten und mit Rücksicht auf den verspäteten Eingang der Steuerüberweisungen ihr endgültiges Finanzergebnis für das vergangene Jahr immer erst einige Zeit nach Schluß des Jahres klar übersehen. Aber durch die scharfen Ausgabeabstriche, die der Provinzialausschuß im vergangenen Jahre schon vorgenommen hat, durch die Befoldungsherabsetzung und die Preis senkungen wird sich trotz des Herabgehens der Einnahmen wohl erreichen lassen, daß der Fehlbetrag sich zwischen 1 und 2 Millionen halten wird. Schon aus dem Grunde, weil man nicht weiß, wie hoch er sein wird, dann aber auch, weil es vollständig unmöglich war, ihn im jetzigen Haushaltsplan aufzubringen, bleibt nichts anderes übrig, als daß seine Deckung außerhalb des Haushaltsplans gesucht wird, und zwar soweit möglich aus dem Betriebsfonds. Daß dadurch natürlich die Kassenlage der Provinz wiederum weiter erschwert wird, das werden Sie einsehen. Die Frage der Verteilung der Ausgaben auf ordentlichen und außerordentlichen Haushalt ist in diesem Jahre nicht zu erörtern, da grundsätzlich davon abgesehen ist, einen außerordentlichen Haushaltsplan aufzustellen. Er war im vorigen Jahre noch mit 18 Millionen dotiert. Das ist bei Würdigung der Gesamtherabsetzung der Ausgaben des Haushaltsplans wohl im Auge zu behalten. Was früher in den außerordentlichen Haushaltsplan eingestellt war, z. B. für Straßenbau, mußte, so weit es nicht zu vermeiden war, heute als einmalige Ausgabe in den ordentlichen Haushaltsplan eingestellt und die Deckung aus ordentlichen Haushaltsmitteln gesucht werden.

Wie Ihnen nun im Vorbericht dargelegt, sind die ordentlichen Nettoausgaben herabgesetzt von 95 Millionen auf 71 Millionen, also um 25 Prozent, und der außerordentliche Haushaltsplan von 18 Millionen auf Null. Auf die einzelnen Punkte der Ausgabeverminderung wird wohl in den Ausschüssen des näheren eingegangen werden. Die Abstriche werden gewiß, wie auch der Herr Oberpräsident schon hervorhob, an vielen Stellen als außerordentlich schmerzlich empfunden werden; jede Erhöhung, das kann ich jetzt schon sagen, ist aber ausgeschlossen, im Gegenteil, wenn ich vorhin sagte, wenn den Kommunen und der Landesbank nicht von oben geholfen werde, so brauchten wir uns mit dem Haushaltsplan nicht zu beschäftigen, so soll das heißen, daß in diesem Falle auch die jetzt vorgesehenen Beträge, mögen sie doch so notwendig, mögen wir auch noch so sehr dazu vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sein, sie zu zahlen, einfach nicht ausgegeben werden können, weil sie nicht vorhanden sind. Einzelne wesentliche Punkte der Ausgabenverminderung möchte ich besonders hervorheben.

Der Befoldungsaufwand ist gesenkt um über 3½ Millionen allein bei der Hauptverwaltung, also soweit die Beträge durch Steuern aufzubringen sind. Darin sind nicht enthalten die Senkungen bei den selbständigen Instituten und die im vorigen Jahre schon verfügte

erste Gehaltskürzung von 6 Prozent. Die Gesamtkürzung beträgt nunmehr rund 25 Prozent.

Die Ausgabenposition „Verzinsung und Tilgung der Anleihen“ konnte von 8,51 Millionen auf 7,17 Millionen herabgesetzt werden. Der Grund liegt im wesentlichen darin, daß mit Hilfe der Nachtragsprovinzialumlage ein Teil der kurzfristigen Schulden zurückgezahlt werden soll. Auch hier wird die Senkung, wenn die Nachtragsprovinzialumlage nicht besser eingeht oder wenn sie etwa gar nicht beschossen werden sollte, auf dem Papier stehen bleiben und es müßte von anderer Seite eine Deckung hierfür gesucht werden. Ich möchte hier hinweisen auf die im vorigen Jahre gewünschte Uebersicht über die Verschuldung des Provinzialverbandes, die Ihnen im Vorbericht gegeben wird. Sie sehen daraus, daß der Provinziallandtag in Generosität insgesamt 116½ Millionen Anleihe seit der Stabilisierung beschlossen hat. Glücklicherweise ist der Provinzialausschuß aber nicht allen diesen Beschlüssen nachgekommen, vielmehr sind bis jetzt nur Auslagen auf Anleihen gemacht worden in Höhe von 92 Millionen. Unter Berücksichtigung der Tilgung und der aus eigenen Mitteln aufgenommenen Anleihe beträgt die äußere Verschuldung des Provinzialverbandes heute 73,9 Millionen Mark, davon 64½ Millionen bei der Landesbank. 60 Prozent der Schulden sind für Straßenbau aufgenommen. Von dieser Schuldenaufnahme können wir heute sagen, ein Glück, daß wir sie gemacht haben. (Abgeordneter Krauwinkel: Sehr richtig!) Aber auch im übrigen steht die Rheinprovinz als größte deutsche Provinz in der Höhe ihrer Verschuldung in der Gesamtheit der Provinzen an sehr günstiger Stelle.

Die bedeutendste wirtschaftliche Ausgabe der Provinz liegt im Verkehrswesen, im Straßenbau. Leider hat dieser Posten aber auch die Hauptkosten der Herabsetzung tragen müssen. Schon bei den Sparmaßnahmen, die im Laufe des Jahres getroffen wurden, war dies der Fall. Zunächst ist allerdings der Straßenbau belastet mit dem festen Betrage für Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Anleihen von 5½ Millionen, an dem wir nichts ändern können. Anlaufenden Unterhaltungskosten und Kosten für Erweiterungs- und Umbauten, soweit sie nicht aus dem außerordentlichen Haushaltsplan gedeckt wurden, wurden noch im Jahre 1930 aufgewendet 14½ Millionen. Das Soll für 1931 betrug noch 12,3 Millionen. Aufgewendet wurden im vergangenen Jahre in Wirklichkeit rund 7 Millionen, und für 1932 ist nur vorgesehen worden ein Betrag von 4½ Millionen. Unter diesen Umständen sind irgendwelche neue bedeutende Verbesserungen, feste Decken oder Umgehungsstraßen gänzlich ausgeschlossen. Glücklicherweise haben wir mit Hilfe der Anleihen die großen Durchgangsstraßen in den letzten Jahren in einen solchen Zustand gesetzt, daß sie auch ohne besonders große Unterhaltungskosten für einige Zeit dem Verkehr, vor allem dem schweren Lastkraftwagenverkehr gewachsen sind. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!) Darüber hinaus können wir mit den jetzt ganz beschränkten Mitteln aber nur noch versuchen, einen halbwegs polizeimäßigen Zustand aufrecht zu erhalten. Sie werden jetzt schon an vielen Provinzialstraßen das Warnungsschild „Schlechte Begehrte“ sehen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann:

Sehr traurig!) Im Laufe des Jahres wird dieses Schild, von dem wir mehrere Hunderte beschaffen, noch viel mehr auftauchen, und wenn keine besondere Hilfe kommt, wird unser Straßennetz, auf das wir stolz sein konnten und das auch für die Wirtschaft von großer Bedeutung war, in einigen Jahren in weitem Umfange zerfallen sein. (Hört, hört! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Auf der anderen Seite große Arbeitslosigkeit!) Die Kraftwagenstraße Köln—Bonn und die Umgehungsstraße Opladen müssen fertiggestellt werden. Es kommt uns hier die Tatsache zu Hilfe, daß über die Hälfte der Kosten aus der werteschaffenden Erwerbslosenfürsorge fließen. Die Kraftwagenstraße Köln—Bonn wird voraussichtlich im Laufe des Juli dem Verkehr übergeben werden können. Bedauerlich ist auch — das möchte ich dem Herrn Zwischenrufer bestätigen —, daß die Provinz durch große Straßenbauarbeiten nicht mehr wie früher zur Beschäftigung Arbeitsloser beitragen kann. (Hört, hört! rechts.) Sollte sich hier im Laufe des Jahres ein Ausweg durch Zurverfügungstellung von Reichsmitteln oder die Möglichkeit einer langfristigen Anleiheaufnahme finden, so wird dieser Weg im Interesse der Straßenunterhaltung ebenso wie im Interesse der Arbeitslosenbeschäftigung unbedingt gegangen werden müssen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!)

Nun hat uns auf dem Gebiete der Straßenverwaltung in diesen Tagen noch ein besonderes Unglück getroffen durch den Bergsturz bei Cochem. Die Provinzialstraße ist durch die abstürzenden Geröllmassen und vor allem wegen der Gefahr, daß noch weitere mehrere hunderttausend Kubikmeter nachstürzen, gesperrt, und es muß für Ersatz geforgt werden. Welche Maßnahmen zu treffen sind, steht im Augenblick noch nicht fest, da man noch nicht weiß, wieviel von dem Berge noch nachkommt. Auf jeden Fall wird der Kostenpunkt zwischen 300 000 und 1 Million RM schwanken. Ob und wie es möglich sein soll, diesen Betrag in diesem Jahre aufzubringen, ist im Augenblick für mich noch nicht zu erkennen.

Die Provinzialverbände sind dann noch in besonderer Weise belastet durch die Ausgaben für die Geisteskranken, Taubstammen, Blinden, Krüppel und Firsorgezöglinge. Wir sind uns dabei wohl bewußt, daß diese Ausgaben im wesentlichen unproduktiv im landläufigen Sinne sind. Wir sind uns aber ebenso bewußt, daß die Frage, ob diesen Armen das Notwendigste zum Lebensunterhalt gegeben wird, ebenso wenig mit dem Rechenstift gelöst werden kann wie überhaupt die Fürsorge für die Alten, Kranken und Schwachen und Erwerbsunfähigen in der Familie und in der Volksgesamtheit. Wohl aber verlangt die heutige Zeit mehr als je, daß die Aufwendungen unbedingt auf das zur Erhaltung eines menschenwürdigen Daseins Notwendige eingeschränkt werden. Nach diesem Grundsatz sind die Ausgaben schon im vergangenen Jahre bemessen worden und nach diesem Grundsatz sind auch die Haushaltspläne selbst in der sorgsamsten Weise aufgestellt. Es kommt uns jetzt mit zu Hilfe bei dem größten Posten, der Unterbringung der Geisteskranken, die wirtschaftlich vollkommene Einrichtung unserer Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten. Das zeigt sich besonders bei unserer größten Anstalt Bedburg-Hau, die außerordentlich niedrige Verpflegungskosten pro Tag aufweist. Wie

weit wir hier heruntergehen, mögen Sie daraus ermessen, daß der Verpflegungsaufwand pro Tag in dieser Anstalt heute noch etwa 48 Pf. beträgt. Wir sind aber hier gewiß für jede Anregung dankbar, wo noch mehr gespart werden kann, besonders wenn diese Anregung sich nicht auf allgemeine Wünsche, sondern auf praktisch durchführbare Vorschläge erstreckt. Im übrigen zeigt die Zahl der von uns unterzubringenden Geisteskranken, Schwachsinnigen und Epileptiker leider noch keine Abnahme. Es sind zur Zeit 19 416 gegen 19 207 vor einem Jahre. Die Zunahme war aber in den früheren Jahren bedeutend höher. Die Zunahme in diesem Jahre ist wohl auch zum Teil darauf zurückzuführen, daß viele Kranke, die bisher auf eigene Kosten oder auf Kosten ihrer Angehörigen untergebracht waren, jetzt auf Kosten der Provinz untergebracht werden müssen. Da zudem die Aufnahmeziffer im letzten Jahre bedeutend gesunken ist, so ist doch wohl auch zu erwarten, daß bald auch die Zahl der Unterbrachten eine abnehmende Tendenz zeigen wird. Eine besondere Sparmaßnahme haben wir Ihnen noch vorzuschlagen durch die Schließung der Anstalt Sichtenhain. Sie war zuletzt für Leichtgeisteskranken und Trinker bestimmt. Die Letzteren können in Braunweiler und die Geisteskranken in den übrigen Irrenanstalten untergebracht werden. Besonders schmerzlich ist die Herabsetzung der Mittel für die Jugendwohlfahrtspflege. Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger droht hier völlig zusammenzubrechen durch die Herabsetzung des Staatszuschusses. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wir sind dadurch zu rücksichtsloser Entlassung von Fürsorgezöglingen gezwungen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Auf Kosten der Gemeinden!), ohne Rücksicht auf das Schicksal von Verbrechertum und Prostitution, dem viele der zu früh Entlassenen entgegengehen. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das ist eure christliche Kultur!)

Bei den Ausgaben für Kulturpflege hatte der frühere Provinziallandtag, der letzte insbesondere, in besonders eindringlicher Weise durch Beschlüsse verlangt, daß die damals schon vorgenommenen Kürzungen wieder rückgängig gemacht werden müßten und daß vor allem für die Erhaltung der Kunstdenkmäler wieder höhere Beträge eingesetzt werden müßten. Leider haben auch diese Wünsche sich nicht befriedigen lassen. Gegenüber den Ausgaben des Jahres 1930 sind die Mittel für Denkmalpflege um rund 50 Prozent gesenkt worden. Sie betragen für die größte und denkmalreichste Provinz des preussischen Staates jetzt noch ausgerechnet 120 000 Mark und damit noch $\frac{1}{4}$ Prozent der Gesamtausgaben des Haushaltsplanes. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Die Kirchen haben sowieso Geld genug!) Es ist sicher, daß bei den jetzt vorgesehenen Beträgen eine ganze Anzahl kirchlicher und weltlicher Denkmäler im Laufe der nächsten Jahre in der Gefahr schweben, in derselben Weise wie der Turm von Schönstatt dem Einsturz zu verfallen. Der Schaden für die Rheinprovinz wird unwiederbringlich sein. Es bedeutet die Gefahr der Zerstörung des Gesichtes unserer Provinz und daneben auch einen wirtschaftlichen Schaden; denn ein wichtiger Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr sind sicher auch unsere Kirchen und Burgen und Stadttore und der ganze kulturelle Charakter, der dadurch gerade unserer Heimatprovinz gegeben wird und sie in

ihrer geschichtlichen Geschlossenheit und Vielseitigkeit einzig dastehen läßt, sicherlich in ganz Deutschland, vielleicht noch weit darüber hinaus. Der vom Provinzialausschuß gebildete Ausschuß für Denkmalpflege hat sich in seiner letzten Sitzung in überaus ernster Weise mit der neuen Sachlage befaßt und den Provinzialausschuß gebeten, wenn im Laufe dieses Jahres sich neue große Gefahren für rheinische Kulturdenkmale ergeben, dann möge doch auch über die Haushaltsplanmäßigen Mittel hinaus versucht werden, die Beträge aufzubringen, um unwiederbringlichen Schaden zu verhüten. Es wurde dabei auch erwähnt, daß die Aufwendungen für Denkmalpflege und Denkmalerhaltung sich zu 90 Prozent in Arbeitslohn umsetzen. Mit Dank muß ich aber auch an dieser Stelle anerkennen, daß die Preussische Staatsregierung, deren Mittel vom Preussischen Landtag auf diesem Gebiete nicht so eingeschränkt worden sind, als wir es leider tun müssen, uns gern und wesentlich hilft bei unseren größten und wichtigsten Denkmälern. Wir arbeiten auf diesem Gebiete aufs engste mit der Staatsregierung zusammen, so daß die gleichen Denkmäler immer von uns bezuschußt werden. Noch in diesen Tagen habe ich die Mitteilung erhalten, daß für die Zustandsetzungsarbeiten des Nachener Münsters von der Staatsregierung 10 000 RM bewilligt worden sind. (Abgeordneter Janßen: Bravo!)

Die übrigen Punkte des Haushaltsplans darf ich wohl zunächst der Vorberatung in den Sachausschüssen überlassen. In diesem Jahre liegen auch keine sonstigen Vorlagen, abgesehen von der Landesbank, von großer Bedeutung Ihnen vor. Auch das ist ein Zeichen der Verringerung der Zeit, daß dieses Vorlagenheft inzwischen so dünn geworden ist. Denn im allgemeinen sind mit jeder Vorlage neue Geldausgaben verbunden, die wir uns eben nicht mehr leisten können. Trotzdem Sie also diesmal nicht über viele und bedeutende einzelne Verwaltungsmaßnahmen zu entscheiden haben, bin ich dennoch überzeugt, daß kaum je ein Provinziallandtag getagt hat, in dessen Hand so sehr das Geschick der Rheinprovinz für die Zukunft gelegen hat wie in den Händen des jetzigen Provinziallandtages. Es ist diesmal weniger die Einzelentscheidung, mit der Sie der Rheinprovinz helfen können, sondern es sind meines Erachtens der Geist und die Kraft, die aus Ihren Beratungen sprechen werden. Zeigt sich hier eine Vertretung der Rheinprovinz, die nicht in parteipolitischen Kämpfen, auch nicht in zwecklosen Agitationsanträgen, sondern in einmütiger praktischer Arbeit und mit einem festen Willen nach oben sich zusammenfindet, dann tun Sie, meine Damen und Herren, damit den entscheidenden Schritt, der uns aus der so außerordentlich schweren Notlage herausführen soll. Dann machen Sie damit auch wieder die Rheinprovinz stark für die Mission, die sie wie in der Vergangenheit, so vielleicht noch viel mehr in der Zukunft in wirtschaftlicher und auch in politischer Hinsicht für ganz Deutschland zu erfüllen hat. (Lauter Beifall. Anruhe bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Bevor ich das Wort weiter gebe, darf ich vielleicht von folgendem Mitteilung machen: Die Drucksachen 18—29 sind Ihnen zwischenzeitlich auf den Tisch gelegt worden.

Dann habe ich davon Mitteilung zu machen, daß Herr Kollege Dr. Lehr als Oberbürgermeister der Stadt

Düsseldorf die Mitglieder des Provinziallandtages freundlichst eingeladen hat, die städtische Oper und Operette zu besuchen. Es stehen an jedem Sitzungstage zu freiem Besuch Plätze zur Verfügung. In Ihrem Namen danke ich der Stadtverwaltung Düsseldorf für diese Freundlichkeit. (Bravo.) Ich bitte aber, möglichst bis vormittags 11 Uhr, spätestens 12 Uhr, dem Landtagsbüro die Platzwünsche anzumelden.

Dann habe ich mitzuteilen, daß der Sachausschuß II morgen um 10 Uhr in Zimmer 3, der Sachausschuß III morgen um 11 Uhr in Zimmer 5, der Sachausschuß IV um 9½ Uhr in Zimmer 38, der Sachausschuß V um 10 Uhr in Zimmer 6 und der Sachausschuß VI um 10 Uhr in Zimmer 19 zusammentreten.

Ich bitte dann nochmals die Fraktionen, die Mitglieder des sog. Landesbankausschusses doch möglichst bald dem Büro mitzuteilen. Ich darf Ihr Einverständnis auch wohl annehmen zu dem Vorschlage des Ältestenrates, daß der Unterausschuß des Provinzialausschusses, der zur Prüfung eingesetzt war, an dieser Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt. Dagegen haben Sie keine Einwendungen zu erheben.

Ich habe ferner mitzuteilen, daß Herr Oberbürgermeister Bracht sich für heute und morgen entschuldigt hat und endlich, daß der Ältestenrat beschlossen hat, daß Anträge aus dem Hause, soweit sie in dieser Tagung berücksichtigt werden sollen, bis spätestens Freitag vormittag 10 Uhr in dem Büro abgegeben sein müssen. — Auch dem treten Sie bei.

Ich erteile nunmehr in der Aussprache das Wort dem Herrn Abgeordneten Ernst.

Abgeordneter Ernst - Herzogenrath: Meine Damen und Herren! Die Beratungen des diesjährigen Provinziallandtages liegen am Schluß eines Notwinters, von dem viele glaubten, daß er kaum ohne schwere Erschütterungen würde überwunden werden können. Die Not spiegelt sich in den ungeheuren Ziffern der Arbeitslosigkeit wider. Das Landesarbeitsamt Rheinland meldet für den 15. April d. J. insgesamt 756 000 Arbeitsuchende. Der Herr Landeshauptmann hat schon in seinen Ausführungen diese Zahl genannt. Ich gestatte mir aber, auf eine Besonderheit aufmerksam zu machen. Diese Zahlen sind um rund 3000 höher als am 31. März d. J. Es geht aus diesen Zahlen hervor, daß die frühjahrsübliche Saisonbelebung in diesem Jahr den Arbeitsmarkt nicht aufzulockern vermochte. Die ungeheuren Schädigungen materieller und seelischer Art, die eine solche Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, brauchen nur angedeutet zu werden. Mehr als 750 000 Arbeitsuchende! Das ist mit den Familien rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Rheinlandes. Daß es möglich gewesen ist, all diesen Menschen, wenn auch nur notdürftig, Unterhalt zu gewähren in diesem Winter, ist eine ungeheure Leistung. Zunächst war es Aufgabe der öffentlichen Fürsorge zu helfen. Die Hilfe ist gewährt. Trotz größter finanzieller Schwierigkeiten haben die rheinischen Kommunen die notwendigen Fürsorgemittel immer wieder bereitgestellt. Diese Arbeit verdient Anerkennung. Wenn trotz Rückgang des Steueraufkommens bei wachsenden Fürsorgelasten die Fürsorgemittel immer wieder bereitgestellt werden konnten und bereitgestellt wurden, dann ist das eine staatspolitische Leistung ersten Ranges, der höchste Anerkennung zu zollen ist. Reich und Staat haben aber die Aufgabe, in diesem Sommer wirksame Maßnahmen

für die Unterstützung der Kommunen auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge zu treffen. Bei den stark zerrütteten Finanzverhältnissen, insbesondere jener der Industriegemeinden, ist es unbedingt erforderlich, daß jetzt gesorgt wird, um für diesen Winter den notwendigen Unterstützungsbedarf bereitzustellen zu können. Die Ausbringung der Mittel für die unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen ist nicht allein Angelegenheit der Kommunen. Es ist unbestreitbar, daß die Industriegemeinden in den Industriezentren Deutschlands in erheblich höherem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen sind als weniger industriereiche Gegenden. Die industriereichen Städte und Bezirke des Rheinlandes leiden unter der Arbeitslosigkeit ungeheuer. Es muß ein gerechter Lastenausgleich erstrebt werden. Reich und Staat haben die Verpflichtung, in gerechter Weise zu dem Unterstützungsbedarf für Arbeitslose und Fürsorgeunterstützungsempfänger beizutragen. Die Finanzen des Reichs, der Länder und der Kommunen bilden eine Einheit. Das soll man sich immer wieder vor Augen führen. Wird den Gemeinden von Reich und Ländern keine ausreichende Hilfe gewährt, so ist es ausgeschlossen, daß sie ihrer Verpflichtung hinsichtlich der Unterstützung der Arbeitslosen gerecht werden können. Die Zahlungsunfähigkeit vieler Gemeinden, die bei der jetzigen Lastenverteilung unausbleiblich ist, wird Reich und Länder in den Strudel des Zusammenbruchs mit hineinziehen. Nach Mitteilungen des Reichsstädtebundes betragen die durch die steigenden Ausgaben für Arbeitslose verursachten Fehlbeträge aus früheren Jahren 820 Millionen RM. Das Rechnungsjahr 1931 schließt mit einem Fehlbetrage von 280 Millionen RM ab. Der Einnahmeausfall der Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1932 wird von derselben Stelle mit 20 Prozent bestimmt nicht zu hoch gegriffen, während die Ausgaben für die unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen nach Berechnungen der Reichsanstalt um mindestens 40 Prozent für die Gemeinden steigen werden. Bei dieser Sachlage tritt die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes außerordentlich scharf hervor. Ein gerechter Lastenausgleich ist deshalb eine zwingende politische Notwendigkeit und darf nicht länger auf sich warten lassen. Gemeinden und Gemeindeverbände haben einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen beigeprungen, daß ihnen geholfen wird.

Neben der öffentlichen Fürsorge hat die freiwillige Liebestätigkeit in diesem Winter durch planmäßige Organisierung höchste Leistungen vollbracht. Der Herr Oberpräsident hat heute morgen schon in seiner Eröffnungsrede auf diese Tatsache hingewiesen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, mit einem Wort herzlichen Dankes auf die mühevollen Arbeit hinzuweisen, die von Frauen und Männern aller Gesellschaftsschichten geleistet wurde, um Not zu lindern und Gemeinheitsgefühl zu wecken. (Zuruf des Abgeordneten Nohl.) Ebenso ist es Pflicht, hier anzuerkennen, — mein sehr verehrter Herr —, daß die prachtvolle Haltung und Disziplin der gesamten Bevölkerung des Rheinlandes und des deutschen Volkes es in diesem Winter ermöglicht hat, über all diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Mit dem Gummiknüppel habt Ihr dreinhauen lassen!) Die wirtschaftliche Not, die sich bei der Arbeiterschaft

in einem großen Mangel an Arbeit ausdrückt, zeigt sich auch in anderen für die Wirtschaft des Rheinlandes bedeutsamen Wirtschaftszweigen. In erster Linie nenne ich hier die Landwirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft in den Höhengebieten. Die verringerte Kaufkraft großer Bevölkerungsschichten findet hier ihren lebendigen Ausdruck. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Verringerte Kaufkraft wirkt preisdrückend. Dieser Preisdruck, verbunden mit der sich immer mehr verringernden Kaufkraft hat zu dem von der Landwirtschaft so außerordentlich beklagten Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis geführt. Die in den letzten Jahren so stark gestiegene Verschuldung der Landwirtschaft, die gegenwärtig auf rund 750 Millionen für das Rheinland geschätzt wird, zeigt mit den drückenden Zinsen die Not des Bauernstandes, die sich insbesondere in den Höhengebieten zu einer Volksnot ausgewachsen hat.

Erfreulich ist allerdings, daß der Gedanke der Selbsthilfe in der Landwirtschaft so erhebliche Fortschritte gemacht hat. Man soll sich auch bei Enttäuschungen hier oder dort nicht entmutigen lassen.

Die Zentrumsfraktion betrachtet es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, im Rahmen der provinziellen Aufgaben den Selbsthilfegedanken in der Landwirtschaft tatkräftig zu unterstützen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Die Bauern auszuplündern, das versteht das Zentrum!) — Die Bauern auszuplündern? Die Bauern sind nirgendwo so ausgeplündert worden wie in Rußland! (Lebhafte Zustimmung.)

Dringender Unterstützung bedarf die rheinische Forstwirtschaft. Hier macht sich der darniederliegende Baumarkt unangenehm bemerkbar. Die Forstwirtschaft sieht in einer Neigung zur Flachbauweise eine schwere Beeinträchtigung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie glaubt in einer Abkehr von dieser Neigung eine Beschäftigungsbelebung herbeiführen zu können. Es wäre zu prüfen, ob nicht dieser Neigung zu Flachbauten etwas entgegengewirkt werden kann.

Besonderer Hilfe bedarf der Weinbau. Die Wirtschaftslage ist dort geradezu katastrophal. Andererseits ist aber nirgendwo wie hier die Möglichkeit gegeben, zu helfen. Es ist heute nicht zu verstehen, daß bei dieser Wirtschaftsnote des Winzerstandes ausländischen Weinen der Vorzug gegeben wird. Bei der Not des deutschen Winzerstandes sollte es selbstverständliche Pflicht aller Deutschen sein, zunächst einmal die heimische Produktion zu fördern (Sehr gut! rechts), und die Produkte zu kaufen, die in der Heimat selbst hergestellt werden. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Die ungeheure Wirtschaftskrise hat ein Ausmaß angenommen, das alle bisherigen Erkenntnisse auf diesem Gebiete übersteigt. Die Krise ist keine rein deutsche Krise, sie macht sich in allen Industrieländern bemerkbar. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Mit Ausnahme von Rußland!) — Ich habe nichts dagegen, mein sehr Verehrtester, wenn Sie morgen nach Rußland abreisen; es wird Sie niemand hindern. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.) Ich könnte Ihnen darüber einiges sagen, ich bedaure nur, daß es mir an Zeit dafür mangelt.

Diese Feststellung, die ich eben gemacht habe, soll nicht etwa beruhigenden Charakter haben, im Gegenteil, sie verlangt Anspornung aller nationalen Kräfte zur Ueberwindung dieser Krise. Als Ursache dieser

Weltkrise ist in erster Linie die Nachwirkung der ungeheuren politischen Katastrophe Europas von 1914 bis 1918 zu nennen (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Sie haben die Nase ja noch nicht voll davon!), dann aber auch die Auswirkung der politischen Weltwirren der Nachkriegszeit. Daß die falsche Regelung der Beziehungen der europäischen Völker untereinander als eine der Hauptursachen dieser Wirtschaftskrise zu bezeichnen ist, scheint heute Gemeingut aller Wirtschaftsfachverständigen zu sein. Aus dieser Erkenntnis, so sollte man annehmen, müßte der Wille für eine ehrliche und vernünftige Neuregelung der Beziehungen der Völker untereinander gefunden werden. Die Wirtschaftsnot, die gleichsam Volksnot bei allen Völkern geworden ist, wird nur überwunden werden können durch ehrliche gemeinsame Zusammenarbeit der Völker. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die rheinische Bevölkerung, die so außerordentlich in der Nachkriegszeit unter den Nachwirkungen des Krieges gelitten hat, hat einen Anspruch darauf, ihre Stimme für eine solche vernünftige Regelung zu erheben und zu verlangen, daß sie auch gehört wird. (Zustimmung im Zentrum.) Die für den Monat Juni in Aussicht genommenen internationalen Verhandlungen sollten von dem Willen getragen sein, Wege zur Behebung der Not zu gehen. Aber heute darf man schon eins sagen: Unvernünftigen, von politischen Gesichtspunkten geleiteten Vorschlägen ist der größte Widerstand entgegenzusetzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Aufgabe der Staatsmänner der Gegenwart, die Basis für eine Neuordnung der Wirtschaft zu finden, die es den Völkern ermöglicht, wieder zu neuem Aufstieg zu kommen. (Zuruf von den Kommunisten.) Mein sehr Verehrtester, auch in Rußland; denn was dort ist, ist noch kein Fortschritt, der muß erst bewiesen werden. (Zuruf von den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle und zu dieser Zeit ist die Feststellung erforderlich, daß Deutschland jetzt und in Zukunft Reparationen nicht zahlen kann. (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von den Nationalsozialisten.) Ich sagte: Zu dieser Zeit und an dieser Stelle. Wir können uns später vielleicht noch über die Dinge unterhalten. Ihr „Endlich!“ kommt etwas unzeitgemäß. Es kommt hier nicht auf den Willen Deutschlands allein an. Die große Wirtschaftsnote, verbunden mit einer unerträglich hohen Arbeitslosigkeit und einer untragbaren, die Wirtschaft ruinierenden Steuerlast verbietet es Deutschland, weiter Reparationen zu zahlen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Völker müssen wieder frei werden von den drückenden Lasten, um sich frei zum Segen der Menschheit entfalten zu können. Höchste Leistungen können Völker nur in staatlicher und persönlicher Freiheit vollbringen.

Innerpolitisch muß dem Problem der Behebung der Arbeitslosigkeit das größte Augenmerk zugewandt werden. Diese Arbeit ist schwer. Es ist mir nicht möglich, im Rahmen meiner heutigen Ausführungen im einzelnen hierzu Stellung zu nehmen. Es wird Aufgabe der nächsten Monate sein, zu Spezialfragen in eindeutiger Weise und in Vorschlägen hierzu Stellung zu nehmen.

Der vorliegende Etat zeigt aber auch mit Deutlichkeit die Schwierigkeiten, die den Dingen entgegenstehen. Der bereinigte Brutto-Haushalt schließt in Einnahme

und Ausgabe mit 71 605 596 RM ab gegen 95 094 394 RM im Vorjahre, im letzteren Fall unter Einschluß der vom Herrn Oberpräsidenten verfüigten Nachtragsumlage. Der Rückgang beträgt rund 25 Prozent. Dieser Rückgang ist ein Spiegelbild der Wirtschaftslage; er zeigt aber auch andererseits den Willen der Provinzialverwaltung, den Etatschwierigkeiten von der Ausgabe Seite her beizukommen. Die Drofflung der Ausgaben um rund 23,5 Millionen RM gegenüber dem Vorjahre zwingt zur Anerkennung, daß um so mehr, als zugunsten der Stadt- und Landkreise bzw. der Bezirksfürsorgeverbände gleichzeitig eine Senkung des Spezialkostenfußes von 2,30 RM auf 1,80 RM im Laufe des vergangenen Etatsjahres erfolgt ist. Diese Erleichterung ist den Stadt- und Landkreisen zugute gekommen. Die Zentrumsfraktion ist aber der Ansicht, daß versucht werden muß, wenn irgend möglich, durch sparsamste Wirtschaft eine weitere Senkung herbeizuführen. Der Herr Landeshauptmann hat in seinen Ausführungen gesagt, daß ihm praktische Vorschläge gemacht werden müßten. Das ist für diejenigen, die außerhalb der Verwaltung stehen, außerordentlich schwer. Die Zentrumsfraktion will auch mit diesem Wunsch keinerlei Kritik verbinden. Es liegt ihr auch fern, den Anstaltsverwaltungen irgendwelche Vorwürfe zu machen; sie glaubt aber eine Tagesforderung erheben zu müssen, die gebieterisch eine tägliche Nachprüfung der Ausgaben verlangt. Größte Sparsamkeit ist geboten, weil die katastrophale Finanzlage bei den Städten und Landkreisen die Bereitstellung der Mittel für weitere Fürsorgezwecke immer schwieriger macht.

So begrüßenswert bei der heutigen Finanzlage die Drofflung der Ausgaben ist — sie hat auch ihre bedenklichen Seiten. Der Herr Landeshauptmann hat hierzu schon einige Angaben gemacht. Aber ich möchte dazu noch folgendes sagen: Diese bedenklichen Seiten treten nirgendwo schärfer hervor als bei den Ausgaben für die materielle Straßenunterhaltung. Für laufende Unterhaltungskosten sowie für Kosten für größere Erweiterungsbauten oder Umbauten, ist ein Betrag von 4 533 000 RM vorgesehen gegen 12 361 000 RM im Vorjahre. Das ist ein Weniger von rund 7,8 Millionen RM. Für die Unterstützung des Kreis- und Gemeindewegebaues ist eine entsprechende Herabsetzung erfolgt, und zwar von 1 Million RM auf 400 000 RM. Meine Damen und Herren! In Arbeit umgerechnet, ergeben diese Zahlen, daß tausende Arbeiter in der Steinindustrie und im Begebau in diesem Jahre keine Beschäftigung finden werden. Das sind die Auswirkungen, die uns nicht nur hier im Provinziallandtag, sondern überall bei den Etatsberatungen in den Gemeinden draußen die allergrößten Schwierigkeiten machen werden. (Sehr richtig! rechts.) Wo bekommen wir die Mittel für die Vergabung öffentlicher Arbeiten her? Das ist das große Fragezeichen, das heute vor uns schwebt.

Meine Damen und Herren! Ich will auf eine Besonderheit hinweisen. Die Stadt Mayen im Rheinland hat über 50 Prozent ihrer Einwohnerchaft in der öffentlichen Fürsorge. Die Stadt Mayen ist — es klingt etwas paradox — die steinreichste Stadt Deutschlands, und trotzdem ist keine Arbeit vorhanden, eben weil die öffentlichen Körperschaften, weil die Provinz, die Ge-

meinden und Landkreise Arbeiten für den Begebau nicht vergeben können. In der Stadt Mayen, die eine so ausgeprägte Steinindustrie hat, können Sie dasselbe Schild finden, das der Herr Landeshauptmann an die Provinzialstraßen stellen will: Achtung! langsam fahren! Straße nicht in Ordnung! (Sehr richtig! im Zentrum.) Es ist eine sehr bedauerliche Feststellung, daß eine Stadt, die Material in Hülle und Fülle zur Verfügung hat, noch nicht einmal ihre eigenen Straßen in Ordnung halten kann. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Das ist eure Pleite! Ihr müßt einmal den Hals brechen auf der Straße!) — Mein sehr verehrter Herr Kollege von der Linken! Sie müssen einmal nach Rußland gehen und von den russischen Verhältnissen auf Deutschland schließen. (Zuruf von den Kommunisten.) Ich kann Ihnen sagen, daß deutsche Arbeiter, die in Rußland gewesen sind — nicht jene Reisenden, denen dort Potemkinsche Dörfer gezeigt werden, sondern wirkliche Arbeiter (Zurufe von den Kommunisten) —, zurückgekehrt sind und sagen: „Wir haben in Deutschland sicherlich schon Not gelitten; aber alles das ist kein Vergleich zu dem, was man in Rußland dem Arbeiter heute bietet.“ (Zustimmung beim Zentrum.) — Zurufe von den Kommunisten.) Sie können einmal zu mir kommen in irgendeine Versammlung; ich will mich mit Ihnen stundenlang darüber unterhalten. (Zurufe von den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Die Erscheinung, die ich vorhin erwähnte, zeigt sich in allen öffentlichen Stats. Sie zeigt die Schwierigkeiten einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Vergabung öffentlicher Arbeiten. Hinzu kommt, daß auch die stenerliche Beanspruchung außerordentlich groß ist, und zwar für den Unterstützungsbedarf, so daß von dieser Seite her eine Erleichterung und ein wirtschaftlicher Auftrieb kaum zu erwarten sind.

Ähnliche Abstriche wie beim Begebau sind im allgemeinen festzustellen. Die für Bodenverbesserungen vorgesehenen Mittel betragen nur ein Drittel des Solls aus dem Vorjahre. Für landwirtschaftliche und gewerbliche Fachschulen sind die Zuschüsse stark verringert, zum Teil bis auf die Hälfte und mehr des Solls des Vorjahres heruntergesetzt. Das sind Maßnahmen, mit denen in das berufliche Weiterbildungswesen zum Teil verheerend eingegriffen wird. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Weiterführung dieser oder jener Schule in Frage gestellt sein wird. Das ist im Einzelfall sicherlich außerordentlich bedauerlich. Aber wir neigen in der Zentrumsfraktion zu der Auffassung, daß alle noch verfügbaren Mittel bereitgestellt werden müssen, um soweit wie möglich Arbeit zu beschaffen. Das ist die vordringlichere Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick.

Am bittersten sind die Kürzungen beim Etat des Landesjugendamtes. Wenn irgendwo, dann muß hier in aller Kürze versucht werden, Wandel zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Vernachlässigung dieses Aufgabengebietes würde schwerste Folgen vollklicher Art im Gefolge haben. Nie war die Not der Jugend so groß wie heute. Neben den verschiedensten Zweigen der Jugendfürsorge denke ich hierbei besonders an die Betreuung der erwerbslosen Jugend. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeits-

vermittlung hat vor einigen Tagen die Zahl der Jugendlichen von 14—21 Jahren auf rund eine Million geschätzt. Diese Jugend fürsorgerisch zu betreuen, ihr den Glauben an sich selbst und an die Gesellschaft zu erhalten, ist eine der vordringlichsten Aufgaben der öffentlichen und der privaten Jugendwohlfahrtspflege. Behörden und die Kreise der freien Jugendwohlfahrtspflege können auf diesem Gebiete die vorhandene Arbeit kaum bewältigen. Die Verringerung der öffentlichen Mittel wird die Arbeit außerordentlich erschweren. Die Zentrumsfraktion begrüßt es, daß die Provinzialverwaltung gerade bei den Maßnahmen der Betreuung erwerbsloser Jugendlicher nicht den Maßstab bei der Kürzung angelegt hat, der sonst in Anwendung gekommen ist. Die Beschränkung von 190 000 RM auf 140 000 RM ist, wenn auch schmerzlich, so doch bei sparsamster Verwendung der Mittel zu überwinden. Die Erklärung des Herrn Landeshauptmanns vorhin, daß die Jugendfürsorgeerziehung beschränkt und zum Teil eingestellt werden müsse, erfüllt die Zentrumsfraktion mit größter Beforgnis. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Uns auch!) Es muß ernstlich nachgeprüft werden, ob nicht diese oder jene Ausgabe für andere Zwecke noch zurückgestellt werden kann, um hier noch eingreifen zu können. Die Zentrumsfraktion behält sich vor, im einzelnen hierzu bei den Beratungen in den Kommissionen Stellung zu nehmen. Meine Damen und Herren! Die Zentrumsfraktion gibt zu diesem Kapitel des Etats der Hoffnung Ausdruck, daß es den beteiligten Kreisen der Jugendwohlfahrtspflege, den Jugendwohlfahrtsbehörden und der freien Jugendwohlfahrtspflege, gelingen möge, ihre schweren Aufgaben trotz und allem zu lösen. Der Dank aller Freunde der Jugend wird ihnen sicher sein.

Meine Damen und Herren! Die Kürzung der Mittel aus Kapitel 59, Titel 2, Maßnahmen zur Fürsorge kinderreicher Familien, von 250 000 RM auf 125 000 RM ist kaum tragbar. Die Zentrumsfraktion muß sich auch hier vorbehalten, in den Ausschüssen eventuell Anträge zu stellen.

Die bereitgestellten Mittel für Kulturpflege lassen sich kaum noch stärker zusammenstreichen, wenn überhaupt noch von Kulturpflege im Rheinland die Rede sein soll.

Der Provinziallandtag hat sich in diesem Jahr neben der Beratung des Etats in starkem Maße auch mit der Landesbank zu beschäftigen. Der Herr Landeshauptmann hat vorhin einen allgemeinen Ueberblick über die Vorgänge bei der Landesbank gegeben. Die Landesbank ist das Institut für den Kommunalkredit in der Rheinprovinz. Ich muß hier an dieser Stelle für die Zentrumsfraktion erklären, daß ich es für außerordentlich bedauerlich halte, daß, obwohl eine Zeit von neun Monaten seit dem Auftreten der ersten Schwierigkeiten verstrichen ist, wirksame Hilfe von Reich und Staat noch nicht gebracht wurde. Dem Provinziallandtag liegt ein Bericht des Provinzialausschusses vor, der erkennen läßt, daß von besonderen Verschleungen nicht die Rede sein kann. Die Landesbank ist vielmehr in den allgemeinen Strudel der Bankkrise hineingezogen worden. Wenn man allerdings von heutigen Erkenntnissen aus urteilt, dann kann man zu dem Schluß kommen, daß dieses oder jenes hätte anders gemacht werden können.

An den früheren Geschehnissen muß aber als kritischer Maßstab das Erfordernis der damaligen Zeitverhältnisse in Anwendung gebracht werden. Es ist ein altbekanntes Sprichwort, daß man immer klüger ist, wenn man vom Rathaus kommt, als wenn man hineingeht. (Geiterkeit und Zurufe.) Es scheint mir doch so, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es sehr viele Menschen in der Rheinprovinz gibt, die glauben, von den heutigen Erkenntnissen aus die Landesbank beurteilen zu können. Deshalb halte ich es für notwendig, darauf hinzuweisen. (Zurufe von den Nationalsozialisten.) Ich werde noch einiges dazu zu sagen haben. Die Krise der Landesbank muß aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre heraus gesehen und verstanden werden. Diese Entwicklung war in ihrem Ausmaß vollkommen ohne Beispiel und auch außerhalb jeder auf Erfahrung beruhenden Berechnungen. Das wird mir jeder Fachmann bestätigen müssen. Bei dieser Sachlage erscheint es richtig, den Blick in die Zukunft zu richten. Die Landesbank muß wieder flott gemacht werden, und in Verbindung mit dieser Flottmachung ist sofort eine Umschuldung der Kommunen in Angriff zu nehmen.

Ich darf dann noch eins zu diesen Dingen sagen, und zwar mit Bezug auf das, was im Rheinland gegenüber anderen Landesteilen in der Vergangenheit an staatspolitischer Arbeit geleistet werden müssen. Ich darf auf die besonderen Verhältnisse in der Entwicklung der Nachkriegszeit hinweisen. Ich darf daran erinnern, daß die Lasten der Besatzungszeit in ungeheurem Maße von dem Rheinland getragen worden sind. Ich darf erinnern an das mannhafte und einmütige Eintreten der Rheinländer gegen die vom Ausland unterstützten landfremden Separatisten. (Sehr gut! rechts.) Ich darf an die Wirkungen wirtschaftlicher Art erinnern, hervorgerufen durch den passiven Widerstand. Ich darf an die die rheinische Wirtschaft schwer schädigende Grenzziehung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet erinnern.

Meine Damen und Herren! Es scheint mir manchmal so, als wenn all diese Dinge nicht mehr so recht in Erinnerung wären. Das waren alles Ausgaben und Lasten, die von keinem anderen Land Deutschlands und von keiner anderen Provinz geleistet und getragen werden mußten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist ferner darauf zu verweisen, daß infolge dieser politischen Wirren Betriebe ihre Tore schließen mußten, sie bis heute nicht öffnen konnten oder ihren Standort außerhalb des Rheinlandes nehmen mußten. Auf diese Dinge gestatte ich mir hinzuweisen. Alle diese Dinge haben eine außerordentliche wirtschaftliche Schädigung der Verhältnisse im Rheinland zur Folge gehabt. Ein großer Teil der Verschuldung der rheinischen Kommunen ist auf die durch diese Dinge verursachten Verhältnisse zurückzuführen.

Reich und Staat können sich diesen Tatsachen gegenüber nicht untätig verhalten. Beide haben die Pflicht, den Rheinländern zu helfen und das Rheinland nicht sich selbst zu überlassen. (Sehr gut! im Zentrum.) Soll das, was das Rheinland staatspolitisch geleistet hat, heute vergessen sein?

Wir wünschen für die Landesbank weiter nichts als eine Kredithilfe für die Zugangbringung der Landes-

bank und damit zum Teil für die Zugangbringung der rheinischen Wirtschaft. Auf diese Dinge möchte ich hingewiesen haben. Der Weg muß frei gemacht werden für einen Schritt vorwärts. Wir brauchen Vertrauen und auf Vertrauen basierende Unternehmungslust. Die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit der Landesbank ist ein Mittel, dieses Vertrauen in erheblichem Maße zu stärken. Die Landesbank ist möglichst schnell in den Stand zu versetzen, ihren dringlichsten Verpflichtungen nachzukommen. Es handelt sich nicht um verlorene Zuschüsse, die gewährt werden sollen, wie sie den Großbanken gegeben wurden, sondern lediglich um eine Liquiditätshilfe. Und das darf man wohl vom Rheinland aus erwarten, daß diesem billigen Verlangen Rechnung getragen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Zuschüsse, wie sie die Großbanken erforderten, sind nicht notwendig. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem letzten Gutachten ist der Status der Landesbank auch heute noch aktiv.

Es ist nicht recht zu verstehen, meine Damen und Herren, daß die erste der Landesbank gewährte Hilfe im wesentlichen nur zur Befriedigung der Großbanken bzw. der Bankengläubiger Verwendung gefunden hat. Die Banken wußten, wohin die Kredite gingen, die sie der Landesbank zur Verfügung stellten. Sie wären deshalb auch in erster Linie verpflichtet gewesen, stillzuhalten. Statt dessen ist ihnen die erste Hilfeleistung der Landesbank fast vollkommen zugeflossen. Andere Gläubiger der Landesbank hatten nach unserer Auffassung denselben Anspruch, insbesondere dann, wenn die weitere Hilfe hinausgezögert werden sollte. Solche Bankengläubiger sind die Landesversicherungsanstalt, die Landwirtschaftskammer, Berufsgenossenschaften, Spartassen usw. Für diese Guthaben kommen zum Teil nicht einmal die laufenden Zinsen bar zur Auszahlung, sondern werden gutgeschrieben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kann man nicht gelten lassen. Ich betone nochmals: Die Tatsache, daß ein Teil der Bankengläubiger mit der ersten Hilfeleistung zu einem erheblichen Teil befriedigt wurde, kann nicht hingenommen werden, sondern fordert zu schärfster Kritik heraus.

Im Zusammenhang hiermit verweise ich auf die für Bauzwecke in Aussicht gestellten, aber noch nicht geleisteten Zwischenkredite. Die Arbeiten in Höhe dieser Verpflichtungen sind bereits geleistet. Baunternehmer und Handwerker warten seit Monaten auf Zahlung. Zum Teil sind sie gezwungen worden, Bankkredite zu außerordentlich hohen Zinssätzen in Anspruch zu nehmen. Diese Zahlungsverpflichtungen sind nach unserer Auffassung als vordringlich zu behandeln, wenigstens so vordringlich wie die Forderungen der Banken. Solange aber solche Zahlungsverpflichtungen noch bestehen, kann das Vertrauen zu den Banken und insbesondere zur Landesbank nicht wiederkehren. Von Reich und Staat muß deshalb verlangt werden, daß die Landesbank in den Stand versetzt wird, ihre Gläubiger soweit wie möglich zu befriedigen. Daß hiermit solange gezögert worden ist, fordert zum schärfsten Protest heraus. Das Rheinland hätte zum mindesten erwarten können, daß mit der allgemeinen Bankensanierung gleichzeitig auch die Schwierigkeiten bei der Landesbank behoben worden wären. Bei der Bedeu-

tung, die die Landesbank für die Wirtschaft der Rheinprovinz hat, war diese Erwartung nicht unbillig. Sie ist ausgeblieben. Diese Verzögerung ist für die Wirtschaft des Rheinlandes ein außerordentlich großer Verlust gewesen. Das Ansteigen der Arbeitslosenziffern in der Zeit vom 31. März bis 15. April ist ein Beweis dafür, daß die Dinge außerordentlich betrüblich liegen und daß es zum Teil auf diese Verhältnisse zurückzuführen ist, wenn die Wirtschaft im Rheinland in diesem Jahre nicht in Fluß kommt.

Es ist durchaus zu verstehen, wenn die Regierung bestrebt war, die Geld-Zirkulation so wichtigen Institute wie die Großbanken nach den eingetretenen Schwierigkeiten im vorigen Sommer so schnell wie möglich wieder aktionsfähig zu machen. Sie darf dabei aber nicht verkennen, daß die für die rheinische Wirtschaft so bedeutsame Landesbank auf wirksame Hilfe angewiesen ist. Ein längeres Hinhalten und Warten ist nicht mehr möglich. Es muß deshalb von Reichs- und Staatsregierung verlangt werden, daß sie sich nunmehr schnellstens um die Flüssigmachung der Landesbank bemühen. (Zuruf links: Sagen Sie das Ihren Freunden!) — Sie werden ja wissen, daß es auch noch andere Kräfte in Deutschland gibt außer unseren Freunden. Hoffentlich werden Sie, wenn Sie älter werden, das auch noch lernen. (Heiterkeit.) — Ein längeres Zögern muß sich ungünstig für die Wirtschaft auswirken. (Zurufe von den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten.)

Im Rahmen der Schwierigkeiten der Landesbank ist die Frage der räumlichen Einschränkung ihres Geschäftsbereichs, insbesondere die Aufhebung von Filialen, in den Kreis der Erwägungen einbezogen worden. Soweit die Landesbankfiliale Aachen hierbei in Frage kommt, wäre die Aufhebung wirtschafts- und staatspolitisch kaum zu verantworten. Die Landesbankfiliale Aachen hat ein sehr gut fundiertes Sparfassen- und Hypotheken-Geschäft. Eine Auflösung dieser Bankfiliale müßte eine starke Beunruhigung in den Aachener Grenzbezirk hineinbringen. Dasselbe darf ich sagen für die Bankfiliale in Trier. Hier kommt noch in Frage, daß die Landesbankfiliale in Trier bei der Rückgliederung des Saargebietes außerordentlich wertvolle Dienste zu leisten in der Lage sein wird. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht des Provinzialausschusses ist von der rheinischen Presse zum Teil recht kritisch behandelt worden. Dagegen ist durchaus nichts zu sagen. Es ist das gute Recht der Presse, Kritik zu üben. Man darf aber wohl den Wunsch äußern, daß diese Kritik aufbauend ist. Das letztere kann man von der Kritik nicht sagen, die von der „Kölnischen Zeitung“ an dem Bericht geübt wurde. Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß ein führendes Blatt des Rheinlandes in einer Angelegenheit, die die Heimatprovinz angeht, so wenig Objektivität aufzubringen vermag. Die Kritik ist geeignet, die Bemühungen um die Sanierung der Landesbank erheblich zu fördern. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn derartige Schwierigkeiten in der Rheinprovinz gemacht werden, dann tragen diese Stellen auch die Verantwortung, wenn die Sanierungsbestrebungen tatsächlich gestört oder in die Länge gezogen werden. (Zuruf

von den Kommunisten: Herr Fuchs hätte sie ja verbieten können!) — Ich nehme nicht an, daß die Absicht, störend zu wirken, besteht, obwohl das Verhalten der „Kölnischen Zeitung“ — das muß ich offen sagen — damit keinesfalls entschuldigt werden kann. (Zuruf von den Kommunisten.) Das hat mit Herrn Brüning nichts zu tun. Herr Brüning ist bekanntlich in der letzten Zeit nicht hier, sondern in Genf, und man kann sich mit ihm darüber nicht unterhalten. Vielleicht wäre es aber zweckmäßig gewesen, die „Kölnische Zeitung“ hätte sich bei Brüning erkundigt; dann hätte sie vielleicht anders gehandelt.

Noch ein Wort zur beantragten Erhöhung der Provinzialumlage! Die Mittel aus diesem Vorschlag sollen zur Verbesserung der Liquidität der Landesbank dienen. Hierzu ist eines zu sagen. Zur Behebung der Schwierigkeiten bei der Landesbank spielen die Mittel aus der erhöhten Umlage eine ganz untergeordnete Rolle. (Sehr gut! im Zentrum.) Andererseits werden aber die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen durch die Erhöhung der Umlage vergrößert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sinn hätte die erhöhte Umlage nur dann, wenn gleichzeitig damit die Hilfe von Reich und Staat einsetzte und eine endgültige Sanierung erreicht würde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sofern die Hilfeleistung von Reich und Staat auf die sofortige und endgültige Sanierung gerichtet ist, wird die Zentrumsfraktion ernsthaft mitarbeiten und im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten prüfen, was von der Provinz getan werden kann.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht möglich, im Rahmen einer Etatsrede zu allen Fragen der Verwaltung der Rheinprovinz Stellung zu nehmen. Ich möchte aber noch auf eine Frage hinweisen, die den Berggrutsch bei Cochem betrifft. Es ist mir mitgeteilt worden, daß die durch den Berggrutsch gesperrte Straße für die Einwohnerschaft wirtschaftlich große Nachteile mit sich bringt. Ich bitte deshalb die Provinzialverwaltung dringend, dafür zu sorgen, daß möglichst bald hier Wandel geschaffen wird. Die Zentrumsfraktion wird zu dieser Frage — das darf ich jetzt schon ankündigen — einen besonderen Antrag einbringen. (Zuruf des Abgeordneten Haut: Liegt schon vor!) Trotzdem bitte ich die Verwaltung von hier aus dringlich, alles zu tun, um die Schwierigkeiten, die dort vorliegen, möglichst bald zu beheben. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich schließen mit dem Wunsche, daß es der Reichsregierung im Verein mit allen aufbauenden wirtschaftlichen und politischen Kräften des deutschen Vaterlandes gelingen möge, sobald wie möglich die Basis für einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg wiederherzustellen. Die Zentrumsfraktion dieses Hauses wird, so darf ich versichern, ihre ganze Kraft hierfür zur Verfügung stellen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen im Zentrum.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Es wird so viel geklatscht, daß ich daran erinnern muß, daß hier nicht geklatscht werden darf.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mich mit dem Haushaltsplan für 1932 befaße, halte ich es für richtig, ebenso wie es der Herr Landeshauptmann und der Vorbericht getan haben, einen ganz kurzen Rückblick

auf das abgeschlossene Rechnungsjahr zu werfen, um den richtigen Standort zur Beurteilung des neuen Etats einzunehmen.

Das Jahr 1931/32 hat uns einen Rückgang der Wirtschaft gebracht, wie wir ihn nicht erwartet haben. Eine Krise überstürzte die andere, und die Zahl der Erwerbslosen wuchs in gesteigertem Tempo und erreichte, wie schon erwähnt wurde, in Deutschland die Zahl von 6 123 000 und in der Rheinprovinz von 754 000. Alle Schichten unserer Bevölkerung wurden von dem wirtschaftlichen Rückgang betroffen. Überall herrscht Not, Leid, ja Verzweiflung. Von diesem wirtschaftlichen Niedergang konnte auch die Provinzialverwaltung nicht verschont bleiben.

Bei der Provinzialverwaltung gibt aber im verflochtenen Jahr nicht die Etatsgestaltung die Signatur, sondern die Illiquidität der rheinischen Landesbank. Ich brauche mich mit den Vorgängen, die dazu geführt haben, nicht zu befassen, auch nicht mit der Auswirkung des Schalterschlusses auf die rheinischen Gemeinden und Kreise, mit der katastrophalen Auswirkung dieses Schalterschlusses auf die Sparkassen und damit auf die gesamte Bürgerschaft. Für diesen Fragenkomplex ist uns ja eine besondere Vorlage eingebracht worden, deren Erörterung hoffentlich eine reifliche Klärung der vielumstrittenen Angelegenheit bringt. Ich will auch nach der eingehenden Schilderung des Herrn Landeshauptmanns nicht auf die einzelnen Phasen der Sanierungsaktion eingehen. Es hat für uns überhaupt im Augenblick keinen Wert, bevor unsere Kommission getagt hat, hier Werturteile abzugeben und Stellung zu nehmen. Aber das eine darf ich wohl zum Ausdruck bringen: Uns kommt es überhaupt nicht auf eine Prüfung der Vergangenheit und auf einen Rückblick in die Vergangenheit an, sondern uns kommt es jetzt einzig und allein darauf an, daß das festgelaufene Schiff endlich wieder in Fahrt kommt. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Es ist schon richtig, wie der Herr Landeshauptmann sagte: Mit der Landesbank ist das Schicksal der rheinischen Gemeinden und Kreise, ist das Schicksal unserer ganzen Provinz verbunden. Und darum möchte ich ihm wünschen, daß er bei seinen morgigen Verhandlungen in Berlin endlich einmal mit einem Erfolge zurückkehrt. (Bravo! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Im Vordergrund steht ganz ohne Zweifel eine Kredithilfe des Reiches, steht auch die Umschuldungsaktion der Städte. Aber daneben darf ich auch wohl erwähnen, daß allmählich die Klärung des Verhältnisses der Giro-Zentrale zur Landesbank sehr notwendig geworden ist. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Das scheint auch die Auffassung der Preussischen Regierung gewesen zu sein; denn sie hat schon am 7. September 1931 in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten, an der Vertreter des Staatsministeriums, der deutschen Giro-Zentrale, des rheinisch-vestfälischen Sparkassenverbandes und der Provinzialverwaltung teilnahmen, einen Beschluß der sämtlichen rheinischen kommunalen Spitzenorganisationen herbeigeführt, um für die Rheinprovinz einen eigenen Giro-Verband mit Giro-Zentrale zu gründen. Es wurde schon damals in dem Beschluß die Zusammenfassung dieser neugegründeten Giro-Zentrale mit der Landesbank zu einer rheinischen Gemeinschaftsbank ins Auge gefaßt. Und schon

im November vorigen Jahres wußte die Presse zu berichten, daß alle Vorarbeiten für diese Gründung vollendet seien und daß die Satzung schon dem Herrn preußischen Innenminister vorgelegt worden wäre. Im Anschluß an diese Satzungen sollte dann die formelle Gründung vor sich gehen. Bis heute ist aber in dieser Angelegenheit nichts geschehen. Noch immer besteht für alle Beteiligten der unerfreuliche Zustand einer provisorischen Filiale der deutschen Giro-Zentrale, und es ist geradezu als grotesk zu bezeichnen, wenn die Staatsregierung in aller Eile sämtliche Verbände zusammenberuft und sogar mit Zwangsmaßnahmen droht, weil unverzüglich die Beschlüsse gefaßt werden müssen, und wenn dann die gefaßten Beschlüsse doch nicht zur Ausführung kommen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Das ist eine unwürdige Behandlung der Selbstverwaltung. (Zustimmung rechts.)

Die Gründe, die die kommunalen Spitzenverbände veranlaßten, in ihrem Beschluß vom 7. September festzulegen, daß Düsseldorf der Sitz des neu zu bildenden Giro-Verbandes mit der Giro-Zentrale sein soll, liegen nicht nur in der Richtung der Kostenersparnis, liegen auch nicht nur in der Tatsache, daß hier am Orte der Landesbank ein gut eingearbeiteter Verwaltungskörper für die Giro-Zentrale vorhanden ist, sondern liegen vielmehr darin, daß durch diese Wahl des Ortes die Gründung der rheinischen Gemeinschaftsbank vorbereitet werden soll. Diese rheinische Gemeinschaftsbank, wie wir sie wünschen, soll einmal die Aufgabe haben, die Bank der rheinischen Kommunalverbände zu sein und den rheinischen Kommunen bei der Abwicklung ihrer Geld- und Kreditgeschäfte zur Hand zu gehen, und zum anderen soll sie den Giro-Verkehr der Sparkassen bewältigen, wobei — das muß ich ganz besonders betonen mit Rücksicht auf die Erfahrungen der letzten Tage — eine scharfe Trennung zu machen ist zwischen kommunalen Kreditgeschäften und den Giro-Geldern innerhalb dieser Gemeinschaftsbank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewiß wird auch die Abwicklung des Haushaltsplanes der Provinzialverwaltung von der rückläufigen Konjunktur betroffen. Aber während wir bei den Etats der Gemeinden nicht nur sowohl durch die ungeheure Anschwellung der Ausgaben und vornehmlich auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens, sondern auch gleichzeitig durch den Rückgang der Einnahmen aus der Balance geraten, war die Provinzialverwaltung glücklicher daran. Sie litt nur unter einem Einnahmeausfall. Erhöhte Anforderungen auf der Ausgaben Seite wurden nicht unmittelbar an sie gestellt. Leider läßt der Vorbericht nicht klar erkennen, in welchem Umfange die Steuerüberweisungen und die Provinzialumlage gegenüber dem Etat-Soll zurückgeblieben sind. Mit der Tatsache des Rückganges haben wir aber schon im vorigen Jahr gerechnet. Daher war es verständlich, daß die Arbeitsgemeinschaft seinerzeit den Antrag stellte, den Provinzialausschuß zu ermächtigen, im Laufe des Jahres den erforderlichen Ausgleich zu bringen und alle möglichen und notwendigen Kürzungen vorzunehmen. Diese Ermächtigung hat Erfolg gehabt. Der Provinzialausschuß hat in großem Umfange von ihr Gebrauch gemacht. Die Kürzungen beliefen sich ohne die durch die Notverordnung herbeigeführten Minderausgaben auf dem Besoldungsgebiete auf 10,5 Millionen RM. Ich glaube, wir dürfen Pro-

vinzialausschuß und Provinzialverwaltung unsere Anerkennung nicht versagen dafür, daß sie rechtzeitig die Lage erkannt und die Einsparungen angeordnet haben.

Bei den Kürzungen, die auf alle Arbeitsgebiete ausgedehnt werden mußten, ist man mit größter Vorsicht vorgegangen. Keine Gruppe in diesem Hause wird darüber klagen können, daß unter den vielfältigen Aufgaben der Provinzialverwaltung irgendeine besonders stiefmütterlich behandelt worden ist. Nimmt man aber zu diesen sächlichen Einsparungen auch noch die auf dem Besoldungsgebiet mit 2 Millionen RM hinzu, so ergibt sich eine Wenigerausgabe von rund 12,5 Millionen RM. Das sind nach meiner Berechnung 13 bis 14 Prozent der Gesamtausgabe und rund 60 Prozent des Solls der Provinzialumlage, an sich doch wirklich eine schöne Leistung, und ich glaube, daß es ihr zu verdanken ist, daß, wie heute der Herr Landeshauptmann feststellte, der Fehlbetrag für das abgeschlossene Rechnungsjahr sich nicht über 2 Millionen RM erstrecken wird.

Bei voller Würdigung der geleisteten, nicht immer ganz leichten Arbeit vermißt aber doch die Arbeitsgemeinschaft eine Stellung der Provinzialverwaltung zu der Frage, ob es nicht möglich und notwendig ist, den Aufgabenkreis der Provinz zu beschränken (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft) und durch eine Vereinfachung des gesamten Apparates weitere Personalerparnisse zu erzielen. (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Einer solchen Prüfung werden wir uns in Zukunft nicht entziehen können, ob wir wollen oder nicht.

Eine Anregung aber nach dieser Richtung hin liegt gerade der Arbeitsgemeinschaft ob, da diese schon in den letzten Jahren bei der Schaffung aller neuen Gebilde gewarnt und um Zurückhaltung gebeten hatte. Ich zweifle heute nicht daran, daß auch andere Parteien eine andere Einstellung zu den neuen Gebilden der letzten Jahre einnehmen würden. Glauben Sie nicht auch, daß heute die Mehrheit dieses Hauses mit uns zusammen den Ausbau des Landeshauses zurückstellen würde? Und können wir uns heute nicht glücklich schätzen, daß die Provinzialverwaltung nicht auch wie die Preussische Regierung einige Millionen in den Rürburg eingetriben hat? (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Ich habe die Ersparnis auf dem Besoldungsgebiet in Höhe von 2 Millionen RM erwähnt. Sie ist uns durch die verschiedenen Notverordnungen zugefallen, die Reich und Staat erlassen haben. Lassen Sie mich in dieser Körperschaft, die vielleicht den repräsentativsten Eindruck der Selbstverwaltung darstellt, einiges zu den Notverordnungen sagen. Ich denke nicht daran, mich mit den Einzelheiten der getroffenen Maßnahmen zu beschäftigen. An dieser Stelle steht auch nicht die Auswirkung der Verordnungen auf unser Wirtschaftsleben zur Kritik. Wir haben es mit ihnen nur zu tun, soweit die Selbstverwaltung davon betroffen wird. Alle Maßnahmen aber, die wir auch zum größten Teil selbst herbeigeführt haben, sind reichlich spät, oft so spät gekommen, daß ihnen ein wirklich durchschlagender Erfolg versagt sein mußte. Ich glaube zu dieser Kritik berechtigt zu sein, weil die Gemeindevertreter schon sehr zeitig im Winter 1930/31 eine Reihe von Vorschlägen zur Sanierung der Gemeinden gemacht haben. Unter diesen Vor-

schlagen befand sich auch eine Kürzung aller Beamtengehälter sowohl der Staats- als auch der Kommunalbeamten. Es befand sich auch darunter als eine ultima ratio eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Hätte man damals zugegriffen, so wäre vieles leichter geworden. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Aber auch nach einer anderen Seite verdienen die Notverordnungen eine kurze und klare Beleuchtung. Die Reichs- und Staatsregierungen haben es zuwege gebracht, die beruflichen Körperschaften unserer Selbstverwaltung auszuschalten und den Schwerpunkt der kommunalen Willensbildung einzig und allein in die Hand der Verwaltungsorgane zu legen. Es ist geradezu eine Tragik, daß in dem Jahr, in dem das ganze preußische Volk das Gedächtnis an den großen Reformator, an den Mann feierte, der alle Bürger der Gemeinde zur Mitarbeit aufrief und zu einer moralischen Verantwortungseinheit zusammenfaßte, daß in diesem Gedenkjahr sein großes Werk, das köstliche Gut der Selbstverwaltung, zu Grabe getragen wurde (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft), hoffentlich um bald, recht bald wieder in einer neuen Schönheit und Kraft aufzuerstehen. (Bravo! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

In Reich, Ländern und Gemeinden wurden Gesetzgebung und Exekutive in die Hand der Bürokratie gelegt. Niemand bedauert das mehr als die verantwortlichen Leiter unserer Kommunalverwaltungen. Alle Aufgaben, auch die juristisch zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehören, sind durch ein engmaschiges Netz verwaltungsrechtlicher Bestimmungen zu Auftragsangelegenheiten geworden. Die Kommunen sind zu bloßen Vollzugsorganen des Reiches und des Landes herabgedrückt. (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Ich betone ausdrücklich: des Reiches und des Landes. Während wir früher nur der Aufsicht der Länder unterstellt waren, fahren wir jetzt zweispännig. Da müßte eigentlich der Wagen etwas schneller gehen. Aber so ist es nicht; denn leider Gottes ziehen unsere beiden Pferdchen auch hier und da noch gründlich nach verschiedenen Richtungen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Ich will mich jetzt jeder Kritik zu diesem Dualismus enthalten, will auch nicht untersuchen, wie den Schwierigkeiten, die sich aus ihm ergeben, zu begegnen ist. Aber ich glaube doch in dieser Stunde auf die Gefahr einer zentralistischen Ausschöpfung der Selbstverwaltung mit Nachdruck hinweisen zu sollen. (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.) Dabei widerstehe ich gerne der Versuchung, zu prüfen, ob die Gründe für diese Entwicklung allein in der staatlichen Sphäre liegen oder ob sie nicht auch zum Teil in dem Schoße der Gemeinden ruhen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft) — ich will nur ein Beispiel anführen —, nämlich auch in der Politisierung der Gemeindevertretung und der Gemeindeverwaltung, in dem zentralistischen Denken unserer Parteien, in einer Politisierung, die naturgemäß in der Betonung des Gegenfälligen unbedingt die Sachlichkeit beeinträchtigen muß. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Den Rückblick auf das Jahr 1931 kann ich nicht schließen, ohne zu der von der Staatsregierung eingeführten Nachtragsumlage Stellung zu nehmen. Wenn ich auch die besagte Behandlung der Landesbank-Angelegenheit der besonderen

Kommission überlassen will, so glaube ich doch, losgelöst davon, mich mit aller Klarheit und Deutlichkeit gegen das Diktat dieser Nachtragsumlage wenden zu müssen. (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.) Der Streit um die Rechtsgültigkeit ist begraben, ist einfach dadurch begraben worden, daß die Gemeinden ihre Klage zurückgezogen haben. Da kann die Staatsregierung der Kommission des Provinzialausschusses für die gebotene Hilfestellung recht dankbar sein. Dieses Gutachten hat nämlich eigentlich den richtigen juristischen Dreh gefunden. Hiernach war die Provinzialumlage nicht nur zur teilweisen Sicherstellung der von Reich und Staat der Landesbank gegenüber gegebenen Garantien und zur Behebung der Illiquidität der Landesbank erforderlich, sondern auch zum Ausgleich des Haushaltsplanes des Jahres 1931.

Mit der Rechtsfrage ist aber keineswegs die Frage der staatspolitischen Ueberlegung abgeschlossen, und diese ist nach meinem Empfinden unbedingt zu verneinen. Die Staatsregierung wußte sehr wohl, wie die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bei den rheinischen Städten und Kreisen aussahen, wußte daß diese nicht in der Lage waren, den Anforderungen in ihrem eigenen Hause gerecht zu werden. Fast ausnahmslos standen sie vor großen Fehlbeträgen des laufenden Rechnungsjahres. Auch eine Erhöhung der Bürgersteuer konnte an diesem Zustand nichts ändern. Deshalb mußte sich die Aufsichtsbehörde darüber klar sein, daß sie eine Ausgabe ohne Deckung verlangte und daß sie sich mit ihrem Dekret in krassen Widerspruch stellte zu den guten Lehren, die sie in den letzten Jahren den nachstehenden Verwaltungen hatte zuteil werden lassen. (Zustimmung bei der Arbeitsgemeinschaft.) Selbst bei aller Würdigung der schwierigen Lage des Provinzialverbandes empfinden alle rheinischen Kreise und Städte das Dekret der Staatsregierung als eine unberechtigte und unverdiente Strafe (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft), besonders aber die Kreise und Städte, die bei der Landesbank nicht mit kurzfristigen Schulden hingen. Die Erregung ist noch immer groß; wissen wir doch, daß die Sanierung der Landesbank durch diese Mittel keine gründlichen Fortschritte gemacht hat, und die Besserung im Geldbestand des Provinzialverbandes wird bei weitem nicht so hoch anzuschlagen sein wie der Raubbau, der an den eigenen Kraftquellen getrieben worden ist. (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Nach diesem Rückblick, der unbedingt notwendig war, um eine richtige Einstellung gegenüber dem Geschäftsgebaren im folgenden Jahr einzunehmen, wende ich mich nunmehr zum neuen Haushaltsplan. Der umsichtigen Arbeit des Provinzialausschusses und der geschickten, feinfühligsten Einstellung des Herrn Landeshauptmanns ist es gelungen, dem Hause einen ausgeglichenen Etat vorzulegen. Außerlich scheint danach die Ruhe und Ordnung in der Provinzarbeit gewährleistet zu sein, aber nur äußerlich. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Wie schon bemerkt wurde, sind die Fehlbeträge aus 1930/31, die nicht nur nach den Gepflogenheiten dieses Hauses, sondern auch nach gefundenen Staatsgrundsätzen vorgetragen werden müssen, vorläufig gänzlich unter den Tisch gefallen, und die gesamte Einnahmeseite erscheint uns reichlich optimistisch (Sehr wahr! bei der

Arbeitsgemeinschaft) und in ihrer Entwicklung ganz unübersehbar. Darüber später noch ein Wort!

Zunächst begrüße ich es, daß unserem Wunsche entsprechend in diesem Jahr ein Ueberblick über die Verschuldung des Provinzialverbandes gegeben worden ist. Ich möchte bitten, diese Aufstellung der Schulden auch fernerhin im Vorbericht zu buchen oder aber im Haushaltsplan als Anlage aufzunehmen. Diese Zahlen sollen nicht nur die erforderliche Unterlage für eine spätere Bewilligung von Anleihen bieten, sondern auch eine ernste und dringende Mahnung werden. Wenn ich auch die Verschuldung von nominal 92,3 Millionen RM nicht als überspannt bezeichnen will, so ist sie immerhin, gemessen an den Schulden, die der Provinzialverband in der Vorkriegszeit in einer Höhe von 44,4 Millionen RM hatte, zu einer Zeit, wo die Wirtschaft und die Gemeinden in Blüte standen, doch erheblich hoch zu nennen.

Nicht ganz klar ist es, wie weit die in der Tabelle 3 im Vorbericht in Spalte 4 unter der Ueberschrift „Aus eigenen Mitteln“ aufgenommenen 18,8 Millionen RM zur Tilgung dienen, oder ob die Summe nur angeliehen ist. Im letzteren Falle könnte man bei der heutigen Lage diese vorsichtige Rückstellung noch einmal auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachprüfen.

Die Erklärung des Vorberichtes, daß 60 Prozent der Anleihen im Interesse des Straßenbaues aufgenommen wurden und vom Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer zu tragen sind, mag für den Augenblick etwas Tröstliches haben, wird aber die Sorge für die Zukunft nicht bannen können. Nach den mir bekannt gewordenen Zahlen über die abgemeldeten Kraftfahrzeuge erscheint schon der diesjährige Ansat, der nur einen Rückgang von 15 Prozent gegenüber 1931 vorsieht, viel zu hoch. Zum anderen bin ich davon überzeugt, daß die Kraftfahrzeugsteuer in ihrer heutigen Höhe und Art nicht so lange erhalten werden kann, bis die aufgenommenen Schulden für den Straßenbau bei der Provinz getilgt sind; denn die heutige Kraftfahrzeugsteuer ist eine zu starke Belastung für den wirtschaftlichen Verkehr und wirkt dadurch sehr lähmend auf die Entwicklung unserer heimischen Automobilindustrie. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Gottlob ist die kurzfristige Verschuldung, das Schreckgespenst der Kommunen, hier in Höhe von 6 Millionen RM im Verhältnis zum Gesamtstatus als gering zu bezeichnen. Dagegen fällt es auf, daß der Provinzialverband von seinen rund 74 Millionen RM Schulden netto 69½ Millionen RM bei seinen eigenen Instituten angeliehen hat. Meine Freunde halten es im Interesse der Provinz und auch ihrer Anstalten für besser, wenn man in Zukunft für Anleihen fremde Gläubiger sucht.

Wir stimmen der Provinzialverwaltung darin bei, daß sie in diesem Jahr von der Aufstellung eines außerordentlichen Haushaltsplanes abgesehen hat. Wir tun das nicht nur aus dem Grunde, weil zur Zeit keinerlei Möglichkeit zur Anleiheaufnahme besteht, sondern auch in der Ueberzeugung, daß unsere Verschuldung im Verhältnis zu unserer steuerlichen Kraft groß genug ist.

Den Ausbau der Kraftwagenstraße Köln-Bonn, Köln-Düsseldorf sowie der Umgehungsstraße von Unkel als Notstandsarbeiten heißen wir gut, da diese

Arbeiten unaufschiebbar sind und ihre Finanzierung durch die Einnahme von 900 000 RM Staatsdarlehen zu erträglichen Bedingungen gesichert ist.

Meine Damen und Herren! Zu den einzelnen Ausgabenpositionen des Haushaltsplans brauche ich kaum etwas zu sagen, da das Nötige in dem Bericht der Verwaltung gesagt worden ist. Die Ausgaben sind auch so zurückgeschnitten, daß wohl niemand unter uns mit Vorschlägen aufwarten kann, um weitere Ersparnisse zu erzielen. Im Gegenteil wird das Haus mit uns bedauern, daß an so vielen Stellen die Abdrosselung in einem Umfange notwendig war, daß die Arbeit in ihren sozialen und wirtschaftlichen Erfolgen gefährdet ist. Aber angesichts der ganzen Finanzlage wird niemand etwas daran ändern können. Ich möchte auch nicht die einzelnen Aufgaben in der Provinz gegeneinander auspielen, um für die eine oder andere Arbeit, die wir für besonders wichtig halten, etwas heranzuschlagen.

Aber ich glaube, eine Ausgabenposition muß ich hier besonders erwähnen, da sie bei uns doch viele Bedenken hervorgerufen hat. Das ist die Ausgabe von 300 000 RM für den Ruhrfiedlungsverband. Sicherlich hat der Ruhrfiedlungsverband diese Summe notwendig für die Ausführung der nächsten Arbeiten; aber wir sind der Ueberzeugung, daß diese ganze Organisation bei der heutigen Lage nicht mehr haltbar ist. (Zustimmung.) Die Aufgaben dieses Verbandes könnten mit wesentlich geringeren Kosten von der Provinzialverwaltung gelöst werden. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) Das ist ein Beispiel dafür, wie man noch durch die Vereinfachung des ganzen Apparates und der Verwaltung große Ersparnisse erzielen kann. (Zustimmung.)

Ich glaube auch mit einigen Wünschen, die nicht unbedingt Mehrausgaben verursachen, die Provinzialverwaltung angehen zu sollen. Wir hoffen, daß von dem Recht, die Fürsorgezöglinge früher entlassen zu können, nur mit großer Vorsicht Gebrauch gemacht wird. Nach Sachverständigen-Urteil wird durch diese vorzeitige Entlassung der ganze Erziehungserfolg gefährdet. Wenn der Herr Landeshauptmann schon andeutete, daß ein großer Teil dieser entlassenen Fürsorgezöglinge nachher vor dem Strafrichter steht, dann möchte ich fast annehmen, daß die Ersparnisse auf diesen Konten wettgemacht werden durch die Polizeikosten und die Kosten der Strafjustiz. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Wenn das der Fall ist, dann glaube ich, daß es bald an der Zeit ist, den Schritt wieder rückwärts zu machen und die Kosten für die Erziehung aufzuwenden. (Zustimmung.)

Auch bei der Entlassung anderer Pfleglinge scheint mir dieselbe Vorsicht geboten. Besonders aber bitten wir, soweit wie möglich bei der Verlegung der Pfleglinge aus Privatanstalten in provinzeigene, die sicherlich aus Kostenersparnis vorgenommen werden muß, alle Härten zu vermeiden und sich bewußt zu bleiben, welche großen Dienste diese Anstalten der privaten und auch der kirchlichen Liebestätigkeit geleistet haben. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Nun zur Einnahmeseite! Es wäre uns lieb gewesen, wenn die Ansätze der Staatsdotationen ebenso eine Berechnung gefunden hätten wie auch die Steueransätze. Ueber die Kraftfahrzeugsteuer brauche ich nichts zu sagen; ich

habe das schon erwähnt. Aber damit komme ich zur *pièce de résistance*, zur Provinzialumlage. 17 730 000 RM glaubt man aus den Kreisen und Städten holen zu können. Ich muß sagen: Als ich die Zahl gelesen habe, war ich erschüttert. Nach diesem Vorschlage scheint die finanzielle Lage der rheinischen Kommunen immer noch nicht genügend bekannt zu sein. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Kaum eine einzige Stadt oder ein Kreis werden einen ausgeglichenen Etat vorlegen. Überall entstehen Fehlbeträge, und zwar einzig und allein durch die Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen. Wären diese Lasten nicht bei der Gemeinde, sondern beim Reich, das sie zu tragen verpflichtet ist, dann würden die Gemeinden selbst unter den sonst unerfreulichen wirtschaftlichen Verhältnissen sich noch so einigermaßen durchschlängeln können. Schon im Laufe des Jahres 1931 haben wir eine lawinenartige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen zu verzeichnen, so daß die Gemeinden fast ausnahmslos mit gewaltigen Fehlbeträgen abschließen. Die Fehlbeträge 1931 werden nach meiner Schätzung in den rheinischen Kommunen annähernd 100 Millionen RM betragen. (Hört, hört-Rufe bei der Arbeitsgemeinschaft.) Zu Beginn des vergangenen Jahres belief sich im Rheinland die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bei den Wohlfahrtserwerbslosen auf 266 000. Das macht auf 1000 Einwohner 36, während im Reichsdurchschnitt nur 31 auf 1000 Einwohner kommen. Wir liegen also in dieser Belastung rund gerechnet 20 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Würde man aber die größeren Industriestädte der Provinz dem Reichsdurchschnitt gegenüberstellen, so wird man ohne weiteres mit einer Durchschnittszahl von 52 bis 60 Hauptunterstützungsempfängern auf 1000 Einwohner rechnen können, d. h. mit 70 Prozent Belastung über dem Reichsdurchschnitt. Nach dem Stande vom 1. April d. J. wird sich dieser Aufwand für die Wohlfahrtserwerbslosen in unseren rheinischen Gemeinden allein auf 160 Millionen RM belaufen. Dazu kommt noch der Anteil für die Krisenfürsorge, der bei 226 000 Unterstützungsempfängern bei einer Gesamtausgabe von 135 Millionen RM 34 Millionen RM beträgt. Das heißt mit anderen Worten: In der Rheinprovinz sind nach dem Stande vom 1. April nur für Wohlfahrtserwerbslose und Krisenfürsorge 200 Millionen RM für das Jahr 1932 aufzubringen. Diese Summe erhöht sich noch, wenn man die großen Scharen der Erwerbslosen aus der Aa und Aa in vorgeschriebenem Tempo langsam, aber sicher auf die Gemeinden losmarschieren sieht. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn die Gesamtbelastung im Jahre 1932 für die Unterstützung aller Erwerbslosen bei den rheinischen Gemeinden einen Aufwand von 230 bis 250 Millionen RM verursacht.

Zu demselben Maße, wie die Erwerbslosenziffer zunimmt und uns die Lasten drücken, gehen umgekehrt die Einnahmen zurück, sowohl die Ueberweisungssteuern wie die eigenen Steuern wie die Einnahmen aus Gebühren usw. Wenn ich nach dem Haushaltsplan meiner Stadt urteilen soll, so schätze ich den Rückgang auf rund 30 Prozent gegenüber den Ist-Einnahmen 1931. Das Schicksal unserer Stadt werden viele Gemeinden teilen. Unsere gesamten Einnahmen an

Steuern genügen nicht, um nur einen Teil der Wohlfahrtsausgaben, nicht einmal um die Barunterstützung für die Wohlfahrtserwerbslosen zu decken. In diesen Städten bleibt nichts für die große Zahl von Unterstützungsberechtigten — ob es Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte oder sonstige sind —, nichts für die Gehälter und Löhne, für Schulen, Polizei, Straßenbau- und Wohnungsunterhaltung übrig. Nicht ein roter Pfennig steht zur Verfügung! (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.)

Unsere Provinz, die einst die reichste und steuerkräftigste war, ist jetzt wohl die schwerstgeprüfte und fast leistungsschwächste geworden. Es hat gar keinen Wert, sich jetzt mit dem aufzuhalten, wie der Herr Landeshauptmann mit Recht sagte, was hinter uns liegt. Jetzt brennt uns die Sorge für die nächste Zukunft, für den nächsten Tag auf dem Herzen. Ich frage Sie oder besser gesagt das Reich und den Staat vor aller Öffentlichkeit: Was soll aus den Gemeinden, aus unserer Bürgerschaft und insonderheit aus den Erwerbslosen werden, wenn wir in den nächsten Wochen nicht mehr zahlen können? (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Dann verhungern sie!) Die Armen, die uns Preußen und das Reich anbieten, sind beschämend in der Art, wie sie gegeben werden, und absolut unzureichend. Darum weg mit der ganzen Fondswirtschaft! Der Rückgriff auf irgendwelche Rückstellungen bei den Gemeinden ist nicht mehr möglich. Die Rettung kann allein dadurch kommen, daß das Reich endlich die Fürsorge für alle die, die durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang außer Arbeit und Brot gekommen sind, auf sich nimmt. Ob dazu eine Aenderung der jetzt bestehenden Organisationen notwendig ist, bekümmert den Hilfsbedürftigen nicht, ist auch für die Gemeinden von untergeordneter Bedeutung. Es geht einzig und allein darum, jetzt die erforderlichen Existenzmittel zu schaffen. Und, meine Damen und Herren, die Sorgen der Gemeinden sind die Sorgen des Provinzialverbandes (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft), der mit seinen Städten und Kreisen steht und fällt.

Nach ernster Prüfung der wirtschaftlichen Lage in der Rheinprovinz, aber auch nach den geschilderten Verhältnissen der rheinischen Gemeinden und mit Rücksicht auf die schon vorhin erhobenen Einwendungen gegen eine Nachtragsumlage hält die Arbeitsgemeinschaft die Erhöhung der Umlagesätze gegenüber den vom Landtag für 1931 beschlossenen für untragbar. Wenn der Herr Landeshauptmann vorhin erklärte: „Wir haben alle die Pflicht, unsere ganze Kraft einzusetzen, um auch nach außen hin zu zeigen, daß wir willens sind, alles zu tun, was für die Sanierung der Landesbank notwendig ist,“ so kann ich ihm erklären, daß diese Forderung über unsere Kraft geht. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Ich kann mir auch nicht denken, daß die Erörterungen im Sachauschuß uns zu einer anderen Stellung bringen können. Der Hinweis auf die Umlagesätze in anderen Provinzen hat für uns nichts Ueberzeugendes. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Wie ich schon ausgeführt habe, ist wohl nirgends die Belastung der Gemeinden und der Steuerrückgang so hoch wie bei uns. Dazu kommt noch, daß viele rheinische Städte und Kreise Aufwendungen zu Spezialverbänden zu tragen

haben — ich erwähne nur den Ruhrfiedlungsverband, die Emscher-Genossenschaft, Ruhrverband und Niersverband —, Aufwendungen, die bei anderen Stellen von der Provinz selbst getragen werden.

Die übrigen Anträge, meine Damen und Herren, finden die Billigung der Arbeitsgemeinschaft.

Aber lassen Sie mich noch ein Schlusswort sprechen. Angesichts des Daniederliegens und der fortschreitenden Einschrumpfung der deutschen Wirtschaft ist es verständlich, daß das Problem der Arbeitslosigkeit bei den Erörterungen aller öffentlichen Körperschaften im Vordergrund steht. Wir als Gemeindevertreter sehen das Problem sehr stark, vielleicht zu stark nur von einer Seite an, nämlich von der Erwerbslosenbetreuung. Durch diese ist aber die Lösung nicht zu finden. Sie kann nur dadurch kommen, daß es gelingt, die Erwerbslosen wieder zur werteschaffenden Arbeit zu führen. (Sehr wahr! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Daher ist es sehr anerkennend gewesen, daß der Zentralauschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung nach Anhörung zahlreicher Sachverständiger befaßt hat. Hier ist nicht der Platz, um im einzelnen auf das aufgestellte Arbeitsprogramm einzugehen, dem man sicherlich auch vom Standpunkt der Provinz aus in vielem zustimmen kann. Wir stimmen aber dem Reichswirtschaftsrat in zwei Punkten unbedingt zu, einmal, daß nur Arbeiten von öffentlichen Körperschaften vergeben werden dürfen, die wirtschaftlich produktiv und rentabel zu nennen sind (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft), und zum anderen, daß es darauf ankommt, eine Finanzierung zu finden, die nicht in einer Dauerbelastung unserer Wirtschaft in Form von Steuern und Abgaben wird; denn das hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben. Nein, die Hebung unserer heimischen Wirtschaft ist wesentlich davon abhängig, daß es uns gelingt, durch Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und Verfassung, durch Vereinfachung in unserem ganzen Apparat, sowohl im Steuerwesen wie in der sozialen Gesetzgebung, zu einer Entlastung unserer blutleeren Wirtschaft zu kommen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist ein nettes Alheilmittel!) Ja, man sollte nur einmal damit anfangen, dann würde man sehen, welche Resultate man erzielen könnte. Lehnen Sie es nicht ab, bevor Sie nicht einmal zur Tat gekommen sind. Es handelt sich nicht nur um einen Konjunkturrückgang, sondern es handelt sich um eine Weltkrise. Daher erscheint uns auch ebenso wie dem Reichswirtschaftsrat eine angespannte Aktivität der Reichsregierung geboten, um der drohenden Zerstörung der weltwirtschaftlichen Beziehungen entgegenzuarbeiten und die Wege zur vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker zu bahnen. (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Aufgabe, in diese Wirtschaftsprobleme weiter einzusteigen. Aber ich glaube doch auch wie mein Herr Vorredner meine Meinung aussprechen zu sollen, die die Mehrheit des Hauses sicherlich teilen wird, nämlich die, daß an erster Stelle aller Vorschläge und Pläne zur Besserung unserer Lage die Forderung stehen muß, daß das deutsche Volk endlich von den Lasten befreit wird, die es wettbewerbsunfähig machen, befreit wird

von allen Tributlasten und von allen Reparationen. Wenn das Volk sich einmal einigen wird in dieser Forderung, dann, glaube ich, können wir wieder die Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohmann.

Abgeordneter Hohmann: Meine Damen und Herren! Der Vorbericht zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz für das kommende Rechnungsjahr beginnt mit dem Satz: „Der vorliegende Haushaltsplanentwurf 1932 ist ein ausgesprochenener Nothaushaltsplan“. Das gilt mehr oder weniger heute von jedem Haushaltsplan einer jeden Körperschaft. Aber der Begriff des Nothaushaltsplanes bedarf doch der näheren Erörterung. Der Begriff des Nothaushalts, der Begriff der Notwendigkeit und auch der Bedürftigkeit ist doch heute sehr, sehr problematisch geworden. Was heute von Maßgeblichen für den Wohlfahrtsempfänger als notwendig angesehen wird, das gilt noch lange nicht für den in fester Lebensexistenz mit gutem Einkommen Stehenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was vor einem Jahr als notwendig, als lebensnotwendig betrachtet wurde, das gilt heute noch lange nicht mehr als lebensnotwendig. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Leider!) Die Auffassung dieses Hohen Hauses über die Notwendigkeit und Bedürftigkeit wird nach der verschiedenen Einstellung zu dem ganzen Haushalt sehr verschieden sein.

Ein zweiter Begriff spielt bei der Betrachtung eines Haushaltsplanes heute eine wesentliche Rolle. Das ist der Begriff der Zwangsläufigkeit, der einmal diktiert ist durch gesetzliche Bestimmungen, zum anderen aber durch die heutige gewaltige Wirtschaftskrise. Wir sind nicht die Letzten, die in Anerkennung des Vorhandenen auch Rücksicht nehmen auf die wirtschaftlichen Zustände. Aber das bedingt von uns aus durchaus nicht unser Einverständnis zu all den Maßnahmen, die zur Behebung der Not heute getroffen werden sollen. Wirtschafts-Maivität und Wirtschafts-Phantasien feiern heute in der breitesten Öffentlichkeit ihre Triumphe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man vergißt heute eine Zurückorientierung auf die wirklichen Tatbestände des kapitalistischen Produktionsprozesses. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wir heute vor uns haben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, ist nur eine Folgeerscheinung der Entwicklung im kapitalistischen Produktionsprozeß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie von dieser Erkenntnis nicht ausgehen, so werden Sie wohl die Dinge an und für sich betrachten, Sie werden aber in Nichtanerkennung der Ursachen nicht die notwendigen Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angeben können.

Es ist entschieden ein ausgesprochenes und großes Verdienst, daß die große gewerkschaftliche Organisation, der Afa-Bund, mit einem umfassenden Programm zur Behebung der heutigen Wirtschaftskrise herausgerückt ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn in der Einleitung zu diesem Wirtschaftsprogramm gesagt wird: „Die ungeheure Not von mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, die kärgliche Lebenshaltung

der Kurzarbeiter, das zusammengeschrumpfte Einkommen selbst der Vollbeschäftigten, das Darben eines ganzen Volkes bei gefüllten Scheunen und Lägern stellt eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem dar“, so ist damit die erste Grundtatsache angegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und es heißt weiter: „Über alle Anstrengungen, die Erwerbslosen wieder in Brot und Arbeit zu bringen, würden bald wirkungslos verpuffen, der Anstoß zur Konjunkturbelebung ausbleiben, wenn nicht parallel mit ihnen systematisch die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Krise selbst ergriffen würden.“ Alle diese Maßnahmen zur Krisenüberwindung dürfen aber keine Notstützen für das kapitalistische Wirtschaftsgebäude bilden, sondern müssen ausgerichtet sein auf das eine Ziel, die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden durch einen Umbau der Wirtschaft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und, meine Damen und Herren, Umbau der Wirtschaft heißt hier nicht Aufbauen aus dem, was nicht vorhanden ist, sondern umbauen, was wir heute haben. (Zuruf von den Kommunisten: Zum Faschismus!) Die Gleise der Wirtschaft, die alten kapitalistischen Gleise, die verbraucht und verkehrsfähigend sind, sind mitsamt den Weichen, den Scheln und den Stellwerken umzulegen (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kruft: Durch die Sozialdemokratie!), damit die Wirtschaft Kurs auf den Sozialismus nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dem Mittelpunkt steht heute nichts anderes, als daß Schluß gemacht werden muß mit der Lohnsenkung (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), daß eine Stärkung der Reallohne eintreten muß. (Zuruf des Abgeordneten Niegel: Die Gewerkschaften haben Beifall geklatscht, als Stegerwald neuen Abbau ankündigte!)

Meine Herren von der Linken, wenn Sie Zwischenrufe machen, dann sagen Sie sie so deutlich, daß ich sie von hier aus verstehen kann, obwohl ich es für überflüssig halte, auf jeden Ihrer Zwischenrufe zu antworten in Anbetracht der sehr kurzen Redezeit, die wir hier haben.

Das Programm gipfelt in dem Hauptpunkt der Arbeitsbeschaffung und in der Bereinigung der Wirtschaft und trifft auch in diesen Punkten eben das, was notwendig erscheint, um zu einer vernünftigen und rationalen Bewirtschaftung heute zu kommen. Diese Maßnahmen gipfeln in den Forderungen der 40-Stunden-Woche mit entsprechender Neueinstellung von Arbeitskräften und gleichzeitigem Ausbau der Kurzarbeiter-Unterstützung, Verbesserung der Versorgung der Erwerbslosen durch kollektive Hilfsarbeit und Ausbau der zusätzlichen Naturalunterstützung, dabei dauernde Preiskontrolle für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, eine Verstärkung des Einflusses auf die Banken, die Kontrolle der privaten Versicherung mit dem Ziele der Verstaatlichung der Banken und des Versicherungswesens. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Mit diesen kurzen Hinweisen möchte ich auf die wesentlichen Punkte des auch in maßgeblichen Volkswirtschaftskreisen anerkannten Wirtschaftsprogramms hingewiesen haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemo-

kraten.) Es ist selbstverständlich, daß solche Maßnahmen in der wertvollsten Weise erfolgen müssen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und ein solcher einziehender Wirtschaftsplan ist selbstverständlich auch mit diesem in kurzen Zügen dargelegten Wirtschaftsprogramm verbunden. Da schallt nun natürlich ein Schlagwort von der anderen Seite herüber, von dem die Verwirklichung aller Wunschträume heute erwartet wird. Dieses Schlagwort, das gerade in den letzten Monaten auch eine maßgebliche Rolle bei den hinter uns liegenden Kämpfen gespielt hat, ist das Wort „Autarkie“.

Autarkie ist die Sammelbezeichnung für ein wirtschaftstheoretisches Konglomerat. Der Faschismus hat dieses Wort auf seinen Schild erhoben und möchte die Durchführung des industriellen Feudalismus auf dem Grabe der politischen Demokratie und der Arbeiterbewegung vollziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Faschismus will damit die Loslösung und die Befreiung vom Auslande. Er steht damit in völligem Widerspruch zu dem, was wir heute in unserer Wirtschaft als das Dringendste und Notwendigste bezeichnen mußten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ehemals den Antisemitismus als den Sozialismus der dummen Kerle bezeichnet. Ich möchte dieses Wort auch auf den Sozialismus der Nationalsozialisten angewendet wissen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr gut!) Dazu bringt der Nationalsozialismus noch krasse politische Mächenschaften in diese Wirtschaftskrise hinein, die eine solche Verschärfung bedeuten, daß unser Ansehen im Auslande stark herabgesetzt wird und auch unser Kredit im Auslande fühlbar leidet. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Hört, hört!!) Seit den Septemberwahlen 1930 ist auf Grund der „Wohlanständigkeit“ der Nationalsozialisten unser Kredit im Auslande immer mehr vor die Hunde gegangen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr richtig!) Für unsere Westmark hier, für die Rheinprovinz bringt eine solche Feststellung ja besonders große Gefahren mit sich. Ich brauche in diesem Zusammenhang wohl nur zu erinnern an die Inflation, an die Besatzungszeit, an die Separatistenzeit. Aber die nationalsozialistische Bewegung darf es sich heute leisten, die Regierung und die Parteien in den Dreck und in den Not zu ziehen, die alles darangesetzt haben, um die Rheinlande ihrem eigentlichen Bestimmungszweck wieder zurückzugeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und das tun heute noch die Nationalsozialisten unter dem Deckmantel der nationalen Gesinnung. In Wirklichkeit sind sie nichts anderes als die Söldnerscharen der Hohenzollern und der Großindustrie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Pfuiruf rechts.) Ja, obwohl sie sich national nennen, sind sie auf das engste mit ihren Freunden auch im Auslande verbunden, und die ausländische Presse, die zu der ihrigen gehört, und deren Anhänger würden es mit Freuden begrüßt haben, wenn in Deutschland Hitler Reichspräsident geworden wäre. Der nationalsozialistische Pariser Figaro vom 18. März schreibt ja: „Das Interesse Frankreichs verlangt, daß die Hitlerleute den Sieg davontragen“. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) „Hitler, das bedeutet die Re-

vanche, die lärmend gepriesene und sofortige Revanche als Ziel einer demagogischen Propaganda, während doch die realpolitische Vorbereitung eines solchen Unternehmens auf diese Weise niemals zu erreichen ist. Hitler bedeutet eine Warnung für Europa, eine Verpflichtung zu einer Anstrengung der Wachsamkeit, die angesichts der Nichtigkeit aller Verträge die einzige Friedensbürgschaft ist. Hindenburg dagegen bedeutet mit Hilfe des schlauen Brüning oder eines Nachfolgers aus derselben Schule die Fortsetzung des scheinbar legalen Angriffs gegen die Verträge auf dem Boden von Genf, wo insbesondere in der Frage der Abrüstung dieser heimtückische Angriff viel gefährlicher ist, als es der Einbruch der Hitlerleute wäre.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, meine Damen und Herren, bezeichnender kann das auch von keiner nationalsozialistischen Presse in Deutschland geschrieben werden.

Der Etat der Rheinprovinz steht ja in stärkster Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage, und keiner der Herren Vorredner hat es vermocht, an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einfach so vorbeizugehen, ganz gleich, wie sie auch zu dem Problem an und für sich stehen. Abhängig vom Staat ist die Provinz, und abhängig von den Gemeinden, und es trifft wohl das Wort zu: „Geht es den Gemeinden gut, geht es auch der Provinz gut.“ Darum wird ja auch gefordert, daß eine Stärkung der Finanzen der Gemeinden wegen ihrer großen Lasten durch die Erwerbslosen und die Wohlfahrtsunterstützungen erfolgen soll.

Mir scheint, daß mit den vorgenommenen Einsparungen hier in dem Etat der Provinz die Grenze des Erträglichen erreicht ist (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ueberschritten!), ja, überschritten. Die Sachausgaben sind rigoros gesenkt, und auch die persönlichen Ausgaben sind so eingeschränkt, daß man vielleicht von Notständen nach dieser Richtung hin reden könnte. Senkung der Ausgaben ist heute eine Notwendigkeit. Aber so notwendig eine Senkung der Ausgaben auch sein mag, so notwendig ist es natürlich auch, durch Erhöhung der Einnahmen die notwendigen Mittel zu beschaffen, und das ist ja heute die brennendste Frage der allgemeinen Finanzpolitik überhaupt. Der Sanierungsprozeß der Gemeinden, die Uebernahme der Erwerbslosenlasten ist heute das Problem.

Meine Damen und Herren! Es wird heute durch die große Drosselung der Ausgaben bereits an der Substanz gezehrt. Das Schulwesen, das Gesundheitswesen, ebenso wie all die anderen vielfältigen Zweige der kommunalen Arbeit, unterliegen einer solchen ständigen brutalen Drosselung, die schwere gesundheitliche und erzieherische Gefahren heraufbeschwören muß. Die großen Gebiete der Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Brücken und Gebäude sind ja seit Jahr und Tag in unvernünftiger Weise vernachlässigt worden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!) Hier wird an der Substanz des Kommunalvermögens gezehrt, und es werden Schäden angerichtet, deren Wiedergutmachung sehr viel, ja außerordentlich viel kosten wird. Die Notwendigkeit der Fürsorge für die Arbeitslosen muß trotzdem den Vorrang vor allen anderen Pflichten in der Kommunalverwaltung heute haben. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr

richtig!) In dieser Zeit schärfster Wirtschaftsnot ist die erste Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die arbeitslosen Massen vor Hunger und Verzweiflung geschützt werden. Dieser Schutz ist den Gemeinden natürlich nur möglich, wenn jetzt auch das Reich endlich dafür Sorge trägt, daß die Kosten der Erwerbslosenfürsorge den Gemeinden abgenommen und unter starker Reichsbeteiligung eine neue Form der Finanzierung der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge gefunden wird. Dieser Aufgabe wird und kann sich das Reich länger nicht mehr entziehen.

In den Einnahmen des Provinzialetats ist ein Rückgang von 14,7 bis 65,52 Prozent zu verzeichnen. Bei den Ausgaben haben wir eine Senkung von 10,32 bis 44,68 Prozent. In Zahlen sind das bei den Einnahmen 13 Millionen, und bei den Ausgaben sind es 23 Millionen. Besonders schmerzlich ist die Verringerung um 6,7 Millionen im Verkehrswesen und um 10 Millionen bei der Volksfürsorge zu buchen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Hört, hört!) Wenn bei der Betrachtung des Stats für Jugendwohlfahrt schon auf die Bedenken der geringen Mittel für die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen hingewiesen wurde, so möchte ich hierdurch noch darauf hinweisen, daß wir es bedauern, daß für die Kinderpeisung auch noch der geringe Betrag von 30 000 RM gestrichen worden ist. Wir werden beantragen, diese 30 000 RM wieder in den Etat einzusetzen und für die Kinderpeisung dieselbe Summe wie im vergangenen Jahre wieder aufzubringen. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie uns entgegenhalten, daß die Beköstigung ja heute auch schon in den Preisen gesenkt worden sei, so halten wir dem entgegen, daß einmal die Mittel von Reich und Staat dazu nicht mehr fließen und daß zum andern die Zahl derjenigen, die Kinderpeisung notwendig haben, doch in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen ist. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Severing hat das Gegenteil gesagt! Antwort eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Das stimmt nicht!)

Die Deutsche Regierung — um jetzt auch mit einigen Worten auf die Rheinische Landesbank einzugehen — ist ja nach langem Hin- und Herschwanzen mit dem Plan der Sanierung der deutschen Großbanken an die Öffentlichkeit gerückt. Das Reich hat direkt und indirekt über 700 Millionen zur Verfügung stellen müssen. Gewiß sollen diese Mittel aus den Gewinnen der Banken getilgt werden; zum Teil sind sie aber auch als verloren geopfert. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Hört, hört!) In weiten Kreisen der Bevölkerung wird es nicht verstanden, daß das Reich Hunderte von Millionen aufbringt, die lediglich dazu bestimmt sind, den privaten Banken entstandene oder zu erwartende Verluste zu ersetzen, und sie wieder aktionsfähig zu machen, während zu gleicher Zeit die Mittel für die Arbeitslosen gesenkt werden und die Durchführung der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme immer und immer wieder auf den Einwand stößt, daß die dafür aufzubringenden Mittel mit Inflationsgefahren verbunden seien. Wenngleich wir die Bedeutung des Bankwesens innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht verkennen, so ist es doch sehr fraglich, ob einmal eine solch starke Engagierung des Reiches notwendig war, wenn damit doch eine wirkliche Verstaatlichung nicht herbeigeführt werden sollte, und ob zum anderen diese Krediterweiterung anderen

Charakteres ist als die, die für die Ausführung produktiver Arbeit durch heute brachliegende Arbeitskräfte vorzunehmen wäre. Die Opferung und Investierung von Millionen erfolgt doch mit dem ausgesprochenen Wunsche, sobald es die normal gewordenen Verhältnisse wieder gestatten, sich aus der Bankensphäre wieder zurückzuziehen und sie dann wieder der privaten, individualistischen Wirtschaft vollkommen zu überlassen.

Hand in Hand mit den organisierten Unternehmerkreisen wurde doch die Bekämpfung eines stärkeren Vordringens der öffentlichen Hand organisiert. Nur daraus wird ja zu erklären sein, warum das Reich nicht auch seine hilfreiche Hand bei der Sanierung der Rheinischen Landesbank bot. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), während es bei den Privatbanken — Danabank, Dresdner Bank und Diskontogesellschaft, um nur einige zu nennen — doch sofort eingriff. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Bei der Dana! sah ja Hugenberg! Zuruf des Abgeordneten Wikler: Sozialisieren Sie doch die Landesbank!) Sie können überzeugt sein, wenn wir die Macht allein gehabt hätten, wären wir nach dieser Richtung hin zu solchen Zuständen nicht gekommen. Wollte man vielleicht dadurch seitens des Reiches seine feindliche Haltung gegenüber kommunalwirtschaftlichen Einrichtungen nach außen hin klar dokumentieren? Und wo wären die Gemeinden geblieben, wohin wäre die Geschäftswelt, die verarmte Land- und Industriebevölkerung gekommen, wenn nicht das preussische Innenministerium, der Innenminister Severing, die wertvolle Hilfe geleistet hätte. (Sehr wahr! Hört, hört! links.) Das ist hier offiziell auch in der Staatsrede des Herrn Landeshauptmanns anerkannt worden. Es ist ein billiges Vergnügen, in der Deffentlichkeit über marxistische Mißwirtschaft zu schimpfen. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Das ist kapitalistische Mißwirtschaft, die Ihr mitgemacht habt!) Ich frage weiter: Wohin wären viele rheinische Großstädte und Landgemeinden gekommen, wenn nicht die tadellose Finanzführung in Preußen, wenn nicht die helfende Hand Severings gewesen wäre. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr wahr!) Vielleicht hätte schon manche Zahlung von Gehältern und Wohlfahrtsunterstützungen zeitweise eingestellt werden müssen. (Zurufe der Kommunisten.) Meine verehrten Freunde von der Linken, Sie sollten doch gerade besonders darüber froh sein, daß den Erwerbslosen in den Städten auf diese Weise geholfen worden ist. (Unruhe links.) Es ist zu beachten, daß die von der Rheinischen Landesbank gewährten Kredite ja in der Hauptsache nicht bei der Großindustrie, sondern bei dem kleinen Geschäftsmann, dem Bauer und dem Arbeiter eingefroren waren und daß hier besondere Veranlassung vorlag, helfend einzugreifen.

Wir fordern weitere Hilfe und erwarten, daß nun auch das Reich gegenüber der Rheinischen Landesbank seine Pflicht tut. (Sehr richtig!) Auch die Rheinische Landesbank ist ein Opfer der Wirtschaftskrise. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Der unfähigen Wirtschaftsführer!) Wir stimmen den Sanierungsmaßnahmen zu, wengleich wir es uns auch nicht ersparen können, doch hier einen kleinen Vorwurf dahingehend zu erheben, daß man den Mahnungen des Preussischen Staates nicht rechtzeitig gefolgt ist. (Zustimmung der Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Die Vergütungen an die Oberbürgermeister, Bürgermeister usw. für die Versorgung der Geschäfte der Provinzial-Feuerversicherung haben Anlaß zu einem Antrage unserer Fraktion und der Zentrumsfraktion gegeben. Ich möchte hier betonen: Es ist in der gegenwärtigen Notzeit nicht tragbar, daß leitende Beamte mit gutem Einkommen, die auch nicht mehr als arbeiten können, auch noch besondere Vergütungen für besondere Dienstleistungen, die sie zum Teil nicht einmal selbst ausführen, beziehen. Es muß aber Sache der Gemeindevertretungen sein, durch Beschluß diese Beträge in die Gemeindefasse fließen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es aber auch für notwendig, in diesem Augenblick zu betonen, daß wir fordern und wünschen, daß die Provinzial-Feuerversicherung von allen unterstützt wird, weil sie billig und durchaus sicher ist. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den Beamten. Das Amt der Beamten in allen Verwaltungen ist heute schwer und verantwortungsvoll. Die Beamten sind auch in der gegenwärtigen Krisenzeit die größten und wertvollsten Stützen des Staates gewesen. Sie haben die Not mitgetragen, und in den unteren Beamtenstufen haben wir heute große Verschuldungen. Wir verurteilen die Beamtenhebe, die gerade seitens der bürgerlichen Mittelparteien, besonders der Wirtschaftspartei, in den vergangenen Jahren getrieben worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das rächt sich heute bitter. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: An diesen Parteien!) Der Mittelstand muß heute schon einsehen: Wenn der Beamte und der Arbeiter kein Geld haben, so hat auch er nichts. (Sehr wahr! links.) Und die Kürzung der Gehälter und die Herabsetzung der Löhne sind heute mit dem Untergang des gewerblichen Mittelstandes. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Woran Ihr mitgeholfen habt!) Hier heißt es natürlich auch, ein Halt gebieten. Aber wir verlangen energisches Zugreifen bei dem Beamten, der sich gestattet, den zu beschimpfen und zu bedrohen, der ihm die sichere Lebensstellung gewährt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!) Ich muß hier einen Fall aus der Provinzialverwaltung selbst erwähnen. Hier schreibt ein Beamter selbst:

„Ich halte es für möglich, daß ich in bezug auf den Landeshauptmann Äußerungen wie Lump, Schuft und Drohung des Erschießens getan habe. Wenn das der Fall ist, so ist der Grund gewesen, daß ich glaubte, daß bei der Befoldungsregelung unsere Gruppe ungerecht behandelt worden ist. Ob ich auch geäußert habe, daß im Falle eines Regierungswechsels ich mit den dann maßgebenden Persönlichkeiten durch die Büros gehen und diejenigen Beamten bezeichnen würde, die erschossen werden müssen, kann ich mich nicht mehr erinnern.“

Soweit ich die vorstehenden Äußerungen gemacht habe, nehme ich sie mit dem größten Bedauern zurück, und zwar um so mehr, als der Landeshauptmann nicht nur als Abteilungsdirigent, sondern auch später mir großes Wohlwollen entgegengebracht hat und zu solchen Äußerungen keine Veranlassung vorlag.“

(Zurufe der Sozialdemokraten: Unerhört! Er selbst

ist der Schuft! Der gehört aus der Verwaltung heraus!)

Was glauben Sie, was in dem vorkriegszeitlichen Preußen mit einem Beamten geschehen wäre, der in einem ähnlichen Sinne über einen preußischen Beamten gesprochen hätte? (Zuruf des Abgeordneten Kolaß: Der wäre ins Zuchthaus gewandert!) Keine Stunde wäre er mehr im Dienste geblieben. Er wäre verfennt, durch die Lande gejagt und zeitlebens geächtet gewesen. Der Beamte, der das hier selbst niedergelagt hat, war groß und stark in dem Augenblick, als er meinte, die Herrschaft des Dritten Reiches stände vor der Tür, und er war ein erbärmlicher Feigling, als er zur Rechenschaft gezogen wurde. (Zuruf des Abgeordneten Simon-Koblenz: So seid Ihr von der SPD. ja alle ohne Ausnahme!) Bei den Nationalsozialisten soll es viele von dieser Art geben. Dabei ist der Hauptschuldige nicht einmal der Beamte selbst, sondern die Nationalsozialistische Partei, die ihren Anhängern vorgegaukelt hat: Morgen marschieren wir in das Dritte Reich hinein! (Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Es kommt doch, Sie verhindern es nicht! Zuruf links: Ruhe im Stall!) Der Herr Landeshauptmann möge versichert sein, daß er bei einem Vorgehen gegen solche Beamte unsere volle Unterstützung hat. Wir erwarten aber auch von ihm, daß nicht leere Worte gesprochen sind, sondern die Tat es beweist.

Zur Kulturpflege habe ich nur wenige Worte zu sagen. Wirtschaftlicher Druck und Finanznot waren stärker, als es der Förderung unserer Bildungseinrichtungen und der Bildungspflege gut tat. Doch wir sollen wirtschaftlichen Druck und Finanznot nicht lediglich als Schicksalsschläge hinnehmen. Wir fordern in Anbetracht gerade der Not Beseitigung der Vorrechte im Bildungsweisen, Abbau der Luxuseinrichtungen und Fehlleitungen. Es wird Aufgabe auch der Provinz sein, die vorhandenen Bildungseinrichtungen so zu stellen, daß sie nicht ganz versacken. Die völlige Streichung von Zuschüssen an Kunstgewerbeschulen und die Kürzung der Zuschüsse für gewerbliche Fachschulen um 50 Prozent erregen natürlich unsere starken Bedenken. Wir stehen in einer Zeit der Demagogen und berauschten Betrüger, wo über die reine Sachlichkeit Wahnwitz und Unvernunft zu triumphieren beginnen. Demagogen und Wahnwitzige machen bestimmt nicht die Geschichte. (Zuruf des Abgeordneten Simon-Koblenz: Das beweist Ihr!) Daß Sie sich aber so weit haben vordrängen können, ist nur ein Beweis dafür, daß gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozeß sich dem Höhepunkte ihres Widerstands nähern. Wir brauchen deshalb heute mehr denn je tühnen Verstand, klare Ueberlegung und völlige Gleichberechtigung der in Wirtschaft und Kultur zusammenwirkenden Kräfte. Darum ist auch unsere Forderung bei der Beratung des Etats der Rheinprovinz die: Ausbau der Demokratie in Verwaltung und Wirtschaft, die zwar jetzt stark gedrosselt worden ist, aber nicht von der Verwaltung als solcher, sondern unter dem Diktat der Wirtschaft. (Sehr wahr!) Diese Zusammenhänge sollten gerade auch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft erkennen und sich nicht hier in Neußerungen ergeben, als wären diejenigen schuld daran, die heute in der Verwaltung sitzen, die ja nur ausführende Organe der heutigen Wirtschaftsdiktatur sind. Wir sind Feinde jeglicher Diktatur. Darum werden wir bewußt den Kampf führen für eine plan-

volle Wirtschaft, für eine neue Gesellschaft im Sinne des Sozialismus. (Lauter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Riegel.

Abgeordneter Riegel: Werte Anwesende! Sowohl durch die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns als auch durch den vorjährigen Haushaltsplan zieht sich wie ein roter Faden die Aussprache über die vorliegenden Tatsachen, die in allen Beziehungen und in allen ihren wirklichen Vorgängen zeigen, in welcher ungeheuren Notlage sich die Provinz und damit natürlich vor allem auch die werktätige Bevölkerung des Rheinlandes befindet.

Die Redner, die bisher zu dem vorliegenden Haushaltsplan Stellung nahmen, haben versucht, so, wie es insbesondere das Beispiel des sozialdemokratischen Abgeordneten deutlich zeigte, hier in altgewohnter und altbekannter Weise die Gegenseite für die heutigen Verhältnisse verantwortlich zu machen und den Anschein zu erwecken, als wenn es mit den einzelnen hier gemachten Vorschlägen und hier behandelten Fragen möglich wäre, eine Besserung der Situation herbeiführen, die — das erkennen heute immer weitere Millionen — geändert werden muß. Es klingt wie ein Hohn, wenn der Herr Landeshauptmann am Ende seiner Rede erklärte, es käme nur darauf an, daß sich hier in diesem Parlament eine bestimmte geschlossene Gruppe bilde, die einig und geschlossen unter Ablehnung aller Agitationsanträge ihren Blick nach oben wende, um dann alles zum Besten wenden zu können. Wer mit einer derartigen Auffassung an die Lösung der Fragen heranzugehen versucht, muß dies natürlich tun auf Grund seiner weltanschaulichen Auffassung, auf Grund der Klasse, die er vertritt. (Zuruf eines Kommunisten: Sehr wahr! Zuruf des Abgeordneten Melsheimer: Weltanschauung hat doch nichts mit Klasse zu tun!) Weil wir als Kommunisten heute morgen hier wieder erklärt haben, daß, so lange dieses kapitalistische System besteht, es auch niemals möglich sein wird, eine Aenderung der Verhältnisse, eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse, der am stärksten ausgebeuteten proletarischen Schichten, herbeizuführen, deshalb können wir auch einem derartigen Hungeretat niemals unsere Zustimmung geben. Wir müssen es vielmehr als unsere Aufgabe betrachten, der Arbeiterklasse zu zeigen, aus welchem Grunde wir diesem Etat feindlich gegenüberstehen, warum wir gegen diejenigen kämpfen, die einen derartigen Hungeretat zu vertreten wagen und warum wir unseren Kampf zur Niederringung des kapitalistischen Systems führen.

Im Vordergrund aller Erörterungen steht die Frage der Erwerbslosigkeit. Hier sind die verschiedensten Fragen behandelt worden. Hier ist auch erwähnt worden, daß ein Krisenkongreß einberufen wurde. Der Redner der Sozialdemokratie erzählte uns, daß der Asabund ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm mit großen Vorschlägen und Finanzierungsplänen ausgearbeitet hätte. (Zuruf des Abgeordneten Kobl: Ein großer Schwindel ist das!) Der Herr Landeshauptmann — oder war es der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft — erzählte uns, daß im Schoße der Reichsregierung sehr ernst immer und immer wieder die Frage der Arbeitsbeschaffung behandelt werde. Und trotz alledem stellen wir fest und werden es auch weiterhin feststellen, und wir haben dies in unzähligen Versammlungen der

Arbeiterklasse immer wieder erklärt, daß, so lange der Kapitalismus besteht, er niemals in der Lage sein wird, den 6 Millionen Arbeitslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern Brot und Arbeit zu geben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) So lange der kapitalistische Staatsapparat besteht und über Löhne, Arbeitsbedingungen usw. entscheiden kann, wird es niemals möglich sein, den heute Arbeitslosen Brot und Beschäftigung zu geben. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Sehr wahr! Zuruf rechts: Machen Sie andere Vorschläge!)

In engstem Zusammenhang mit der Frage der Erwerbslosigkeit steht natürlich die Notlage der Gemeinden und die Notlage der Finanzen, die im Arbeitsplan zum Ausdruck kommt und die Veranlassung dazu gegeben hat, daß in der bereits geschilderten Weise die Ausgaben auf das stärkste gedrosselt, um 25 Prozent abgebaut werden mußten, und daß auch der Provinzialanschluß insbesondere in seinem Vorschläge selbst ganz klar und deutlich die Folgen dieses Abbaus aufzeigt, indem er sagt: „Durch Arbeitslosigkeit und Zerrüttung der Familie steigt die Gefährdung der Jugendlichen ständig und damit auch das Bedürfnis nach Benutzung der freiwilligen Erziehungshilfe, die trotz der äußerst schwierigen Finanzlage der Städte von ihnen immer und immer wieder angerufen wird.“ Es wird dann nachgewiesen, warum der Etat der Jugendwohlfahrt von 550 000 auf 150 000 RM gekürzt werden muß. Hier wurde bereits erklärt, daß Sie als Vertreter des kapitalistischen Systems mit Gewißheit schon sehen, daß diese Jugendlichen, die bisher in Fürsorge waren und jetzt hinausgeschleudert werden ins Leben, dort Polizei, Gericht und Justiz ausgeliefert werden und daß auf diese Art und Weise erneut die Kosten aufgebracht werden müssen. Sie sehen selbst in dieser einfachen Frage keinen Ausweg, einer Frage, die natürlich mit dem ganzen Erwerbslosenproblem in engstem Zusammenhang steht. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Redner der Zentrumsparterie hat in der bei den eifrigen Zentrumsanhängern bekannten demagogischen Form versucht, eine Attacke gegen die Sowjet-Union zu reiten. Ich erinnere mich, daß gerade die Frage der Jugend in einem großen Film des russischen Proletariats dargestellt ist, in dem Film „Der Weg ins Leben“, einem Film, der die Begeisterung und Bewunderung aller denkenden Menschen gefunden hat (Zustimmung bei den Kommunisten), in dem dargestellt wurde, welche ungeheure Mühe das russische Proletariat sich gibt, mit welcher Begeisterung die russischen bolschewistischen Arbeiter daran arbeiten, gefährdete und gestrauchelte Jugendliche, die dem Laster und Verbrechen verfallen sind, zu retten, sie in die menschliche Gesellschaft wieder einzugliedern und zu Menschen des sozialistischen Aufbaus zu machen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dieser Film wird hier natürlich verfolgt. Er mußte auf Geheiß der maßgebenden und herrschenden Kreise in Preußen gekürzt werden (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Die haben ein schlechtes Gewissen!), weil nicht gezeigt werden durfte, in welcher Weise die Sowjet-Union das Problem der gefährdeten Jugend in Angriff genommen hat, wie sie alle Anstrengungen darauf richtet, hier eine Aenderung herbeizuführen.

Werte Anwesende! Wir haben bei dem Problem der Bekämpfung der Erwerbslosen gehört, daß mit

besonderem Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß der Abbau des ganzen Etats darin seinen stärksten Grund fand, daß die der Provinz sonst zur Verfügung stehenden Beträge, sei es vom Reich, sei es vom Staat wie von den Gemeinden, nicht mehr in dem genügenden Maße zur Verfügung gestellt werden. Wenn durch eine brutale Notverordnungsdictatur, wie wir sie vor einem Jahre noch nicht vor uns sahen, die Löhne und Arbeitsbedingungen der werktätigen Schichten, der vielen Millionen, in einer Weise eingeschränkt und abgebaut worden sind, die diesen Kreisen kaum noch das Notdürftigste zum Leben gewähren, so muß sich dies natürlich in den Steuereingängen auswirken. (Sehr richtig! links.) Wie aber diejenigen Kreise über die Frage der Steuerzahlung denken, die als die nationalen Kreise gelten, die der Regierung Brünning nahe stehen oder als die Geldgeber Hitlers auftreten, dafür habe ich hier ein gutes Beispiel: Eine sozialdemokratische Zeitung, die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet aus internen Kreisen des Reichsfinanzministeriums, daß eine Reihe der größten Wirtschaftsführer — dieses Wort in direktem Sinne aufgefaßt — von Rhein und Ruhr auf Initiative von Thyssen beschlossen haben, eine gemeinsame Steuerverweigerung in Szene zu setzen. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Hört, hört!) Die Vorstände der westdeutschen Montangesellschaften haben auch eine Eingabe an den Reichsfinanzminister gerichtet, in der sie kategorisch erklärten, daß sie infolge der katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse und wegen der Ergebnisse der angeblich zu scharfen Steuerrevisionen außerstande seien, die steuerlichen Leistungen zu erfüllen, und daß sie daher die fälligen Steuerbeträge nicht mehr zahlen würden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Zu den Unterzeichnern dieser Eingabe an den Reichsfinanzminister gehören Herr Krupp, die Vertreter der Rheinischen Stahlwerke, Klöckner, Rhein Stahl, Hoech, Gute-Hoffnungshütte, Mannesmann, Selsenfirchener Bergwerks-A.-G., Harpener Bergbau u. a. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ am Schlusse dieser Mitteilung sagt, der Herr Reichsfinanzminister habe den Herren Krupp-Industriellen erklärt, wie man Eingaben mache, wenn man Steuern gestundet oder erlassen haben will, und die Herren hätten dann nachträglich bezahlt, so ist das eine Angabe, die man nicht nachprüfen kann. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Wahlschwindel!) Aber es kommt ja auch nicht darauf an. Ich erinnere mich aber vieler Fälle, die mit der hier von dem letzten Redner betonten in Preußen-Deutschland herrschenden Demokratie in besonderem Zusammenhange stehen. Als eine Reihe von proletarischen und revolutionären Arbeiter- und Gemeindevertretern sich für den Steuerstreik einsetzte, und sich gegen die durch Notverordnung geschaffenen Massensteuern zur Wehr setzte, die eine immer stärkere Ausplünderung der werktätigen Schichten mit sich brachten, da waren es Braun und Severing, die diese proletarischen Gemeindevertreter ihrer Posten enthoben, die sie wegen Steuerstreiks vor die Justiz brachten und sie mit Gefängnis bestrafen ließen. (Hört, hört! und Pfuirufe bei den Kommunisten.) Wir sind sicher, daß in dem von mir geschilderten Falle ein derartiges Eingreifen niemals möglich sein wird. Vielmehr deuten alle Anzeichen darauf hin, daß diesen Schwerverdienern auf diese Art der Weg gezeigt würde, wie sie um die Zahlung der Steuern sich noch besser herumdrücken können als bisher.

Es wird hier die Forderung erhoben, und auch der Herr Landeshauptmann hat darauf Bezug genommen, daß das Reich die gesamte Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen an die Wohlfahrtsarbeitslosen übernehmen soll. Die Wahlen sind vorüber. Wir sind davon überzeugt, und es deuten ja auch verschiedene Anzeichen bereits darauf hin, daß in aller Kürze eine neue fünfte Notverordnung bevorsteht. (Sehr richtig! bei den Kommunisten), die dieses Problem, das heute von allen Seiten, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, als das brennendste dargestellt wird, durchaus in dem gewünschten Sinne regeln wird. Schon lange besteht ja bei Reichs- und Länderregierungen Uebereinstimmung darüber, daß auch die Arbeitslosenversicherung in der heutigen Form nicht mehr bestehen bleiben soll. Schon seit langem ist angekündigt, daß die Arbeitslosenversicherung ebenfalls nur Unterstützung nach der Höhe der heutigen Wohlfahrtsunterstützungssätze und nach Prüfung der Bedürftigkeit zahlen solle. Die verschiedensten Richtungen sind sich ja darüber einig — das ist ja etwas, was insbesondere auch von den Nationalsozialisten und den ihnen nahestehenden Unternehmertreibern immer wieder hervorgehoben wird —, daß nur die Erwerbslosenunterstützung es ist, die den Arbeitswillen tötet, die beseitigt werden muß, um die Millionen von Erwerbslosen noch stärker zu zwingen, sich als Organe zur Niederdrückung der übrigen Arbeiterschichten, als Helfer im Lohnabbau gebrauchen zu lassen.

Wir Kommunisten haben schon längere Zeit Vorschläge unterbreitet, wie und in welcher Weise es möglich ist, Arbeitsbeschaffung durchzuführen, wie und in welcher Form auch diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert und durchgeführt werden können. Wir wissen alle, daß heute, trotz der Tatsache, daß Hunderttausende von Bauarbeitern erwerbslos die Stempelstellen bevölkern, Millionen von Proleten gezwungen sind, in den elendesten Löchern zu hausen. Hier wurde dargestellt, daß es möglich ist, durch Wegbau und Ausbau der Chaussees usw. Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Das ist eine Frage der Finanzierung, die gelöst werden muß. Man vergleiche damit die Ausführungen, die auf dem sogenannten Krisenkongreß, auf dem Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu dieser Frage gemacht wurden. Dort erklärte, wie wir bereits durch einen Zwischenruf hervorhoben, der Herr Reichsarbeitsminister Stegerwald in ganz deutlicher und offener Form, daß die Frage des Lohnabbaues für noch größere Arbeiterschichten eine der notwendigsten Vorbedingungen ist, um überhaupt Arbeitsbeschaffungspläne, und sei es auch nur für einige Hunderttausende von Arbeitern, in Angriff nehmen zu können. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Was forderten dort die Gewerkschaftsführer? Die von den Gewerkschaftsführern unterbreiteten Pläne beschränkten sich auf die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche und des Krümpersystems; sie beschränkten sich darauf, die Pläne oder Vorschläge der Reichsregierung gutzuheißen und zu unterstützen, wonach das Siedlungswesen noch weiter ausgebaut werden soll. Gefragt nach der Durchführung der Finanzierung, entwickelten die Gewerkschaftsführer Pläne, die im einzelnen aufzurollen hier zu weit führen würde, die sich aber durchaus decken mit dem Programm, das auch von den Nazis entwickelt worden ist, das durchaus Inflationsbestrebungen in sich

schließt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten werden diesen Forderungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Wir wissen, daß diese Maßnahmen vorgeschlagen werden nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern um eine noch längere Zusammenarbeit der heute in Staat und Reich herrschenden Gruppen herbeizuführen und die faschistische Macht zu stärken, in die sich auch die Sozialdemokratie einzugliedern begonnen hat, um auf diese Art und Weise die breiten Schichten der werttätigen Bevölkerung noch besser betrügen und beschwindeln zu können, als es bisher schon geschehen ist. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Sehr richtig!)

Wenn ich zu dieser Frage der Arbeitsbeschaffung spreche, so muß ich auf die Ausführungen zurückkommen, die der Redner des Zentrums, ein Gewerkschaftsangehöriger im Bergarbeiterverband, hier zu dieser Frage gemacht hat, als er erklärte, welche ungeheuerliche Zustände seiner Ansicht nach in der Sowjet-Union herrschen sollen, die er hier in der beweglichsten Art und Weise vorzutragen versuchte. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Dumme Jungen sprechen so!) Ich habe hier heute aus dem „Mittag“, also einer Zeitung, die wirklich nicht im Geruch der Kommunistenfreundlichkeit steht, einen kleinen Ausschnitt entnommen, der folgendes besagt:

„Eine Besserung in der Beschäftigung der Balzstraßen haben nunmehr die vor einigen Tagen zur Verteilung gelangten Russenaufträge herbeigeführt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Da die von den Russen vorgeschriebenen Liefertermine sehr kurz sind, wird im Augenblick wieder mit Hochdruck an der Erledigung der Aufträge gearbeitet. Die Werke waren gezwungen, teilweise Doppelschichten einzulegen. Die zur Verteilung gelangten Spezifikationen belaufen sich auf rund 25—30 000 Tonnen. Es handelt sich bei den Russenaufträgen im großen und ganzen um verhältnismäßig schlankere Spezifikationen, so daß sich die Abwälzung der Mengen lohnend gestalten. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Hört, hört!) Wie wir hören, steht der Abschluß weiterer 150 000 Tonnen Balzmaterial mit den Russen vor der Tür, so daß die bessere Beschäftigung auf diesen Straßen noch einige Zeit anhalten wird.“

Dieser nach Ansicht der Zentrumsvertreter — die hier so begeistert von den Sozialdemokraten unterstützt wurde — hungernde proletarische Staat ist also in der Lage, Tausenden und aber Tausenden von deutschen Arbeitern Brot und Beschäftigung zu geben. Dieser hungernde proletarische Staat ist also in der Lage, auch noch der hungernden Rheinprovinz Verdienst zu geben. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Ihr bekommt ja 5 Jahre Kredit, sonst zahlt Ihr ja gar nicht!) Mit Ihnen über diese Frage zu streiten, lohnt nicht der Mühe. (Zuruf rechts: Dann hören Sie auf zu sprechen!) — Das ist in diesem Zusammenhange ja nicht entscheidend. — Wir wissen sehr genau, daß es den Kapitalisten, die mit den Vertretern des proletarischen russischen Staates verhandeln, wirklich nicht darum zu tun ist, aus Liebe zu dem kommunistischen Staat diese Lieferung zu übernehmen, auch nicht aus Liebe zu den Arbeitern und Angestellten. (Sehr gut! bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Ihr drückt die Preise!) Es ist ihnen auch

nicht darum zu tun, die Betriebe nur in Beschäftigung zu halten, sondern es ist ihnen darum zu tun, Profite, Geschäfte zu machen mit dem proletarischen Staat. Und weil sie diese Geschäfte machen wollen, deswegen werden sich auch trotz der Bedingungen, die von dem proletarischen Staat auf Grund seiner Stärke gestellt werden können, immer noch Kapitalisten finden, die froh sind, Lieferungen für die Sowjet-Union durchführen zu können. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Zu Lohnrückerpreisen!) Wir wissen ja, daß die Sozialdemokraten, die sich heute in der ersten Reihe derjenigen befinden, die mit allen Mitteln, die dem imperialistischen Staate zu Gebote stehen, mit einem neuen Krieg den sozialistischen Aufbau der Sowjet-Union zu stören versuchen (Sehr wahr! bei den Kommunisten), natürlich auch die schärfsten Gegner sein werden, wenn es sich darum handelt, durch Lieferungen an die Sowjet-Union diesen sozialistischen Aufbau zu hindern. Wir wissen aber auch, daß aus diesem Grunde die Arbeiterschaft auch die Abrechnung mit der Sozialdemokratie durchführen wird (Zustimmung bei den Kommunisten), trotzdem sie bei den letzten Wahlen es noch verstanden haben, auf Grund ihrer Demagogie, auf Grund der Machtmittel, die sie bis jetzt in Preußen besaßen, ein Wahlergebnis, wie es vorliegt, zu erreichen.

Ich habe im Zusammenhang mit diesen Ausführungen des christlichen Gewerkschaftssekretärs noch auf etwas anderes hinzuweisen, das widerspiegelt, wie und auf welche Art das Zentrum seine Heße gegen den proletarischen Staat, gegen die Sowjet-Union zu entfalten versucht, und zwar aus ganz naheliegenden Gründen; es soll dadurch abgelenkt werden von dem Elend, wie es hier in der Rheinprovinz in Wirklichkeit herrscht. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich habe hier eine Nummer der „Germania“, wo in drei Artikeln auf einer Seite, die sich besonders an die Frauen richtet, Notizen erscheinen, die in der verschiedensten Form den sozialistischen Aufbau der Sowjet-Union und das Leben der russischen Arbeiterklasse herabzusetzen versuchen, gerichtet an die Adresse des revolutionären Proletariats in Deutschland und an die Kreise in der christlichen Arbeiterschaft, die allmählich Zweifel an dem Sinn der göttlichen Weltordnung in Deutschland bekommen. In dieser „Germania“ wird z. B. erzählt, daß in Rußland ein Arbeiter im ganzen für einen ganzen Monat erhalten soll: 3 Pfund Zucker, 6 Pfund Graupen, 2 Pfund Maccaroni, 1 Pfund Margarine, 750 Gramm Del und 1½ Pfund Fleisch. Das soll für einen ganzen Monat die Ration eines Arbeiters sein. Das glaubt der, der es geschrieben hat, selbst nicht. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Muckermann schwindelt!) Ja, Muckermann wird es geschrieben haben. In einer weiteren Notiz wird behauptet, daß nach offiziellen Moskauer Nachrichten die Armees der aufsichtslosen Kinder sich wieder um 5—6000 Köpfe verstärkt habe, in Wirklichkeit aber seien es viel mehr. Hier wird eine Behauptung aufgestellt, die nicht nachprüfbar ist, deren Gegenteil durch Tausende und aber Tausende von Nachrichten und Ausführungen objektiver Beobachter bewiesen werden kann. Solche Nachrichten sind keine Einzelerfahrungen, sondern derartige Meldungen gehen tagtäglich durch die Säugentänale der bürgerlichen Presse in die Arbeiterklasse zur Versekung, zur Verwirrung und zum Kampfe gegen die Sowjet-Union. Sie werden

systematisch in das Proletariat hineingeträufelt, um die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten. Auf der anderen Seite beschäftigt sich ein Roman mit der Sowjet-Union; darin heißt es:

„Erinnert sei nur an die Tragödie der russischen Bauern an der bessarabischen Grenze, die in ihrer Verzweiflung über den zugefrorenen Dnjestr nach Rumänien zu entfliehen suchten und die von den Sowjets zu Hunderten wie Hasen niedergeknallt wurden. Man denke daran, in welcher kurzer Zeit der Sowjetstaat es fertig brachte, die blühenden deutschen Kolonien an der Wolga, im Kaukasus, in der Sowjet-Ukraine zu vernichten und ihre Besitzer dem Elend preiszugeben.“

Wir wünschen, daß Hunderte von deutschen und christlichen Arbeitern in der Lage wären, sich mit eigenen Augen von dem Aufbau gerade der deutschen Kolonien in den genannten Bezirken zu überzeugen. Dann bekämen sie am ehesten und stärksten einen Anschauungsunterricht darüber, wie und in welcher Weise der einzige Ausweg für die Arbeiterklasse geschaffen werden kann. (Zuruf des Abgeordneten Melzheimer: Dann gehen Sie doch dahin!) Ich habe schon vorhin einem anderen Zwischenrufer gegenüber erklärt, daß es allen denen, die da sagen: „Gehen Sie doch auch dahin!“, sehr passen würde, wenn wir Ihrem Rate folgten. Wir wissen, der Staat würde sogar noch das Jahrgeld für Tausende von Kommunisten geben, wenn sie an die Grenze fahren wollten, um nach der Sowjet-Union zu gehen. Diesen Gefallen werden wir Ihnen aber nicht tun. Wir halten es vielmehr als Kommunisten für unsere selbstverständliche Pflicht, im kapitalistischen Staat der Arbeiterklasse zu zeigen, wo der einzige Ausweg ist, ihr darzutun, daß dieses kapitalistische System keinen Ausweg mehr bietet aus dem Chaos, in dem sich die Arbeiterklasse, die Mittelschichten, die ganze werttätige Bevölkerung befindet, und aufzuzeigen, daß es nur einen Ausweg gibt und geben kann: die Niederringung des kapitalistischen Systems und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute ein biederer Bürger einer kleinen Stadt von seinem Bürgermeister in eine Unterhaltung gezogen wird, dann ist das erste, was der Bürgermeister sagt, wenn auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde die Rede kommt: „Ja, das Reich läßt die Gemeinden vollständig im Stich. Infolgedessen brechen sie unter der Last der Wohlfahrtspflege zusammen.“ Der Bürger, der sich sonst nicht mit Politik zu beschäftigen pflegt und der doch immerhin in seinem Bürgermeister eine Verkörperung der Staatsautorität zu erblicken gewohnt ist, schüttelt den Kopf über diesen Staat, dessen einzelne Teile nicht füreinander eintreten. Die Folge davon ist, daß der Staat ihm als ein ohnmächtiges Gebilde gegenübersteht. Wir brauchen einen staatlichen Apparat, dessen Zweckmäßigkeit für jeden sichtbar ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte namens meiner Freunde den dringenden Wunsch aussprechen, daß gerade die Frage der Wohlfahrtsverwerbslosen von den zuständigen Stellen mit ganz anderem Nachdruck aufgenommen wird, als es

bisher geschehen ist, damit wir endlich einmal aus der jetzigen Zwitterstellung herauskommen. Denn letzten Endes leidet die Autorität des Staates unter nichts so sehr, als wenn der einfache Mann daran zu verzweifeln anfängt. Und manches in der Entwicklung der letzten Zeit beweist uns, wie sehr die Autorität des Staates erschüttert ist, und zwar durch seine eigene Schuld, weil er nicht nur auf diesem Gebiete, sondern auch noch auf vielen anderen Gebieten nicht verstanden hat, zur rechten Zeit das Richtige zu tun.

Auch die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns heute morgen waren zum großen Teil auf die Note abgestimmt, daß endlich einmal das Reich in dieser Sache etwas tun müsse, und es war sehr richtig, daß er auch an dieser Stelle diesem Gedanken Ausdruck gegeben hat. Wir haben den dringenden Wunsch, daß sobald wie möglich die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden und auch das Reich sich an den Kosten der Wohlfahrtspflege in einem ausreichenden Maße beteiligt. Wir wünschen eine anderweitige Organisation der gesamten Angelegenheit, denn es ist untragbar, daß die Gemeinden allein für die Wohlfahrtspflege herangezogen werden, die doch zu einem ganz erheblichen Teil die Folge der Weltkonjunktur ist oder des verlorenen Krieges und vieler anderer Dinge, die aber die einzelnen Gemeinden nicht besonders angehen.

Meine Damen und Herren! Die Katastrophe des Jahres 1931 hat manchem die Augen geöffnet, leider nicht allen, vielleicht auch nicht allen in diesem Saal. Ich muß demgegenüber aber doch hervorheben, daß meine Freunde, und zwar seit sie diesem Parlament angehört haben, immer wieder auf die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen hingewiesen haben, leider ohne nachhaltigen Erfolg. Erst im Jahre 1930, reichlich spät, hat der Herr Landeshauptmann ausgeführt, daß wir uns 1925 und 1926 in einer irrtümlichen Auffassung über die Dauer des damals sichtbar werdenden Aufschwunges befunden hätten. Leider ist auch damals die erforderliche Konsequenz dieser Erkenntnis nicht schnell genug gezogen worden. Erst der vorliegende Etat zeigt wirklich durchgreifende Änderungen.

Meine Damen und Herren! Wir glauben, daß die Art und Weise, wie diese Kürzungen durchgeführt sind, nicht demjenigen entsprechen, was man wirklich von einem sparsamen Etat verlangen darf. Wir sehen auf der einen Seite, daß Aufwendungen für außerordentlich wichtige Einrichtungen, in erster Linie für die Straßenunterhaltung, in einer Weise gekürzt worden sind, daß wir befürchten müssen, daß unser Straßenbaues darunter sehr stark leiden wird. Wir bedauern auch die vorgenommenen Kürzungen bei den Besoldungen insoweit, als sie sich außerordentlich schematisch auswirken. Es ist doch eine ganz andere Sache, wenn einem kleinen Beamten mit vielleicht 150 oder 160 Mark Gehalt ein hoher Prozentsatz abgezogen wird und wenn bei den höheren Beamten derselbe Prozentsatz abgezogen wird. In den unteren Stellen ist dieser Abzug viel drückender als oben. Wir bedauern auch, daß wir noch keine Auskunft darüber erhalten haben, ob bei der Provinz in erheblichem Maße Rückstufungen von falsch vorgenommenen Einstufungen vorgenommen worden, und ob daraus fühlbare Erleichterungen eingetreten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns künftig sehr eingehend mit der

Frage zu beschäftigen haben werden, ob der große Apparat der Provinzialverwaltung in dem bestehenden Umfang noch aufrechtzuerhalten ist. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß eine Ausdehnung der Tätigkeit der Provinz gerade in den Jahren seit der Stabilisierung in starkem Maße stattgefunden hat. Wenn darin jetzt ein gewisser Abbau eingetreten ist, der in vieler Beziehung nur sehr schematisch zu sein scheint, so drängt sich die Frage auf, ob nicht eine organisatorische Änderung in sehr erheblichem Umfang stattzufinden hat. Man mag das in mancher Beziehung bedauern; aber vor Notwendigkeiten — die leeren Kassen sind nun einmal Notwendigkeiten — wird man schließlich keine andere Konsequenz ziehen können. Wir sind beispielsweise der Auffassung, daß eine Bauverwaltung in dem Umfang, wie sie bei der Provinz unterhalten wird, in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Wir sind auch der Auffassung — um nur eins herauszugreifen —, daß für ein Parlament wie dieses etwa 150 Abgeordnete schließlich nicht nötig sind, und daß die Hälfte oder ein Drittel immer noch genug wäre, um die Verhandlungen fruchtbringend zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir bereits im Jahre 1929 mit allem Nachdruck darauf hingewiesen haben, daß die Verhältnisse eine Entwicklung nehmen, die uns nötigen könnte, die Fürsorgetätigkeit in einer Weise einzuschränken, die niemand lieblich sein würde. Leider sind auch in dieser Hinsicht unsere Voraussagen eingetreten, und wir sehen, daß auch auf diesem Gebiete heute außerordentlich gespart wird, so daß man mitunter zweifeln kann, ob man damit angesichts der ungeheuren Not, die doch besteht, nicht zu weit gegangen ist.

Man ist unseren Ermahnungen zur Sparsamkeit in der Vergangenheit immer damit entgegengetreten, daß man die Behauptung aufstellte, daß die Ausgaben zwangsläufig wären. In der letzten Zeit ist die Behauptung von der Zwangsläufigkeit der Ausgaben weniger gehört worden. Tatsächlich liegt die Sache ja heute so, daß die Zwangsläufigkeit der leeren Kassen ganz andere Einsparungen herbeigeführt hat, als wir je — wenigstens in der Vergangenheit — ins Auge gefaßt hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dem Vordergrund der Verhandlungen des diesjährigen Provinziallandtages steht die Landesbank. Es ist sicher kein Ruhmeszeichen für die Rheinprovinz — die doch vielleicht mit einem gewissen Recht immer behauptet hat, daß sie die vorgeschrittenste Provinz des preussischen Staates sei —, daß dieser Provinz ausgesucht das Unglück passieren mußte, daß ihre Bank die Zahlungen außerordentlich dankenswerten Bericht der Dreierkommission über die Vorgänge bei der Landesbank vorliegen. Ich will zu diesem Bericht heute keine Stellung nehmen, da sich ja bekanntlich ein Ausschuß, der vom Provinziallandtag eingesetzt worden ist, damit beschäftigen soll und wir noch Gelegenheit haben werden, im Plenum zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Ich bin aber schon jetzt in der Lage, hinsichtlich dieses Berichtes mich in einem Punkt mit der Auffassung des Herrn Landeshauptmanns zu identifizieren, nämlich insoweit, daß es keinen Zweck hat, sich allzu tief in die Vergangenheit hineinzuknien, um den Versuch zu

machen, irgendein persönliches Verschulden zu konstruieren. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Fehler von der Leitung gemacht worden sind, betone aber ausdrücklich dabei, daß damit ein Vorwurf gegen irgendwelche Persönlichkeiten nicht erhoben werden soll. Viel wichtiger scheint mir die Gestaltung der Verhältnisse in der Zukunft zu sein. Ich meine, daß gerade die Fragen: Wie soll die Landesbank künftig organisiert sein? Mit welchen Aufgaben soll sie sich befassen? in dem Vordergrund des Interesses stehen müssen. Der Herr Landeshauptmann hat zu meinem Bedauern sich dazu in keiner Weise geäußert.

Meine Damen und Herren! Wie ist denn die Situation? Es sind bei der Landesbank der ländliche und städtische Hypothekarkredit, der Kommunal-Kredit, dann der Sparkassen-Giro-Verkehr und die Geldgeschäfte der Provinz und der ihr nahestehenden Institute verschmolzen worden. Meine Damen und Herren! Das sind außerordentlich heterogene Geschäftszweige, die man dort zusammengeschweißt hat. Früher hat eine schärfere Trennung des Hypothekarkredites von den übrigen Geschäften der Landesbank bestanden. Der Sparkassen-Giro-Verkehr ist erst später dazu gekommen. Ich bin der Auffassung, daß hier eine durchgreifende Dezentralisation unbedingt erforderlich ist. Dann müßte auch ein gewisser Abbau in Erwägung gezogen werden. Ich bin der Auffassung, daß die Führung eines einer Privatbank ähnlichen Bankgeschäftes nicht Aufgabe der Landesbank sein kann. Auf der anderen Seite ist die Pflege des ländlichen und städtischen Hypothekarkredites eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Hinsichtlich des Kommunal-Kredites kann man ja der Auffassung sein, daß in den nächsten Jahren von irgendeinem freien Geldmarkt für den Kommunal-Kredit überhaupt keine Rede sein kann. Es hat sich überhaupt gezeigt, daß in dem Kommunal-Kredit ganz außerordentliche Gefahren liegen und daß, wenn die Landesbank künftig noch mit Kommunal-Krediten sich beschäftigen soll, die Sache dann ganz anders organisiert sein muß als bisher. Auch als Giro-Zentrale hat die Landesbank nicht die Erwartungen erfüllt. Tatsache war es doch, daß die Schwierigkeiten bei den Sparkassen dadurch entstanden sind, daß sie mit ihrer Liquiditätsreserve bei der Landesbank festsaßen. Ich bin der Auffassung, daß die Organisation der Giro-Zentralen insofern eine fehlerhafte ist, als man die Liquiditätsreserven und überhaupt das ganze Geld der Sparkassen, soweit es überhaupt frei ist, dort festlegt und damit der Gefahr aussetzt, daß, wenn ein Fehler gemacht wird oder wenn besondere Verhältnisse eintreten, dann die Sparkassen notwendigerweise in Schwierigkeiten geraten müssen. Es ist meiner Ansicht nach richtig und entspricht gesunden geschäftlichen Grundsätzen, daß man ein Risiko immer verteilt. Daher müssen die Liquiditätsreserven der Sparkassen, für deren Verbeibehaltung oder Einrichtung, soweit sie noch nicht besteht, ich durchaus bin, so angelegt werden, daß das Risiko verteilt ist, nicht aber an einer Stelle liegt. Gerade der Umstand, daß die Liquiditätsreserve der Sparkassen an der einen Stelle angelegt war, hat ja, weil auf dem Gebiete des Kommunal-Kredites Fehler gemacht wurden, die Folge gehabt, daß die Sparkassen in Schwierigkeiten geraten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Freunde halten die Festsetzung der Provinzialumlage

in der in dem Vorbericht geforderten Höhe für nicht tragbar. Wir bedauern sehr, daß an der Umlagerhöhung zur Deckung der Verluste der Landesbank festgehalten wird. Wir halten den Versuch der Staatsregierung, auf diese Weise erzieherisch auf die Rheinprovinz einzuwirken, für wenig geschmackvoll. Es werden dadurch Kreise betroffen, die jedenfalls nicht im geringsten die Schuld daran tragen, daß diese Zustände bei der Landesbank eingetreten sind. Im übrigen bedeutet der Ertrag der Provinzialumlage, der eine große Belastung für die Kommunen darstellt, doch angesichts dessen, was für die Sanierung der Landesbank geschehen muß, einen kaum nennenswerten Beitrag. Insbesondere ist für die mittelständischen Kreise, die doch im wesentlichen in den Gemeinden diese Beträge aufzubringen haben werden, diese Belastung in jeder Beziehung unerträglich, und wir sind daher genötigt, den Etat abzulehnen, falls auf diesem Punkt bestanden wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Henneß.

Abgeordneter Henneß: Sehr geehrte Damen und Herren! Die wirtschaftliche Not unseres Volkes, von der auch der vor uns liegende Haushaltsetat Zeugnis gibt, ist gewiß zum großen Teil zurückzuführen auf die Tributzahlungen, die das deutsche Volk ungerechtere Weise an seine Feinde zu leisten hatte; aber sie hat auch ihren wesentlichen Grund in der unvernünftigen Wirtschaft und der Verschwendungssucht, die sich in vielen Lagern breit gemacht hat. Der traurige Zustand der Landesbank beruht zum Beispiel zum großen Teil auf der leichtsinnigen Geschäftsgebarung vieler Kommunen, die fremde Gelder verwirtschaftet haben. In Amerika ist kürzlich ein prächtig ausgearbeitetes Heft in mehr als 1 Million Exemplaren verbreitet worden. Ausgezeichnete Bilder von deutschen Bauten und Anlagen, die nach dem verlorenen Kriege gebaut wurden. (Hört, hört! rechts.) Das erste Bild ist die Kölner Messehalle. Es folgen das Kölner Stadion und viele andere Bilder aus anderen Städten. Auf dem Titelblatt steht in großer Schrift: Alles für unser Geld! Das ist prachtvolles Propagandamaterial für die Franzosen und für die uns übelgesinnten Amerikaner. Kürzlich gingen wir hier mit einem früheren Justizminister und jetzigen Staatsrat von Holland durch die Straßen dieser Stadt. Er sah die prachtvollen Neubauten, schüttelte den Kopf und sagte: „Wenn das nicht so wäre, dann würde es uns in Holland leichter sein, für Deutschland einzutreten.“

Es ist die höchste Zeit, daß wirklich an allen Ecken und Enden gespart wird, damit wir nicht ganz verelenden. Länder, Provinzen und Kommunen sollten nicht darauf warten, daß von Reichs wegen immer wieder ein starker Druck zum Abbau ausgeübt wird. Das Volk wartet darauf, daß alle Behörden, die großen und auch die kleinsten, aus Erkenntnis eigener Schuld heraus auch die geringste unnötige Ausgabe vermeiden. Es muß auch hier wieder mit dem Pfennig gerechnet werden.

Nach der Auffassung, die der Herr Landeshauptmann heute über die Zahlen des Haushaltsplanes geäußert hat, sollte es eigentlich zwecklos sein, noch ein Wort darüber zu verlieren. Wenn aber auch die im Etat enthaltenen Zahlen nicht erreicht werden, weder bei

den Einnahmen, noch bei den Ausgaben, so bedeuten sie doch ein Spiegelbild des Sparsamkeitswillens der Verwaltung. Wir erkennen an, daß sich der Herr Landeshauptmann große Mühe gegeben hat, einen der Notzeit entsprechenden Etat vorzulegen.

Wir im Volksdienst sind aber der Meinung, daß auch dieser schon sehr stark zurückgeschraubte Etat noch eine Menge von Sparmöglichkeiten bietet. Herr Oberbürgermeister Hartmann hat schon eben auf den Ruhr-Siedlungsverband hingewiesen. Wir teilen darin durchaus seine Anschauungen. Vor allem muß jeder komplizierte Verwaltungsapparat vereinfacht werden.

Man besehe z. B. nur einmal den Titel: „Denkmalpflege.“ Hier stehen für persönliche Verwaltungsausgaben 52 880 RM zur Verfügung, für sächliche Verwaltungsausgaben 15 660 RM. Demgegenüber steht ein Sachaufwand von 149 000 RM. Die Verwaltungskosten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem geringen Sachaufwand.

Der vor Ihnen liegende Antrag des Volksdienstes zeigt Ihnen, daß auch wir den Wunsch haben, daß in Zukunft Vergütungen der Provinzial-Feuerversicherung nur noch den Gemeinden zugute kommen und nicht mehr den Bürgermeistern oder anderen Gemeindebeamten. (Sehr richtig! in der Mitte.) Hier liegt doch gar keine Berechtigung vor, einem Beamten, der für seine Kraft bezahlt wird, weitere Vergütungen zukommen zu lassen, noch dazu für Arbeit, die nach unserer Kenntnis in der Hauptsache während der normalen Arbeitszeit erledigt wird. (Zustimmung beim christlichen Volksdienst.)

Bei der Hauptverwaltung, Kapitel 13 Titel 11, erscheinen Reisekosten in Höhe von 27 000 RM. Diese Summe ist nur um 4500 RM erniedrigt. Man sollte auch mit dem Reisen sparsamer werden und auch billiger reisen. Ich will nicht weiter auf diese Materie eingehen; aber es ging uns darum, mit schärfstem Nachdruck Sparsamkeit auf allen Gebieten zu fordern.

Zu dem Antrag des Provinzialausschusses zur Ruhegehaltsklasse, Drucksache 4, schlagen wir vor, bei Absatz 2 § 5 den letzten Teil des Satzes von „oder“ ab fortzulassen. Es heißt dort: „oder daß der Eintritt in den Ruhestand die Folge eines erst nachher vorgekommenen Unglücksfalles oder einer nachher eingetretenen Krankheit war.“ Der von uns fortgelassene Teil des Absatzes 2 ist dazu angetan, Unredlichkeiten Tür und Tor zu öffnen. Wir wünschen die größte Sauberkeit auch in diesen Dingen.

Eine Verminderung der uns alle so furchtbar bedrückenden Arbeitslosigkeit sehen wir neben der stärkeren Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes zuerst einmal in einer vernünftigen Bestiedlung des Ostens. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Der freiwillige Arbeitsdienst kostet Geld und nichts kommt dabei heraus!) — Ich kann Ihnen aber das Gegenteil nachweisen. Kommen Sie mit mir nach Bethel, dann will ich Ihnen zeigen, was der freiwillige Arbeitsdienst dort geleistet hat. (Sehr richtig! im christlichen Volksdienst.) Die Stadtrand-siedlung hilft uns nicht vom Fleck. Es gilt, Familien von dem Westen nach dem Osten zu verpflanzen. Aber man soll sich hüten, jemanden zum Bauern zu machen, der kein Bauer ist. (Zuruf des Abgeordneten von Stedman: Sehr richtig!) Es gilt also für den

Westen, vor allem Bauern, die hier zu wenig oder zu ungünstiges Land haben, mit ihren Familien nach dem Osten zu verpflanzen, oder Bauern, die aus dem Osten kamen, wieder nach dem Osten zu schicken. Aber wir können hier im Westen noch mehr tun. Hunderttausende von jungen Leuten sind arbeitslos. Viele tausende rheinischer Kleinbauernfamilien wären gerne bereit, einen jungen Mann oder ein junges Mädchen in die Lehre zu nehmen, wenn das nicht mit Barzahlungen für soziale Abgaben (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ja, ja!) — wollen Sie denn nicht arbeiten? —, Kleidung usw. für den Bauer verbunden wäre. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Eigenartige Palliativ-mittelchen!) Man muß irgendwo einmal anfangen, lieber Freund, und hier ist die Möglichkeit gegeben, hunderttausenden jungen Männern und Mädchen Arbeit zu verschaffen. Die Bauern sind bereit. (Zurufe von den Kommunisten.) Kinder von Arbeitslosen erhalten zur Zeit eine Wohlfahrtsunterstützung von etwa 4 RM die Woche. Das sind im Jahre etwa 200 RM. Der Bauer braucht für soziale Abgaben und Kleider für seine Lehrlinge etwa 250 RM im Jahr. Die geringe Differenz sollte von der Provinz geleistet werden. Es genügt fürs erste 20 000 RM, die nach unserem Vorschlag aus dem Titel „Lichtbildwesen“ zu entnehmen sind. Lichtbilder können wichtig sein, aber Arbeit ist wichtiger als Lichtbilder. (Sehr richtig! im christlichen Volksdienst.) Zweckmäßig wird es sein, die jungen Leute vorher 14 Tage auf eine Siedlungsschule zu schicken, damit festgestellt wird, ob der Junge oder das Mädchen geeignet sind. Die landwirtschaftliche Ausbildung der Mädchen ist ebenso wichtig wie die der jungen Männer, damit dem heranwachsenden jungen Bauern auch eine rechte Bäuerin zur Seite steht. (Lachen bei den Kommunisten.) Die heranwachsenden Bauern und Bäuerinnen können nach einer etwa dreijährigen Lehrzeit entweder auf größeren Gütern Verwendung finden oder im Osten angesiedelt werden. Hier wäre eine besonders wichtige Arbeit für das Landesjugendamt. Es sollte sich mit dieser Frage sehr ernstlich beschäftigen. Es würde dadurch den jetzt vielfach mit Arbeit überlasteten Bauern gedient, es würde der Jugend geholfen und unserem ganzen Vaterlande. (Zuruf von den Kommunisten: Und den Junkern! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Geben Sie doch die Jugend des Bürger-tums dahin!) Auch unter dem Bürgertum sind Arbeitslose; die sollen genau so hinausgehen wie die Söhne von Arbeitern. Wir machen den Unterschied nicht (Zuruf links: So sehen Sie aus!); den müssen Sie nur nicht hineintragen. (Zurufe von den Kommunisten.)

Die für unser Volksleben so überaus wichtige Überbrückung zwischen Stadt und Land würde dadurch eine erhebliche Förderung erfahren. Wir haben uns über die Worte des Herrn Oberpräsidenten gefreut, mit denen er eine größere gegenseitige Verständigung der verschiedenen Volksschichten und Parteien herbeiwünscht. Lassen Sie uns in unserem Teil unseres Vaterlandes damit den Anfang machen! Wir wollen ernstlich versuchen, Verständnis für die Not des anderen zu haben, nicht nur Christentum predigen, sondern Christen sein (Sehr gut! im christlichen Volksdienst.), in gegenseitiger Wertschätzung, ohne Haß gegen den anderen, damit unser Volk innerlich erstarke und dadurch der Weg frei gemacht, die Voraussetzung geschaffen wird auch für

seine äußere Gefundung. (Beifall beim christlichen Volkssdienst.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dechamps:

Abgeordneter Dr. Dechamps: Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, in dieser vorgerückten Stunde noch einmal eine Staatsrede zu halten, nachdem schon so viele andere Staatsreden hier gehalten worden sind. Ich werde mich insbesondere nicht auf Einzelheiten einlassen, sondern möchte nur einige allgemeine Bemerkungen zum Etat machen.

Zunächst der Vergleich zwischen einst und jetzt. Im vergangenen Jahre waren wir am Ende dieser Debatte so weit — ich habe das damals hier festgestellt —, daß Anträge aus dem Hause vorlagen, die, wenn sie angenommen worden wären, eine Erhöhung des Etats um 23 Millionen und einige 100 000 RM zur Folge gehabt hätten. Ich stelle als ein erfreuliches Zeichen fest, daß diesmal diese Anträge nur von ganz wenigen Parteien eingegangen sind und daß die Parteien dieses Hauses im allgemeinen die Disziplin gezeigt haben, in dieser Notzeit nicht noch mit Anträgen zu kommen, die lediglich agitatorischer Natur sein mußten, da ja eben auch die allerbesten und allervernünftigsten Anträge heute nicht angenommen werden könnten, oder, wenn sie angenommen würden, nicht zu irgendwelchen Erfolgen führen könnten, weil eben das Geld dazu nicht vorhanden ist.

Meine Freunde haben sich mit absoluter Bewußtheit jeden Antrages diesmal enthalten. Wir sind uns dabei vollkommen darüber im klaren, daß sehr wesentliche und sehr schmerzliche Einsparungen insbesondere auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der Kulturpflege vorgenommen worden sind, die wir bitter beklagen. Aber wir wissen auch, daß diejenigen Damen und Herren, die diese Einschränkungen haben vorgeschlagen müssen — die Verwaltung einerseits und der Provinzialausschuß andererseits —, diese Einschränkungen nicht mit Vergnügen vorgeschlagen haben, sondern unter dem Druck der Not. (Zuruf von den Kommunisten.) Da darf ich nur an das Goethe-Wort erinnern, daß das, was man nicht zur rechten Zeit tut, man hinterher mit doppelter Kraftanstrengung tun muß. Hätten wir vor einigen Jahren auf die Mahnungen zur Sparsamkeit gehört, so würden wir heute nicht in die Notwendigkeit versetzt sein, auch solche Dinge einzusparen, wie im Straßendienst, bei der sozialen Fürsorge und bei der Kulturpflege, die an und für sich einzusparen außerordentlich bitter ist.

Meine Damen und Herren! Damals hat man uns immer das Wort „zwangsläufig“ entgegengehalten. Ich habe hier schon einmal vor zwei Jahren gesagt, daß nach meiner Ansicht zwangsläufig nur ein einziges ist: Zwangsläufige Folge des fortgesetzten Verufens auf die Zwangsläufigkeit war, daß wir eines Tages zum Sparen kamen. In dieser Situation befinden wir uns jetzt.

Wir haben einen Notetat vor uns, meine Damen und Herren. Die Frage, wie wir an diesem Notetat noch irgend etwas ändern können, mag den Einzelberatungen überlassen bleiben. Ich glaube, daß es nicht zweckmäßig ist, sehr viel daran zu ändern. Wir haben uns zu einzelnen Punkten doch wohl zu erklären, die im Laufe dieser Debatte bisher aufgetreten sind.

Da ist zunächst die Frage des Ruhrstiedlungsverbandes. Meine Damen und Herren! Ich würde es

sehr begrüßen, wenn gerade diejenigen Kreise, die heute angeregt haben, die Ruhrstiedlungszulage zu streichen, und die den Ruhrstiedlungsverband heute als nicht zweckmäßig und nicht mehr notwendig bezeichnet haben, uns endlich in dem Ruhrstiedlungsverband selbst beiständen. Denn im Ruhrstiedlungsverband selbst wie in all diesen anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden gibt es nur ganz wenige — ich gehöre zu den wenigen —, die schon lange sagen, daß es so nicht weitergehen kann. Gerade die Freunde des Herrn Hartmann haben uns im Stich gelassen, wenn wir abbauen wollten, namentlich das unzulässige Nebeneinander von Präsidium und Kommunalverwaltung im Ruhrstiedlungsverband, d. h. von zwei Organisationen für denselben Zweck.

Die Verschuldung. Auch wir begrüßen es, daß über die Verschuldung nunmehr ein klares und übersichtliches Bild gegeben ist, und wir bitten die Verwaltung, weiter fortzufahren und alljährlich eine derartige Uebersicht zu geben. Ich kann aber nicht den Äußerungen beipflichten, die heute hier gemacht worden sind und dahin gingen, daß die Verschuldung relativ nicht hoch sei. Ich mache darauf aufmerksam, daß von dieser Verschuldung nahezu 50 Prozent kurzfristig und mittelfristig sind, und was mittelfristig ist, ist heute tatsächlich kurzfristig; denn Sie müssen nicht glauben, daß diese Wirtschaftskrise in ganz kurzer Zeit überwunden wird, und in zwei oder drei Jahren, wenn die mittelfristigen Kredite fällig werden, werden wir noch in derselben schwierigen Lage sein. Selbst wenn es besser wird, wird es nur ganz langsam und schrittweise besser werden. Ich betrachte diese Verschuldung der Provinz als ein recht ernstes Moment.

Zur Frage der Nachtragsumlage! Meine Damen und Herren! Wenn Sie eine Schraube überdrehen, dann wird sie taub und hält nicht mehr. (Sehr gut! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Nach meiner Ansicht ist die Steuerschraube schon überdreht. Sie können die Sätze erhöhen, aber Sie können nicht mehr einbringen. Es kommt nicht darauf an, daß wir dadurch den Etat in Ordnung bringen, daß wir einfach höhere Steuereinnahmen einsehen, obwohl wir genau wissen, daß diese Steuereinnahmen nicht einkommen. Man versucht uns diese erhöhte Umlage dadurch schmackhaft zu machen, daß man sagt: Psychologisch wirkt sie auf die Reichs- und Staatsregierung ein, damit sie bei der Landesbank mithelfen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie mit diesem Aufkommen aus der Provinzialumlage die Landesbank sanieren wollen, dann kommt es mir vor, als ob Sie mit einer Raketen-Gießkanne ein Großfeuer zu löschen versuchten. Ich glaube, daß diese Beträge gar keine Rolle bei dieser Geschichte spielen und daß wir insfolgedessen nicht etwas tun sollten, was tatsächlich nur eine Geste wäre und nichts einbringt.

Zur Frage der Landesbank nur einige kurze Bemerkungen. Auch ich will nicht auf die Vergangenheit eingehen. Wir behalten uns unser Urteil im übrigen vor, bis die nötigen Unterlagen vorliegen. Ich will heute nur von der Zukunft sprechen. Zwei Äußerungen, die heute hier gefallen sind, möchte ich widersprechen. Die eine ist die meines verehrten Freundes Hartmann, der gesagt hat, man solle überhaupt nicht untersuchen, was in der Vergangenheit gewesen wäre. Meine Damen und Herren! Aus Fehlern der Vergangenheit muß

man lernen und sie müssen festgestellt werden, wenn sie da sind, und sie müssen abgestritten werden, wenn sie nicht da sind. Aber objektive Klarheit müssen wir haben; das ist nützlich und notwendig.

Die zweite Äußerung, gegen die ich mich wende, fiel von Seiten des Herrn Landeshauptmanns, der sagte, die alleinige Schuld an dem Elend der kommunalen Finanzen liege in der Erwerbslosenfürsorge. Das Wort „alleinige Schuld“ möchte ich auf das entschiedenste bestreiten. Es hat keinen Zweck, es so hinzustellen, als ob dieser Grund, der allerdings die Hauptschuld trägt, der alleinige sei. Es sind zweifellos auch andere Gründe vorhanden.

Im übrigen wollen wir uns über die Landesbank unterhalten, wenn der Ausschuß getagt hat. Eines müssen wir aber jetzt feststellen: Wenn das Reich nach schwerem inneren Kampfe der Reichsregierung dazu übergegangen ist, in ganz großzügiger Weise die Privatbanken in Ordnung zu bringen, nicht um der Privatbanken willen, nicht um der Aktionäre oder der Direktoren der Privatbanken willen, sondern um der Wirtschaft willen, die dieses Instrument für ihr ordnungsmäßiges Funktionieren notwendig hatte, dann müssen wir auch hier verlangen, daß die Landesbank in Ordnung gebracht wird, nicht um der Landesbank willen, sondern um der rheinischen Wirtschaft und insbesondere um der rheinischen Kommunen willen.

Es ist schon hier hervorgehoben worden und ich möchte es nachdrücklichst unterstreichen: Das Rheinland hat Jahr für Jahr nach besten Kräften und in ganz erheblichem Maße zu den Kosten der Allgemeinheit beigetragen. Die anderen Provinzen haben auf Kosten des Rheinlandes sehr viele Vorteile gehabt, haben sehr viel geschluckt. Wenn jetzt das Rheinland einmal kommt und in dieser ungeheuren Not an das Reich und an den Staat appelliert, dann müssen Reich und Staat einspringen. Ich darf nur hoffen und wünschen, daß es dem Herrn Landeshauptmann bei seinen Verhandlungen, die er in Berlin zu führen hat, gelingen wird, die Erfolge zu erzielen, die notwendig sind, um für die Zukunft die Landesbank auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Meine Damen und Herren! Ein letztes Schlußwort prinzipiell zu dem, was hier über die Frage der Arbeitsbeschaffung gesagt wurde. Meine Damen und Herren! Ich warne vor allen Arbeitsbeschaffungsplänen, die nicht absolut klar und einwandfrei in ihrer finanziellen Grundlage sind. Die Pläne der Gewerkschaften haben eine finanzielle Grundlage nicht; denn wenn man die finanzielle Grundlage in der Bevorschussung von zukünftigen Arbeiten sieht, in der Discontierung von Wechseln bei der Reichsbank und dann in der vagen Idee, eines Tages in Deutschland eine Anleihe auflegen zu können, um dadurch die Mittel zu beschaffen, dann tut man dasselbe, was wir all diese Zeit gemacht haben. Diese Art der Finanzierung ist nichts anderes als das, was die Industrie gemacht hat, wenn sie kurzfristige Gelder aufgenommen und damit langfristige Bauten investiert und sich darauf verlassen hat, hinterher durch eine Anleihe die Sache konsolidieren zu können. Meine Damen und Herren! Man soll aus solchen Vorkommnissen lernen. Man darf nicht mehr in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft heute

schon irgendwelche Dinge beginnen, bevor nicht gewissermaßen die Kasse auf dem Tisch liegt, bevor nicht die Mittel beschafft sind. Daher sind alle diese Arbeitsbeschaffungspläne, soweit sie bisher gemacht worden sind, leider Gottes zu unserem großen Bedauern schlechterdings nicht brauchbar; sie würden uns nur in ein noch größeres Elend hineinbringen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sie sind dafür kein Fachmann!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Melsheimer.

Abgeordneter Melsheimer: Meine Damen und Herren! Namens der nationalsozialistischen Fraktion habe ich Ihnen folgende Erklärung vorzulesen:

Die Wahlen zum Preussischen Landtag haben den Beweis erbracht, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Rheinischen Provinziallandtages nicht mehr den Willen des rheinischen Volkes verkörpert. Es widerspricht allen Grundsätzen der von dem heutigen System anerkannten Demokratie, daß die stärkste Partei Deutschlands in keinem einzigen Ausschuß Sitz und Stimme hat und so an den Vorarbeiten zur Aufstellung des Haushaltsplanes nicht beteiligt ist. Infolgedessen verzichtet die nationalsozialistische Fraktion auf die Inanspruchnahme der ihr eingeräumten Redezeit und lehnt gleichzeitig den Haushaltsplan ab. (Ironische Bravo-Rufe von den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Kommunisten: Das war eine Weisheit! — Antwort des Abgeordneten Melsheimer: Reden Sie lieber von Rußland! — Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dötsch.

Sämtliche Fraktionen sind jetzt zum erstenmal zum Wort gekommen. Es kommt jetzt die zweite Garnitur. Es ist wie in den Vorjahren so, daß dieses Recht nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. (Geiterkeit.)

Abgeordneter Dötsch: Meine Damen und Herren! Der Vertreter der kommunistischen Fraktion hat sich in seiner Etatsrede große Mühe gegeben, das nach seiner Meinung so fluchwürdige System Braun und Severing in Grund und Boden zu verdammen. Er hat bloß vergessen, zu sagen, welche Konsequenzen er aus dieser Auffassung zu ziehen gedenkt. Ich darf ihn dabei daran erinnern, daß ja für die kommunistische Fraktion in aller kürzester Zeit Gelegenheit gegeben ist, nun das so fluchwürdige System dahin verschwinden zu lassen, wo sie es immer hinhaben wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich darf Ihnen vielleicht einen Tipp geben. Sie brauchen ja nur für eine Aenderung der jetzigen bzw. für eine Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung zu stimmen und Sie haben an Stelle des Ihnen so verhaßten Herrn Otto Braun den Herrn Strasser als Ministerpräsidenten in Preußen.

Ich muß aber auch in das Loblied über die Russenaufträge etwas Wasser gießen. Es ist nicht ganz so, wenn der Vertreter der Kommunisten behauptet, daß die russischen Aufträge ein so großes Geschenk an die deutsche Wirtschaft wären. Sie sind doch nur deshalb für die deutsche Wirtschaft möglich, weil wiederum das von Ihnen so verlästerte System die Ausfallbürgschaft für sehr, sehr zweifelhafte russische Zahler übernommen hat. (Zuruf von den Kommunisten: Bis jetzt ist immer bezahlt worden!) Ohne die Ausfallbürgschaft von Reich

und Preußen würde sich kein deutscher Unternehmer dazu hergeben, Kuffenaufträge anzunehmen, weil er nie wüßte, ob er sie bezahlt bekäme. (Zuruf von den Kommunisten: Das war faul! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Zum Etat selbst! Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Etatsrede besonders betont, daß es tief bedauerlich sei, daß beim Etat der Straßenbanverwaltung die Ausgabeposition für die Straßenunterhaltung von 14½ auf 4½ Millionen RM gesenkt werden müßte. Das ist eine so ungeheuerliche Drosselung der Ausgaben bei diesem wichtigsten Aufgabengebiet der Provinz, daß wir allerstärkste Bedenken gegen diese Drosselung vorbringen müssen. Nicht nur, daß durch die Vernachlässigung des Straßennetzes sich in aller kürzester Zeit Ausgaben ergeben werden, die die jetzige Einsparung bestimmt bei weitem übersteigen werden, wird auch der Arbeitsmarkt durch eine derartige Drosselung in unmöglicher Weise belastet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Provinz als einer der größten Arbeitgeber im Rheinland sollte sich doch überlegen, ob es nicht Mittel und Wege gibt, um derartige Einsparungen und Befristungen des Arbeitsmarktes zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern deshalb, daß insbesondere die unumgänglich notwendigen Arbeiten in der Straßenunterhaltung unter allen Umständen durchgeführt werden, daß aber auch die im vorigen Jahr bereits beschlossene und durch die Finanzkalamitäten eingestellte Beseitigung der sogenannten Straßenfallen unter allen Umständen durchgeführt wird. Hier wundert es uns, daß im Etat zwar für die Umgehungsstraße in Unkel der Betrag von 290 000 RM eingesetzt ist, daß aber für die viel gefährlichere Straßenfälle in Ballendar in diesem Jahr kein Pfennig eingesetzt ist (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), obwohl die Grundfläche für die Umgehungsstraße in Ballendar bereits erworben und auch bezahlt ist und nur noch eine relativ geringe Summe erforderlich wäre, um diese Arbeit durchzuführen. Die Summe würde restlos an Arbeitslöhnen zu verausgaben sein.

Wir fordern aber auch von der Provinzialverwaltung eine wesentlich strengere Beobachtung gerechter Grundsätze bei der Einstellung von Arbeitern bei der Straßenunterhaltung. Wir konnten insbesondere in den abgelegenen Gebieten des Hunsrück, der Eifel und des Westerwaldes eine ans Unerträgliche grenzende Wetterwirtschaft der Herren Straßenmeister feststellen. Nur wer irgendwie mit den Herren dort verwandt oder verschwägert ist, konnte die Hoffnung haben, auch einmal, wenn auch nur für einige Monate, bei der Provinzialverwaltung auf der Straße beschäftigt zu werden. Wir sind der Meinung, daß hier nur ein Grundsatz Geltung haben darf: daß, wenn die Provinz Arbeitskräfte braucht, die Arbeitsämter die einzige Instanz sind, die diese zu vermitteln hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß es nicht der Willkür des einen oder anderen Straßenmeisters überlassen bleiben darf, wer bei der Provinzialverwaltung in Lohn und Brot kommen kann.

Aber nicht nur die Beobachtung gerechter Grundsätze bei der Einstellung von Arbeitern haben wir zu fordern, wir müssen auch Beschwerde führen über die politische Betätigung eines erheblichen Teiles des

Beamten- und Angestelltenpersonals bei der Straßenverwaltung während des Dienstes. Hier sind es ebenfalls wieder die abgelegenen Gebiete, in denen die Herren ja ein kleines Paschadasein führen. Ein Teil von ihnen hat schon bestimmt geglaubt, im Dritten Reich zu sein. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn anders wäre es nicht denkbar, daß an einer Dienstkarre der Straßenverwaltung in den Tagen des Wahlkampfes lustig die Hakenkreuzfahne flatterte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden an anderer Stelle diesem Herrn Straßenmeister das Notwendige zu sagen wissen, insbesondere deshalb, weil er schon zweimal wegen ähnlicher Dinge von der Provinzialverwaltung verwant werden mußte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Benutzung der mit Mitteln der Provinzialverwaltung den Straßenmeistern gekauften Autos und Motorräder bedarf dringend einer schärferen Überwachung; sie sind bestimmt von der Provinzialverwaltung nicht gegeben worden, um der Nationalsozialistischen Partei Wahlhilfe zu leisten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Landwirtschaft, die heute merkwürdigerweise noch recht kurz gekommen ist bei der Aussprache, bedauern wir außerordentlich, daß in diesem Notetat auch die Landwirtschaft sehr stark hat Haare lassen müssen. Mehr als 2 Millionen RM sind in den Ausgabepositionen bei den Etattiteln für die Landwirtschaft gekürzt worden. Wir wissen sehr wohl, daß eine leistungsstarke, leistungsfreudige und rentable rheinische Landwirtschaft für den Bestand und die Sicherung des Rheinlandes gegen gewisse außen- und innerpolitische Einflüsse von allerhöchster Bedeutung ist. Wir sind deshalb immer dafür zu haben, wenn für die Hebung der rheinischen Landwirtschaft, ihre Umstellung zu einer rentablen Veredelungswirtschaft Mittel bereitgestellt werden müssen. Wir bedauern es deshalb außerordentlich, daß in diesem Jahr eine so starke Kürzung vorgenommen werden mußte. Aber wir können es uns nicht versagen, den Vertretern der Landwirtschaft auf der rechten Seite dieses Hauses doch zu sagen, daß ihr Gerede von der Landwirtschaftsfeindlichkeit der Sozialdemokratie doch eine leere Phrase ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf: Das hat sich ja bei den Wahlen gezeigt!) Sie werden es wahrscheinlich jetzt am besten dadurch merken, daß die Provinz gezwungen war, bei der Landwirtschaft so starke Abstriche zu machen, da man in der Regel den Wert eines Dinges erst erkennt, wenn es nicht mehr da ist.

Wenn wir die Provinzialverwaltung in allen ihren Bestrebungen, die auf die Hebung und die Rentabilität der Landwirtschaft gerichtet sind, in vollem Umfang unterstützen, so müssen wir aber auch verlangen, daß den Eigenbetrieben der Provinz die volle Konkurrenzfähigkeit gegenüber der privaten Wirtschaft gegeben wird. Es kann nicht angehen, daß man die Eigenbetriebe der Provinz in ihrer Betätigung einschränkt und dann von den Vertretern der Landwirtschaft auf der Rechten dieses Hauses immer wieder hört, daß die Betriebe der Provinz zu teuer arbeiten. Lassen wir die Betriebe einmal im freien Spiel der Kräfte, wie man zu sagen beliebt, arbeiten, und wir werden sehen, daß die Betriebe der Provinz mit den übrigen kon-

kurrenzfähig sind. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir die Landwirtschaft in jeder Weise zu stützen bereit sind, dann fordern wir aber von der Provinzialverwaltung, daß sie der unerhörten Verheerung der rheinischen Landwirtschaft, insbesondere der am meisten notleidenden Kleinbauern in den Höhengebieten, durch die Nationalsozialisten nun endlich mit anderen Mitteln entgegentritt, als das bisher der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist durchaus möglich, durch eine stärkere Gegenpropaganda in den Gebieten, wo sie Einfluß hat, dafür zu sorgen, daß die hemmungslose Demagogie der Nationalsozialisten nun endlich beseitigt wird. (Zurufe.) Was soll man dazu sagen, meine Damen und Herren, wenn ein Bürgermeister im rheinischen Höhengebiet uns sagen konnte, daß er mehr als hundert Anträge von kleinen Landwirten seines Amtes auf dem Schreibtisch liegen hat, die Steuerkündigungen und Steuerniederschlagungen mit der Begründung beantragen, daß nach dem 24. April für sie eine Steuerzahlung nicht mehr in Frage käme, da Adolf Hitler ihnen die Steuerfreiheit versprochen hätte! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen eine derartige Unterhöhlung der Steuermoral kann man nicht scharf genug einschreiten. Wir wenden uns deshalb auch mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen auf diesem Gebiete, die der Landwirtschaft bestimmt niemals zum Vorteil gereichen können. Es ist ein Verbrechen an der schwerringenden Landwirtschaft, wenn politische Demagogen die zum Teil urteilslosen kleinen Leute glauben machen, daß man bloß durch die Aenderung eines Systems ihre ganze Not beheben könnte.

Wir erkennen insbesondere die Leistungen der Provinzialverwaltung auf dem Gebiete der Förderung des Weinbaues in vollem Umfang an. Das, was die Provinz in ihren drei Lehranstalten Wehrweiler, Kreuznach und Trier für die Hebung und Förderung des deutschen Weinbaues geleistet hat, darf als einzig dastehend bezeichnet werden und verdient die volle Anerkennung aller Freunde des rheinischen Weinbaues. Wir möchten nicht verfehlen, auch auf das neue Institut für Klimaforschung in Trier aufmerksam zu machen, das schwer um seine Existenz ringt und durch die Kürzungen, die auch leider an seinem Etat vorgenommen werden mußten, in seinem Bestande bedroht ist. Wir halten es für die Pflicht des Reiches und des Staates, den Zuschuß, den dieses Institut bekommt, zum mindesten wieder auf die alte Höhe von 6000 RM zu bringen, damit von diesem Institut die segensreiche Tätigkeit für Landwirtschaft und Weinbau weiterbetrieben werden kann.

Die Tätigkeit dieser Lehranstalten besteht leider fast ausschließlich in der Förderung des eigentlichen Weinbaues und der Kellerwirtschaft; fast gar nicht wird die Pflege des Weinabfazes, vor allen Dingen die Weinpropaganda von diesen Lehranstalten betrieben, weil das bisher nicht zu ihren Aufgabengebieten gehörte. Aber jeder, der etwas von den Dingen versteht, wird mir zugeben müssen, daß ja die Krise des deutschen Weinbaues keine Produktions-, sondern eine reine Absatzkrise ist und daß deshalb die Bemühungen um den Weinbau insbesondere auf die Hebung des Abfazes gerichtet sein müssen. Ich weiß genau, daß, sobald sich

die Lehranstalten um diese Fragen kümmern würden, sofort der Weinhandel auf dem Plan erscheinen und mit Protesten an die Provinzialverwaltung herantreten würde. Aber ich bin der Meinung: Wenn der deutsche Weinhandel nicht in der Lage ist, dem deutschen Weinbauer den Wein zu einem annehmbaren Preis abzukaufen, hat er kein Recht, sich darüber zu beschweren, wenn die Provinz ihrerseits durch ihre dazu bestimmten Anstalten dem rheinischen Winzer Hilfe leistet. Ich bitte die Provinzialverwaltung, zu überlegen, ob nicht durch eine wohlbedachte Arbeit der Lehranstalten außerhalb des rheinischen Weingebietes, vielleicht in Verbindung mit anderen Provinzialverwaltungen, dem Mittel-, Ost- und Norddeutschen die Güte des rheinischen Weines etwas nähergebracht werden kann. Das scheint mir jedenfalls eine wertvollere und wesentlichere Hilfe zu sein, als unsinnige Anträge für die Winzer zu stellen.

Wir jedenfalls — das darf ich mit Stolz sagen — verschmähen es, zu den Winzern zu gehen und ihnen etwas zu versprechen, daß sie nach einem gewissen Datum keine Steuern mehr zu zahlen brauchten, sondern wir haben unsere Bereitwilligkeit, den Winzern zu helfen, dadurch bewiesen, daß wir in einem großen Ort an der Mosel, in Traben-Trarbach, aus eigener Initiative heraus unter den kleinsten Winzern eine Genossenschaft gegründet und ihre Weine in den letzten beiden Jahren zu Preisen abgesetzt haben, die auch von den Gegnern dort als erheblich bezeichnet werden (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und zwar so erheblich, daß die Nationalsozialisten schrieben, das sei margistischer Schwindel, soviel würde für Moselwein überhaupt nicht gezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Zum Weinhandel noch ein Wort! Sie haben wahrscheinlich alle durch die Presse von dem Skandal in Brenn an der Mosel gelesen, wo eine namhafte Weinhandelsfirma in Koblenz große Mengen Wein kaufte, ihn mit Schecks bezahlte, obwohl sie genau wußte, daß keine Deckung für diese Schecks mehr da war. Auf einen solchen Weinhandel braucht nach unserer Auffassung keine Rücksicht genommen zu werden.

Nun ein paar Worte zu einem anderen, nicht minder brennenden Problem. Die Saarregierung geht in den letzten Monaten dazu über, mehr und mehr die aus den Grenzgebieten stammenden Arbeiter durch einen Druck auf die Unternehmerschaft zur Entlassung zu bringen. Die von dem preussischen Staat im Haushaltsplan vorgesehene Saargängerunterstützung wird durch den gewaltigen Abbau an Saargängern einfach nicht mehr aufgebraucht. Wir sind deshalb der Meinung, daß für die in dem Saargrenzgebiet sich häufende Not nunmehr Hilfe dringend erforderlich ist. Der preussische Staat hat die Möglichkeit, mit den nichtverbrauchten Saargeldern Arbeit für die Kreise im Saargrenzgebiet zu beschaffen, damit ein kleiner Ausgleich für die viel zu große Belastung dieser allerärmsten Kreise am südlichen Rande der Rheinprovinz geschaffen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit der sozialdemokratischen Fraktion abgelaufen ist.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Wenn man die Ausführungen sowohl des Herrn Landeshauptmanns als auch der Redner der verschiedenen Parteien heute mit denen ver-

gleich, die bei früheren Anlässen hier im Provinziallandtag gehalten wurden, dann stellt man fest, daß die Herren heute nicht mehr so oft das Wort: Wir hoffen und wünschen, daß es in den nächsten Wochen und Monaten besser wird, in den Mund nehmen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Sie haben gelernt, daß mit diesem „Hoffen“ und „Wünschen“ weder Arbeit beschafft, noch die Not und das Elend der werktätigen Schichten gelindert werden kann. Mit Hoffen und Wünschen kann man eine Zeitlang ein Volk hinhalten, aber man kann ihm damit keine Arbeit und kein Brot geben, man kann den Kindern damit keine Milch und den Familien keine gesunde Wohnung verschaffen. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Diesen Unterschied können Sie gut feststellen, wenn Sie die früheren Reden mit den heutigen vergleichen.

Von dem Redner der Zentrumsparlei wurde darauf hingewiesen, daß die „Kölnische Zeitung“ bei dem Zusammenbruch der Landesbank eine Beunruhigung unter das Volk getragen habe. Ich frage Sie: Wo ist da der Oberpräsident Fuchs geblieben? Warum hat er diese Zeitung in diesem Moment nicht wegen Beunruhigung der Öffentlichkeit verboten? Er hat geschwiegen, wie Sie auch geschwiegen haben. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Derselbe Herr Fuchs bringt es aber fertig, auf einen Schlag mitten in der Wahlkampagne sieben kommunistische Zeitungen zu verbieten, trotzdem an jenem Tag, als der inkriminierte Artikel erschien, nur eine einzige Zeitung von den sieben erschienen ist, während die anderen an diesem Tag überhaupt nicht herauskamen. Sie wurden nur deshalb verboten, weil sie in demselben Verlag, in derselben Druckmaschine, wenn auch an anderen Tagen, hergestellt wurden. Das ist die Demokratie, das ist dieser Volksstaat, von dem sich die Sozialdemokraten alles Heil versprechen. Das ist, wie wir mit Recht immer und immer wieder den Werktätigen sagen werden, eine Demokratie für die Herren von rechts, für die Herren, die satt sind, für die Herren der reichen Gesellschaft. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Der Vertreter des christlichen Volksdienstes fragte hier, ob wir keine Arbeit wollten. Jawohl, diese 6 oder 7 Millionen verlangen nicht erst heute, sie verlangen seit Jahren Arbeit! Aber wer kann diese Arbeit nicht geben? Ihre Gesellschaft, Ihre Freunde werden, und wenn wir noch 10 Jahre unter diesem System leben, wenn noch 10 Jahre SPD., Nazis und Zentrum das Szepter in der Hand haben, nach wie vor vor der Tatsache stehen, daß die Zahl der Erwerbslosen nicht niedriger, sondern höher geworden ist. Arbeit und Brot können wir jenen 7 Millionen erst dann geben, wenn die Grundfesten dieser Gesellschaft zertrümmert sind, wenn dieses morische und faule Gebäude beseitigt ist und das Gebäude des Marxismus, des Sozialismus, der mit dem „Sozialismus“ der Sozialdemokratie nichts gemein hat (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr richtig!) errichtet ist. Wenn sich die Sozialdemokratie eine marxistische Partei nennt, so hätte sie auch alle Ursache, nach marxistischen Grundsätzen ihr Handeln einzurichten. Karl Marx hat nicht gesagt, daß man das Wort sozial im Munde führen soll, sondern die Praxis muß sich mit der Theorie vereinbaren. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Siehe Sowjetrußland!) Die Praxis der Sozialdemokratie, die Praxis der SPD-

Führer ist gerade das Gegenteil von dem, was Karl Marx und Friedrich Engels vor mehr als 50 Jahren uns gelehrt haben. (Zuruf: Also Hitler! — Heiterkeit.) Der Gegensatz zwischen der SPD. und Hitler ist lange nicht mehr so, wie man ihn hinzustellen sucht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie stimmen ja für Hitler!) Die SPD. hat ja — ich darf nur an den „Vorwärts“ erinnern — in Artikeln Tag für Tag zum Ausdruck gebracht: „Ja, wenn die Nationalsozialisten uns die Gewähr geben, daß sie die Spielregeln der Demokratie beachten, dann lieber heute als morgen herein mit ihnen in die Regierung!“ (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das hat nicht bloß der „Vorwärts“ geschrieben; das hat Severing, das hat Braun kurz vor den Wahlen in ihren Reden zum Ausdruck gebracht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wo?) Geben Sie mir morgen Gelegenheit, dann werde ich Ihnen durch Zitate zeigen, wo sie das zum Ausdruck gebracht haben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das stammt aus der „Roten Fahne“!)

Man hat auf der anderen Seite heute sich hierhin gestellt und gesagt: „Wir sind unschuldig an diesem Dalles, wir sind unschuldig an dieser Katastrophe, vor der wir in der Rheinprovinz stehen! Oben in Berlin, im Reich und in den Ländern haben wir nicht das nötige Verständnis gefunden.“ Nehmen wir uns einmal kurz vor: Wie sieht es denn dort oben aus? Sind es nicht dieselben Herren, die auch mit der Mehrheit dieses Hauses durch dick und dünn gehen, die von der Mehrheit dieses Hauses tagtäglich in all ihren Maßnahmen gestützt und unterstützt werden, die die Provinz auf diese Art behandeln. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie merken auch alles!) Wir sehen heute immer mehr, daß in den Stadtparlamenten, wenn sie überhaupt noch zusammentreten, die Führer und Sprecher des Zentrums und der SPD. oft sogar noch radikaler auftreten als die Kommunisten (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist aber unerhört!), weil es dort nichts kostet, weil sie ja wissen, daß oben ihr Freund Severing oder ihr Freund Brüning steht, der nachher hergeht und jeden Antrag, der einmal durchgegangen ist, wieder aufhebt. Herr Gerlach, ich darf Sie nur an folgendes erinnern: In Solingen sitzt ein Parteifreund von Ihnen, der hat 5 Monate keine Stadtverordnetenitzungen mehr einberufen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Nach sowas!) In einer Stadtverordnetenitzung kamen acht Anträge, die ganz minimale, nach unserer Ansicht unzureichende Forderungen für die Kleingewerbetreibenden, die Wirte usw. enthielten. (Zuruf der Frau Becker: Nazis.) Bitte, in Solingen ist nicht einmal ein Nazi in der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten beschließen, daß keine Biersteuer, keine Getränkesteuer und keine Anliegerbeiträge erhoben werden. Und was macht Brisch? Er erklärt zwei Tage nach der Stadtverordnetenitzung: „Was die Stadtverordneten beschlossen haben, geht mich einen Dreck an!“ Von heute ab ist die Biersteuer eingeführt, von heute ab werden 35 Prozent Anliegerbeiträge erhoben. Das ist keine Demokratie mehr; das ist eine Maßnahme, an der Herr Hitler die größte Freude haben kann. Was dieser Bürgermeister Brisch mit dem Mitgliedsbuch der SPD. macht, kann genau so gut von Herrn Hitler und seinen Kumpanen gemacht werden. Man unterscheidet sich nicht durch Hakenkreuz oder schwarz-rot-goldene

Abzeichen, sondern durch die Taten. An den Taten können wir sehen, daß Sebering, Braun, Brisch und Konforten den Hakenkreuzlern sogar noch etwas vor- machen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr richtig!) Wir haben es in den letzten Tagen oft erlebt, daß die Nationalsozialisten, wenn man sie fragte: Was werdet Ihr für eine Politik machen?, nicht nur in der Presse, sondern auch in ihren Versammlungen erklärten: Wenn wir Euch das sagen, kommen die Sozialdemokraten und klauen uns die besten Kostmen aus unserem Programm heraus. (Lachen.) Sie lachen darüber. Ihr Parteifreund Leuschner, der heftigste Ministerpräsident, hat erst am letzten Freitag mit solchen Argumenten in einer öffentlichen Versammlung operiert. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Ganz genau wie Sie!) Sehen Sie, hier sitzt man nicht vor einer Masse, hier sitzt man nicht vor Arbeitern, hier können Sie ebenfalls jenes dumme Spiel betreiben, wie es auch die Nationalsozialisten betreiben, die von sich sagen können: Herr, in meiner Brust wohnen zwei Herzen, eins für die Arbeiter und eins für die Unternehmer, eins für das Volk und eins für die Klasse der Reichen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ihr habt doch andere Anweisungen von Moskau! Ihr dürft ja gar nicht soviel schimpfen!)

Der Redner des Zentrums hat so viel und so schön von Arbeitsbeschaffung gesprochen. Vielleicht darf ich ihn an einen einzigen Fall erinnern: Vor etwa zwei Jahren — 1930 — drohte die Stilllegung des Stahlwerks Becker in Willlich. Was hat damals, im April 1930, die christliche Metallarbeiterzeitung geschrieben, auf der letzten Seite, groß aufgemacht? „Unser Erfolg: Becker-Stahl bleibt in Arbeit! 1600 Arbeiter haben Brot und Beschäftigung, und das ist nur möglich gewesen, weil wir durch einen selten geübten arbeitgemeinschaftlichen Gedanken es fertig gebracht haben, ein Einvernehmen zwischen den Unternehmern, den Aktionären und der Belegschaft und der Angestelltenenschaft durchzuführen.“ Man hat 15 Prozent abgebaut, in Wirklichkeit 30, 40 und mehr Prozent. Und der Erfolg? Der Erfolg ist, daß jetzt die gesamte Belegschaft des Becker-Stahls restlos auf der Straße liegt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Und was macht die NSD.?) 1930 noch hatte die christliche Metallarbeiterzeitung geschrieben — Sie können das in der Aprilnummer nachlesen —: „Nicht durch den Klassenkampf, sondern durch die arbeitgemeinschaftliche Betätigung können wir vorwärts kommen und unser Volk und unsere Wirtschaft wieder aufbauen.“ Wir haben den Kollegen damals gesagt: Nicht durch arbeitgemeinschaftliche Betätigung, nicht durch Lohnabbau, freiwillig oder durch Notverordnungen, kommen wir vorwärts; wir kommen nur vorwärts, wenn wir den Aktionären an die Gurgel gehen, wenn wir diese Geldsäcke beseitigen, wenn wir die Fabriken, die Werke, in unseren Besitz nehmen. (Sehr gut! bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Und wie ist es mit der NSD.?) Jawohl, der Klassenkampf ist der einzige Ausweg aus dieser Krise. Und wenn Sie heute sich hierhin stellen und sagen müssen: Überall sind Löcher, wenn wir das eine zugestopft haben, bricht ein anderes auf, so zeigt das nur, daß Sie an der Stelle angekommen sind, wo Sie nicht einmal mehr Ihre Lohnsklaven ernähren können.

Der Redner der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hat hier erklärt: Wäre man ihm gefolgt, so wäre schon längst alles saniert. Vielleicht darf ich Herrn Dr. Hartmann an etwas erinnern. Er spricht in seinem eigenen Gemeinwesen, in seiner Kommune, davon, daß er mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit die Ausgaben bereits seit Jahren gedrosselt habe und nicht erst zu warten brauchte, bis es von oben befohlen wurde. Und trotzdem besteht auch dort ein Defizit von 6 bis 8 Millionen. Und wie hat sich das ausgewirkt? Dort haben wir bereits zu verzeichnen, daß Arbeiterkinder in Käse- kisten zur Erde getragen wurden, wenn sie gestorben waren, weil es nicht einmal mehr zu einem Sarge langte. Ein anderes Beispiel aus derselben Stadt: Eine bettlägerige, lungenkranke Frau bekommt vom Arzt 10 Liter Milch verordnet. Mit dem Schein geht der Mann zum Wohlfahrtsamt. Das Wohlfahrtsamt bestätigt die Verabfolgung der 10 Liter Milch. Von dort geht er zu dem Medizinalrat, der als Vertrauens- arzt der Stadt gilt. Er schreibt auf den Schein: „Dringend bedürftig.“ Noch lange nicht hat die Frau aber ihre 10 Liter Milch. Von dem Wohlfahrtsarzt geht es zur Fürsorgestelle. Sie sagte: Die Milch können wir nicht ausgeben, die Frau muß vorher unter- sucht werden. Man bestellt die schwerkranke Frau in die Sprechstunde. Daraufhin schreibt der Arzt einen Schein, auf dem steht, daß die Frau so bettlägerig ist, daß sie nicht zu einer Nachuntersuchung kommen kann. Inzwischen sind 4 oder 5 Tage vergangen. 10 Liter Milch machen ungefähr einen Betrag von 2 RM oder 2,50 RM aus. Aber mindestens 10 bis 15 Mark Gebühren sind daraufgekommen allein für die Unter- schriften und das Papier, und die Frau hat immer noch keine 10 Liter Milch. Das sind die Sparmaß- nahmen, wie wir sie in Dutzenden von Fällen anführen könnten, wie sie uns die Herren von der Rechten, von der Arbeitsgemeinschaft vorschlagen. (Zuruf der Ab- geordneten Frau Esser: Das ist an allen Wohlfahrts- ämtern so!) Unterernährung ist die Folge der „weisen“ Sparpolitik, die Sie betreiben. Sie haben auch im Januar dieses Jahres gesagt: 15 Prozent Lohnabbau ist immer noch ein kleineres Uebel. Es ist so lange noch ein kleineres Uebel, bis wir verhungert zusammenbrechen. Wenn schon der Bericht der Landes- verwaltung unter dem Kapitel „Fürsorge für Krüppel“ zugeben muß, daß die Unterernährung breiter Volks- schichten in den letzten Jahren schon wieder zu einem Anwachsen des Krüppeltums geführt hat, so ist dies nur darauf zurückzuführen, daß eben der Werktätige, der Arbeiter, die Arbeiterfrau, schon seit langem ihren Kindern nicht mehr genügend Brot, geschweige denn Milch geben kann. Hier helfen keine schönen Artikel: „Wie verwende ich am zweckmäßigsten meine 11 RM Wohl- fahrtsunterstützung?“ Ja, es gibt bereits so Schlaue — hierzu zählt auch die „Sozialdemokratische Frauen- Wochenschau“ —, die der Arbeiterfrau vorrechnen, wie man mit 7 oder 8 RM eine zwei- oder dreiköpfige Familie ernähren kann. Aber die Leute, die das aus- rechnen, probieren dieses Rezept selbst nicht aus. Sie machen es so, wie es der Sprecher des Zentrums sagte: „Wer das Kreuz in der Hand hat, segnet sich zuerst selbst.“ (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Arbeitsbeschaffung? Die bürgerliche Presse hat kürz- lich einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem die einzelnen Arbeitsbeschaffungsprogramme verzeichnet

waren. Was stellten wir dort fest? Daß als einziges Arbeitsbeschaffungsprogramm, das selbst in diesen Kreisen als real und am besten ausgearbeitet angesehen wird, dasjenige der SPD. gilt. Aber es kann nicht verwirklicht werden, weil kein Geld vorhanden ist. (Sehr richtig! rechts.) Von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, der SPD., wird in diesem Artikel gesagt, daß es bürokratisch und rein schematisch aufgestellt sei und absolut nichts Konkretes, Realisierbares enthalte. (Zuruf eines Kommunisten: Demagogie!) Sie sehen ja, das Reich, das Land Preußen muß helfen, um hier einen Ausgleich herbeizuführen.

Betrachten wir doch einmal ganz kurz: Was hat dieser soziale Volksstaat, was hat dieses Bollwerk Preußen, wie es die SPD. so gerne in den letzten Wochen in den Wahlversammlungen sagte, was hat dieses soziale Preußen für die Schaffung von Arbeit getan und was gedenkt es im kommenden Jahr zu tun? (Zuruf eines Kommunisten: Gar nichts!) Einige wenige Zahlen dürften genügen: 6,5 Millionen für den Mittelstand wurden gestrichen, 7,7 Millionen für das Siedlungswesen gestrichen, 15 Millionen für Bauunterhaltung gestrichen, 16 Millionen für Sachausgaben gestrichen, 114 Millionen für Wohnungsbau gestrichen! Das heißen Sie Arbeitsbeschaffung? Da kommen Sie und stellen sich in der Provinz hierher und sagen: Ja, wir möchten schon gern, aber die oben haben uns die Hände und Füße gebunden. O nein, Sie unten und die oben binden uns, der Arbeiterschaft, die Füße; Sie haben uns geknebelt; sonst wäre längst die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland behoben.

Gleichzeitig ein anderer Vergleich. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Jetzt kommen die Rennpferde oder die Polizeihunde!) Dieser selbe Staat hat 10 Prozent Kürzungen beim Polizeietat vorgenommen. Er hat aber 18,5 Prozent Kürzungen am Kulturretat und 55 Prozent Kürzungen am Wohlfahrtsstat vorgenommen. Das ist das soziale Gesicht, von dem die Sozialdemokraten sagen: Seht hier, ein Bollwerk, das wir verteidigen müssen. Nein, Preußen ist der Schrittmacher gewesen, der den Unternehmern, den Herren Jarves und Konsorten gezeigt hat, wie man das Volk ausplündern muß. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Warum wollt Ihr denn Braun und Sebering halten? Ihr müßt sie jetzt stützen!) Der Sozialdemokrat Sebering war es, der 550 Staatskommissare eingesetzt hat, der den Willen des Volkes mit Füßen getreten hat. Auf der anderen Seite geht einer der Redner der SPD. hin und beklagt sich, daß die Nazis mit den Autos und den Motorrädern der Provinz Wahlpropaganda für das Dritte Reich machen, und verlangt von derselben Provinzialverwaltung, die von Faschisten durchsetzt ist, daß sie die Faschisten bekämpfen soll. Man kann nicht verlangen, den Teufel durch seine Großmutter auszutreiben. Das geht nicht, und ebenso ernst ist auch die Forderung des sozialdemokratischen Sprechers zu bewerten. Jawohl, wenn Sie gegenüber den faschistischen Beamten ebenso rücksichtslos durchgegriffen hätten, wie Sie es den disjidentischen Beamten gegenüber fertiggebracht haben, dann wäre der Faschismus nicht so groß geworden, wie er am letzten Sonntag zum Ausbruch kam. (Sehr gut! bei den Kommunisten. — Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Warum habt Ihr denn Hitler gewählt?)

Es wurde vorhin darauf hingewiesen, daß die Russen schlechte Zahler seien. Ich kann dem entgegenhalten, daß selbst die „Kölnische Zeitung“ im Wirtschaftsteil mehrfach betonen mußte, daß die Russen bisher noch jeden Auftrag auf Heller und Pfennig bezahlt haben. Sie werden mir den Beweis dafür schuldig bleiben, daß die Russen auch nur ein einziges Mal einen Auftrag nicht bezahlt haben.

Ich kann Ihnen aber etwas anderes sagen: Kürzlich erklärte ein Kollege einem Solinger Schlägereikonzernebesitzer: „Sie liefern dauernd Maschinen nach Rußland. Wissen Sie auch, was das bedeutet? Das bedeutet, daß Sie Ihre eigene deutsche Wirtschaft zugrunde richten!“ „Ja“, hat dieser Solinger Schlägereikonzernebesitzer geantwortet, „ich weiß, jede Maschine, die ich nach Rußland liefere, ist ein Sargnagel für die deutschen Kapitalisten.“ (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Aber auch für die deutschen Arbeiter!) Ist das nicht kennzeichnend genug? Aber genau so wie einer, der im Wasser liegt, nach einem Strohalm greift, ehe er untergeht, so greifen die deutschen Kapitalisten nach den Russenaufträgen, trotzdem sie wissen, daß sie bei all diesen Aufträgen auch gleichzeitig die Schlinge mitkaufen. Und die sozialdemokratischen Betriebsräte in den Werken, in denen Russenaufträge gemacht werden, sind diejenigen, die ihre eigenen Abgeordneten ablaufen, damit ja das Reich und die Länder die Ueberbrückungskredite wieder stellen und sie wenigstens in Arbeit bleiben. Tatsache ist, daß Zehntausende von deutschen Arbeitern längst auf der Straße lägen, wenn nicht die Russen ihnen Arbeit und Brot verschafften. (Sehr richtig! bei den Kommunisten. — Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Ein Wort noch zu der Erklärung der Nationalsozialisten. Aufgefallen ist jedem in diesem Hause, daß die Nationalsozialisten heute äußerst zurückhaltend sind. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß ihr großer Lautsprecher im Klingelpütz sitzt, daß ihr großer Lautsprecher, von dem Sie wie ein Hampelmann hier regiert werden, nicht unter Ihnen weilt. (Zuruf eines Kommunisten: Das merkt besonders der Wirt!) Ich will ja nicht darauf eingehen, daß der Wirt heute einen geringeren Umsatz an Kirchwasser hat. Es ist ja eine Tatsache, daß Herr Ley draußen der größte Konsument war. Aber die Nationalsozialisten wissen jetzt noch nicht, wie sie sich auf Grund der neugestalteten Verhältnisse hier in diesem Parlament einstellen sollen, weil sie noch keine Direktiven von oben erhalten haben, weil Adolf Hitler ihnen noch keine Anweisung gegeben hat. Deshalb drücken sie sich hier und machen keine praktischen Vorschläge. Deshalb warten sie lieber auf eine spätere Zeit, um dann praktisch mitzuarbeiten, nicht nur mit den Herren vom Zentrum, sondern auch (Zuruf: mit den Kommunisten!), mit den Herren der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Zuruf: Sie haben erklärt, Sie dürften nicht für die Aufhebung der Geschäftsordnung stimmen!)

Man hat hier zum Ausdruck gebracht, daß die Kleinbauern keine Sozialbeiträge mehr bezahlen sollen, um dadurch in die Lage zu kommen, Leute einzustellen. Wir fragen hier: Wo ist der Kleinbauer, der heute noch fremde Arbeitskräfte beschäftigen kann. Er ist nicht einmal in der Lage, seine eigenen Kinder zu unter-